



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

Hannes Peter W. Andrei V.
Adomeit Schulze Zagorski

Russland, die EU und „Zwischeneuropa“

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe
Reihe Studien

Wien, Oktober 2008

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Russland, die EU und „Zwischeneuropa“
Berichte beim Workshop des IILP vom 26. bis 28. März in Wien
anlässlich des Amtsantrittes des neuen Präsidenten Medwedew

Inhalt

Hannes Adomeit

Russland – EU und NATO:
Konkurrenz in „Zwischeneuropa“ 3

Peter W. Schulze

Putins Vermächtnis:
Russische Innen- und Außenpolitik
zu Beginn der Präsidentschaft
Dmitri Medwedews 27

Andrei Zagorski

Konfliktmanagement Berg-Karabach
Die russische Sicht des Berg-Karabach-
Konfliktes und russische Interessen 38

Die Autoren dieser Studie 53



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepfli, Chefredaktor, St. Gallen

Prof. Dr. Bo Huldt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1030 Wien, Custozzagasse 8/2

Wien, Oktober 2008

Gesamtherstellung: IILP

ISBN 978-3-902595-23-2

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische
Grundlagenforschung 1983 gegründet und 1988 eingestellt.
Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt

Russland - EU und NATO: Konkurrenz in „Zwischeneuropa“

„In den internationalen Beziehungen gibt es kein Vakuum. Würde sich Russland einer aktiven Politik in der GUS enthalten oder dort sogar eine unbegründete Pause einlegen, würde das unweigerlich zu nichts anderem führen, als dass dieser politische Raum von anderen, aktiveren Staaten energisch ausgefüllt würde.“
(Wladimir Putin.)¹

„Es geht hier nicht nur um die Ukraine, sondern auch um Einflussphären.“
(Gerhard Schröder).²

Offiziell wird das Verhältnis zwischen Russland einerseits und der EU, der NATO und den Vereinigten Staaten andererseits als „strategische Partnerschaft“ bezeichnet.³ Die Realität widerspricht allerdings dieser Charakterisierung. Zu den Kriterien einer strategischen Partnerschaft im herkömmlichen Sinn gehören unter anderem ein auf *lange Frist* angelegtes, einvernehmliches Verhältnis auf der Basis geteilter *Werte* und *Übereinstimmung* über anzuwendende *Mittel* und *Zeiträume*, um gemeinsame *Ziele* zu erreichen. Praktisch keines dieser Kriterien trifft auf das Verhältnis Russlands zum Westen zu.⁴ Wie praktisch in jeder Beziehung zwischen Staaten im internationalen System, gibt es im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen Elemente der Kooperation, aber auch der Konkurrenz und des Konflikts.

Kernpunkt der vorliegenden Untersuchung ist die These, dass letztere Elemente überwiegen und dass Rivalität zwischen den beiden Akteuren vor allem in dem Raum besonders ausgeprägt ist, der Belarus (Weißrussland), Ukraine, Moldova und die drei südkaukasischen Staaten (Georgien, Armenien und Aserbaidschan) umfasst und der hier „Zwischeneuropa“ genannt wird. Es zwar umstritten, wie „europäisch“ die südkaukasischen Länder tatsächlich sind. Diesen Begriff auf sie

anzuwenden, ist aber erstens deshalb vonnöten, weil sie seit Juni 2004 Adressaten und Partner der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sind, zweitens, sich die meisten der sogenannten „eingefrorenen Konflikte“ in dieser Subregion befinden (Abchasien, Südossetien und Berg-Karabach) und drittens, eine mögliche Erweiterung der NATO um Georgien (und die Ukraine) einer der schärfsten Konfliktpunkte in den Beziehungen Russlands zum Westen ist.

Besonderes Kennzeichen dieser Staaten ist ihre ungefestigte innere Situation und unbestimmte außenpolitische Orientierung. Dies trifft nicht für die Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zu, die fest in die NATO und die EU integriert sind. Trotzdem werden auch sie in die Analyse der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen mit einbezogen – und wiederum aus drei Gründen: Erstens gibt es zwischen dem von Moskau gegenüber den Baltischen Staaten verfolgten Ansatz und seiner in Zwischeneuropa praktizierten Politik große Ähnlichkeiten. Zweitens spielen die drei Ostseeanrainer eine aktive Rolle bei der Stärkung der Souveränität der Staaten am Schwarzen und Kaspischen Meer. Drittens, wie noch auszuführen ist, war die Ratifizierung des Angepassten Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (AKSE) durch die

NATO-Staaten und die vom Vertrag bisher ausgenommenen Baltischen Staaten mit dem Abzug der russischen Truppen aus der Moldau und Georgien verbunden – eine Verbindung, die nach der russischen Militärintervention in Georgien und der Errichtung einer Militärpräsenz in Abchasien und Südossetien noch an Bedeutung gewonnen hat.

Die Leitfrage der Untersuchung betrifft die Determinanten oder *Bestimmungsfaktoren* der

russischen Politik in Zwischeneuropa und den Baltischen Staaten. Konkret soll der Frage nachgegangen werden, was die gegenwärtige Verschärfung der Politik Moskaus in dieser Region erklärt. Dazu ist zuerst eine *Bestandsaufnahme* notwendig, die über diesen Raum hinausgehen muss, denn die russische Politik in dieser Region ist offensichtlich in die russische Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt wie auch in die Entwicklung der russischen Innenpolitik eingebunden.

Verschärfung der russischen Außen- und Sicherheitspolitik

Schärfere Töne waren in der russischen Außen- und Sicherheitspolitik schon zu Beginn der zweiten Amtszeit Putins zu vernehmen. Am 10. Februar 2007 wurde diese Tendenz durch eine Art Paukenschlag verstärkt: die Rede Präsident Putins auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik. Seitdem spielt das Orchester des russischen außen- und sicherheitspolitischen Establishments die Akkorde *forte* und *fortissimo* in verschiedenen Kompositionen und Variationen nach. Unabhängig von der Tonlage richten sich nahezu alle dem Paukenschlag nachfolgenden Sätze kritisch an die Vereinigten Staaten und eng mit ihnen verbundene und verbündete europäische Staaten.

Einer der Kernpunkte der Kritik sind die amerikanischen Pläne zum Aufbau einer Radarstation in Tschechien und einer Raketenabwehrstellung in Polen als Teil des amerikanischen strategischen Abwehrsystems. Der Kreml und russische Generale haben argumentiert, dass sich die amerikanischen Stationierungspläne nicht gegen Iran, Nordkorea oder andere mögliche Problemstaaten richteten, sondern gegen Russland. Sie haben die Pläne Washingtons mit der Aufstellung sowjetischer Raketen in Kuba im Jahre 1962 und der

Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen (Pershing-2 und Marschflugkörper) in Europa nach 1983 verglichen und gewarnt, dass ihre Verwirklichung unweigerlich zu einem neuen Wettrüsten führen würde. General Jurij Balujewskij hat in seiner Funktion als russischer Generalstabschef gewarnt, der Start der amerikanischen Abfangraketen könnte in Russland als Beginn eines Angriffs auf Russland gewertet werden und einen nuklearen Schlagabtausch zwischen den beiden Mächten auslösen.

Zu derartigen Akkorden martialischer Musik gehören verschiedene Maßnahmen und Pläne in der militärischen Wirklichkeit:

- o Die russischen Luftstreitkräfte haben die nach dem Kalten Krieg eingestellten Langstreckenflüge strategischer Bombenflugzeuge über atlantische und pazifische Seegebiete in Richtung Vereinigte Staaten wieder aufgenommen – ein Schritt, den Putin damit begründet hat, dass der einseitige Stopp der Flüge nach dem Ende der Sowjetunion Russlands Sicherheit beeinträchtigt habe. Die Strategischen Raketentruppen haben erfolgreich eine neue Version der modernsten

landgestützten Interkontinentalrakete, der RS-24 („Topol-M“), und die Marine die seegestützte Variante („Bulawa“) getestet. Beide können bis zu zehn nukleare Sprengköpfe tragen.

- Die Bulawa ist für die neue Klasse strategischer U-Boote der Serie „Jurij Dolgorukij“ bestimmt. Ginge es nach dem Chef der russischen Marine sollen bis zum Jahre 2015 acht Boote dieser Klasse gebaut und die Seestreitkräfte in den nächsten 20 Jahren mit sechs neuen Flugzeugträgern ausgestattet werden. Wie in Sowjetzeiten soll wieder ein Geschwader (eskadra) der Marine im Mittelmeer stationiert werden und sich dabei auf eine Flottenbasis in Latakia in Syrien stützen.
- Im Sommer 2007 fanden die bisher größten Militärmanöver der Schanghai Organisation für Sicherheit (SOZ) auf russischem Territorium – in der Nähe von Tscheljabinsk im Ural-Gebirge – statt. In Anwesenheit von Putin und des chinesischen Staatschefs Hu Jintao nahmen daran fast 6 000 Soldaten, Fallschirmspringer, Panzer, Raketen, Hubschrauber und Kampfflugzeuge teil.
- Für den Zeitraum von 2007-2015 hat das Verteidigungsministerium ein Programm für die Modernisierung der russischen Streitkräfte aufgelegt, das rund 5 Billionen Rubel (fast 200 Milliarden USD) kosten soll.
- Zu der von Putin und seinen Generalen aufgebauten Kulisse militärischer Maßnahmen und Drohungen gehört auch das „Moratorium“ – de facto der Ausstieg – aus dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) mit allen seitdem vorgenommenen Anpassungen.
- Und schließlich sind dazu auch die Drohungen Moskaus zu rechnen, das sowjetisch-amerikanische Abkommen zur vollständigen Abrüstung nuklearer Mittelstreckenwaffen

(INF-Vertrag) zu verlassen, diese Waffen in Kaliningrad zur Bedrohung der amerikanischen Raketenabwehrkomponenten in Ostmitteleuropa zu stationieren und Raketen kürzerer Reichweite zu demselben Zweck in Belarus.

Wenn sich auch die russische Kritik vornehmlich an die USA und die politisch besonders eng mit ihnen verbundenen europäischen Länder richtet, betrifft diese aufgrund der Standardauffassung in Moskau, dass die NATO der verlängerte Arm der USA in Europa sei, auch die *atlantische Allianz*. Vor allem die Osterweiterung der NATO ist von Putin scharf angegriffen worden. In München hat er sie als „*ernste Provokation*“ bezeichnet. Auf der Pressekonferenz nach der Sitzung des NATO-Russland-Rats in Bukarest Anfang April 2008 ging er noch einen Schritt weiter. „*Wir betrachten die Ankunft eines Militärblocks, dessen Mitgliedschaft die Verpflichtungen des Artikel 5 einschließt, als eine direkte Bedrohung der Sicherheit unseres Landes*“.⁵ Der neue Präsident hat ins gleiche Horn gestoßen. So sagte er bei seinem ersten Besuch im westlichen Ausland in seiner neuen Funktion, die NATO sei „*nicht in der Lage eine neue Daseinsberechtigung zu finden*“ und forderte eine stärkere Rolle für Russland im Rahmen einer neu zu gründeten euroatlantischen Sicherheitsorganisation.⁶ In Moskau präziserte Dmitrij Medwedjew, ein „*allumfassendes Abkommen*“ unter Beteiligung aller europäischen Staaten sollte geschlossen werden. „*Nur ein paneuropäisches Abkommen wäre auf einigende Prinzipien gegründet. Alle anderen Institutionen gründen sich auf trennende Prinzipien*.“⁷

Auch die *Europäische Union* ist von einer verhärteten Haltung Russlands betroffen. Bis kurz nach dem Regierungswechsel von Jaroslaw Kaczynski zu Donald Tusk hielt Russland an

seinem seit zwei Jahren bestehenden Importverbot für polnisches Fleisch fest, wohl wissend, dass es dadurch die Verhandlungen über eine Anpassung oder Neufassung des seit Dezember 2007 im Prinzip abgelaufenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) blockieren würde.⁸ Es hält immer noch entgegen internationalem Recht an Transitgebühren für Flüge europäischer Fluggesellschaften über russisches Territorium nach Asien fest. Im „Energiedialog“ zeigt es kein Entgegenkommen. So steht die Ratifizierung des Energiecharta-Vertrags und vor allen Dingen des Transitprotokolls weiterhin aus. Zudem unternimmt Moskau Anstrengungen, mit Hilfe von Abkommen mit westlichen privaten und staatlichen Energiefirmen und zentralasiatischen Staaten die Absichten der EU-Kommission zunichte zu machen, die Abhängigkeit der EU mit Hilfe von Diversifizierung von Gasimporten zu mindern.

In der OSZE hat Moskau den Standpunkt vertreten, dass diese Organisation ihre ursprünglichen Aufgaben nicht mehr wahrnehme, sie deformiert worden sei. Sie habe wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aufgaben vernachlässigt und besasse sich nunmehr nahezu ausschließlich mit Menschenrechtsfragen in den postsowjetischen Ländern. Vor allem hat es das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und die von ihm durchgeführten Wahlbeobachtungen immer wieder scharf angegriffen und seine Arbeit erschwert. Dies betraf auch die Parlamentswahlen vom Dezember 2007 und die Präsidentschaftswahlen im März 2008 in Russland mit der Folge, dass das Büro es nicht als sinnvoll erachtete, eine Wahlbeobachtermission zu entsenden.

Dieser Haltung entsprechen auch Bemühungen Moskaus, die Flut von Klagen russischer Bürger

vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte des Europarats einzudämmen. Derzeit sind dies mehr als 20 000 Klagen russischer Bürger gegen ihren Staat anhängig, die meisten davon wegen Menschenrechtsverletzungen durch russische Truppen und Sondereinheiten in Tschetschenien. In bisher allen Fällen dieser Art entschied das Gericht gegen Russland. Aber auch die Nicht-Ausführung von Entscheidungen russischer Gerichte hat zu einer Flut von Klagen in Straßburg geführt. Dies hat zur Folge, dass die russischen Gerichte und die Duma nach Möglichkeiten suchen, den Weg russischer Bürger zum Europäischen Gerichtshof zu erschweren oder zu unterbinden.

Der Kreml hat auch bei wichtigen internationalen Streitfragen Positionen bezogen, die der Politik der EU, der NATO und der USA entgegenstehen. Das trifft beispielsweise für das Problem *Kosovo* zu. Die im Westen noch 2007 gehegte Erwartung, Russland würde letztendlich im VN-Sicherheitsrat dem Ahtisaari-Plan für ein unabhängiges Kosovo unter internationaler Kontrolle zustimmen, haben sich nicht bestätigt. Der Kreml hat die serbische Ablehnungsfront im Kosovo-Streit vorbehaltlos unterstützt, die Unabhängigkeit des Kosovo als völkerrechtswidrig hingestellt und sich dementsprechend in den VN geweigert, einer Polizei- und Rechtsstaatsmission der EU für die neue Republik zuzustimmen. Vermutlich arbeitet er auf eine Teilung des Kosovo in einen serbischen und einen albanischen Landesteil hin. Diese Haltung hat Moskau mit dem oben erwähnten Bemühen verbunden, eine Monopolstellung für den russischen Energiekonzern Gasprom bei der Lieferung von Erdgas nach Europa zu gewinnen und Anstrengungen der EU zunichte zu machen, ihre Importquellen zu diversifizieren. Entsprechend schloss Russland im Januar 2008 einen umfassenden Vertrag über eine

strategische Energie-Partnerschaft zwischen Russland und Serbien, der Gasprom die Mehrheitsbeteiligung am staatlichen serbischen Erdölkonzern NIS sichert. Zudem wurde vereinbart, dass ein Arm des russischen Gaspipeline-Projekts „*South Stream*“ durch Serbien führen soll, was zur Folge hat, dass sich die Chancen der EU, ihr Konkurrenzprojekt *Nabucco* erfolgreich durchzuführen, weiter verschlechtert haben.

Bei den wichtigen internationalen Streitfragen ist auch der *Atomstreit mit Iran* zu nennen. Oft wird die russische Haltung als ein Beispiel für verantwortungsbewusstes Handeln in Zusammenarbeit mit Europa und den USA gewertet. Als Belege dafür wird darauf hingewiesen, dass Moskau immer wieder versichert habe, an einem nuklear bewaffneten Iran kein Interesse zu haben, sich bemüht habe, Teheran dazu zu überreden, in Russland ein paritätisch zusammengesetztes Gemeinschaftsunternehmen zur Uran-Anreicherung zu gründen und im VN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Iran zugestimmt habe. Diese tragen jedoch eher symbolischen Charakter und haben das Regime Ahmadinedschads nicht dazu bewegen können, die Urananreicherung aufzugeben. *De facto* trägt Moskau durch seine Zusammenarbeit mit

Teheran beim Bau des Atomkraftwerks in Bushehr dazu bei, Irans nukleare Programme voranzutreiben. Es betreibt regen Handel mit der islamischen Republik, redet mit Präsident Ahmadinedschad einer (tendenziell gegen westliche Interessen gerichteten) „*Gas-OPEC*“ das Wort, liefert Waffen wie beispielsweise *Tor-1*-Raketen, die für den Schutz der Atomanlagen vor Luft- und Raketenangriffen geeignet sind, weigert sich, Iran als einen Staat zu betrachten, der eine destabilisierende Politik im Nahen und Mittleren Osten betreibt und stilisiert Iran sporadisch als „strategischen Partner“. Diese Politik legt den Schluss nahe, dass auf Russland auch bei konkreten Beweisen für eine militärische Ausrichtung des iranischen Atomprogramms Zwangsmaßnahmen mit allen seinen möglichen katastrophalen Konsequenzen im Nahen und Mittleren Osten nicht zustimmen würde. Diese blieben dann den USA und Israel überlassen. Diese Staaten würden dann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Ziel terroristischer Angriffe islamistischer Kräfte, nicht aber Russland.

Besonders ausgeprägt ist die Verschärfung der russischen Haltung und Politik im Raum der ehemaligen Sowjetunion

„Zwischeneuropa“ und der postsowjetische Raum

Die Baltischen Staaten

Die Beziehungen Russlands zu Estland, Lettland und Litauen waren seit der Erringung ihrer Unabhängigkeit 1991 nie besonders gut. In der Ära Putin haben sie sich jedoch verschlechtert. Kernpunkt der Auseinandersetzungen sind radikal unterschiedliche Interpretationen der Geschichte, der Bedeutung des Hitler-Stalin-Pakts, des Beitritts der drei Staaten zur Sowjetunion, der Besetzung dieser Länder durch die Rote Armee im

Jahre 1940 und deren Reokkupation 1944, beide Male verbunden mit umfangreichen Deportationen. Im Zuge des Wiederauflebens nationalistischer Tendenzen und „Großmacht“-Denkens in weiten Teilen der Moskauer Machtelite wird den baltischen Staaten unterstellt, sie wollten die „Geschichte umschreiben“ so etwa, wenn sie den Tag des Sieges der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg nicht als Tag der „Befreiung“ ansehen, sondern als Symbol für die Ablösung einer Fremdherrschaft durch eine andere.

Der Zustrom an russischsprachigen Einwanderern in der Sowjetära wird in Moskau als Teil einer umfassenden Entwicklungspolitik betrachtet, in Tallinn, Riga und Vilnius dagegen als „Kolonialisierung“. Die gesetzlichen Regelungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft bilden einen weiteren Streitpunkt: Während die drei baltischen Regierungen sowie europäische Institutionen wie Europarat, EU und OSZE die entsprechenden Akte als europäischen Normen entsprechend ansehen, werden sie und die auf ihnen beruhende Praxis als „Menschenrechtsverletzungen“ angesehen, und auf dem NATO-Russland-Ratsgipfel in Bukarest im April 2008 griff Putin unter offensichtlicher (und wiederholter) Ironisierung der westlichen Charakterisierung der atlantischen Allianz als einer Wertegemeinschaft die beiden Staaten wegen ihrer Minderheitenpolitik an und bezeichnete diese Länder als „undemokratisch“.

Immer wieder gibt es Anlässe, die derartige Kontroversen aufbrechen lassen, sei es der 60. Jahrestag des Sieges im „Großen Patriotischen Krieg“, Forderungen der baltischen Staaten nach Kompensation für die Besetzung oder der Umgang mit sowjetischen Ehrendenkmälern. So hatte die Verlegung eines sowjetischen Kriegerdenkmals von einem zentralen Platz in der estnischen Hauptstadt Tallinn auf einen abseits gelegenen Soldatenfriedhof im Mai 2007 zu wütenden Protesten der russischen Regierung geführt. Kreml-treue Jugendgruppen blockierten und attackierten die estnische Botschaft und bedrängten die estnische Botschafterin in Moskau. Die Lieferung von Ölprodukten und Kohle per Zug nach Estland wurde eingestellt, wofür „technische Gründe“ geltend gemacht wurden.

Derartige Reaktionen sind typisch für das in der zweiten Amtszeit Putins eingeschlagene Verhaltensmuster des Kremls gegenüber den

schwachen Staaten im „Nahen Ausland“, also den Staaten auf post-sowjetischem Territorium.⁹ Die Beispiele für sein punitives Verhalten in diesem Raum sind zahlreich. Eines davon und gleichzeitig Beleg für die konsequente Politik des Kremls, eine Monopolstellung im Energiebereich in Eurasien aufzubauen, ist der im Jahre 2003 verfügte Stopp der Erdöllieferungen an den lettischen Ölhafen Ventspils. Als der Streit um die angebliche Diskriminierung russischsprachiger Einwohner in Lettland auf dem Höhepunkt war, trocknete Russland den Ölstrom zu diesem Hafen aus, der bis dahin der wichtigste Umschlagplatz für russisches Rohöl war. Die russischen Ölfirmen schoben "Pipeline-Probleme" vor, und bis heute ist es den Letten nicht gelungen, den einträglichen Transithandel wieder anzukurbeln. Das Öl wird statt dessen vom neuen russischen Terminal Primorsk verschifft, Ventspils muss sich mit dem Weiterexport raffinierter Produkte begnügen.

Obwohl es zwischen Russland und Litauen keinen Streit über Nationalitätenprobleme gibt (lediglich 6 % der Einwohner sind Russen) unterbrach Moskau dennoch im August 2006 wiederum aus „technischen Gründen“ die Ölzufuhr für die einzige baltische Raffinerie in Mazeikiai. Der offensichtlich Grund war wiederum punitiv: Die Regierung in Vilnius hatte im Zuge einer Privatisierung die Anlage an den polnischen Konzern PKN Orlen statt an russische Mitbieter verkauft. Seither muss die Raffinerie den Rohstoff viel teurer durch Öltanker heranschaffen.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Mitgliedschaft der baltischen Staaten in der NATO. Offensichtlich hat das Moskauer außen- und sicherheitspolitische Establishment diese Tatsache noch immer nicht verwunden. „Die Art und Weise, wie die baltischen Staaten der

NATO beigetreten sind“, hat sich Putin beklagt, „ist reine Rüpelhaftigkeit“. ¹⁰ Der stellvertretende Außenminister Wladimir Tschischow hat verkündet: „Ich kann Ihnen ganz offen und unmissverständlich sagen, dass uns [der NATO-Beitritt der baltischen Staaten] nicht gefällt“. ¹¹ Kreml-Sprecher haben erklärt, es wäre „sehr negativ“, wenn im Baltikum NATO-Streitkräfte stationiert oder Ausrüstungsgüter gelagert würden; kein einziger „Fußabdruck [der NATO], so klein er auch sein möge“, sei hinzunehmen. ¹² Das russische Verteidigungsministerium und der Generalstab haben sich auch gegen die Einbeziehung der drei Länder in die integrierte Luftverteidigung der NATO ausgesprochen. Sie haben die F-16-Überwachungsflüge der NATO über baltischem Territorium, die Ende März 2004 vom früheren sowjetischen Luftwaffenstützpunkt Sakniai aus begannen, ebenso wie die Überwachungsflüge der NATO-Frühwarnflugzeuge E-3A (AWACS) im baltischen Luftraum kritisiert. Auf der Pressekonferenz in Bukarest Anfang April 2008 bezeichnete Putin die Aufklärungsflüge der NATO zwar lediglich als „irritierend“, aber auch er machte damit klar, dass eine Ausweitung der NATO-Militärpräsenz nicht in Frage käme und die baltischen Staaten AKSE beitreten müssten. General Jurij Balujewskij, in seiner damaligen Funktion als Stellvertretender Generalstabschef, kündigte „angemessene Gegenmaßnahmen“ Russlands für den Fall an, dass die NATO „die Lage in der Nähe russischer Grenzen verschärfen“ sollte. ¹³

Belarus

Ein Militärsprecher ging ebenfalls auf mögliche Reaktionen ein und erklärte, Russland würde gegebenenfalls Luftabwehrsysteme des Typs S-300 an der Westgrenze von Belarus stationieren, um so die gemeinsame russisch-weissrussische Luftverteidigung zu stärken. ¹⁴ Angesichts der

amerikanischen Pläne, Komponenten eines Raketenabwehrschildes in Polen und Tschechien zu stationieren, hat Moskau (wie erwähnt) mit der Aufstellung von anderen Waffensystemen in Belarus gedroht. So haben Spitzenbeamte gewarnt, Russland könnte in seinem Nachbarland Systeme stationieren, „die etwas mit Nuklearwaffen zu tun haben“. ¹⁵ Gemeint war dabei, wie Militärs klarstellten, die „Iskander“, eine Rakete kürzerer Reichweite, die mit Nuklearwaffen bestückt werden kann. Zudem will Belarus seine eigenen Raketenstreitkräfte mit diesem Waffensystem ausrüsten. ¹⁶ All dies weist auf die enge militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Minsk hin, die nicht nur Luft- und Raketenabwehr- und Angriffssysteme umfasst, sondern auch den Grenzschutz.

Diese Kooperation vollzieht sich ungeachtet der Tatsache, dass der weissrussische Präsident Alexander Lukaschenko für die EU und die NATO *persona non grata* ist und dass Belarus nach den russisch-weissrussischen Kontroversen über Öl- und Gaslieferungen, Transitgebühren und des Eigentums an Pipelines seit Januar 2007 seine Vorzugsstellung im GUS-Raum eingebüßt hat und sich seitdem nun ebenfalls russischem Druck ausgesetzt sieht. Doch zu einer Entspannung in den Beziehungen zwischen Russland, der EU und der NATO hat dies nicht beigetragen. Denn Moskaus Pressionen zielen ja nicht auf *regime change*, nicht darauf, die Verhältnisse in Belarus zugunsten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu ändern, sondern lediglich auf eine Ausweitung des eigenen Einflusses in dem Land, auf höhere Profite und auf eine Inbesitznahme der rentablen Teile des militärisch-industriellen Komplexes.

Es gibt einige Hinweise darauf, dass das persönliche Verhältnis zwischen Putin und Medwedjew einerseits und Lukaschenko

andererseits nicht das beste ist. Entsprechend hat Präsident Putin aus dem von Lukaschenko bereits in der Jelzin-Ära betriebenen Projekt einer staatsrechtlichen Union von Russland und Belarus die heiße Luft abgelassen. Das Projekt ist praktisch tot.¹⁷ Dies hat allerdings den heutigen Premierminister Putin nicht daran gehindert, sich von den Präsidenten der Teilstaaten der Union, Lukaschenko und Medwedjew, zum „Premierminister des Unionsstaats“ ernennen zu lassen.¹⁸

Der Weg beider Teile des „Unionsstaats“ geht weg von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft, in Belarus allerdings viel weiter als in Russland. Sowjetische Institutionen, so weit diese überhaupt in Belarus aufgelöst wurden, werden wiederhergestellt und auch sowjetische Praktiken wie die Manipulation von Wahlen. Im wahrsten Sinne des Wortes „phantastisch“ (hohe) Wahlbeteiligung und Zustimmung zum Kurs des Präsidenten und der Regierung sind unter anderem dafür typisch. Berichten der OSZE-Beobachter und westlicher Korrespondenten zufolge könne von freien und fairen Wahlen in Belarus keine Rede sein. Der „vorherrschende Einfluss des Staates“ während der Wahlkampagnen und der Wahlen selbst sei überall zu beobachten; sie fänden in einem „Klima der Einschüchterung“ statt. Zum Instrumentarium des Staates gehörten der massive Einsatz regierungsabhängiger Medien, die Bereitstellung staatlicher Finanzmittel, gewaltsame Auflösung von Demonstrationen der Opposition, Verhaftung oppositioneller Journalisten, Busfahrten von „Mehrfach-Wählern“ von Wahllokal zu Wahllokal, Auffüllen der Wahlurnen mit im voraus ausgefüllten Stimmzetteln und Behinderung sowie Ausschluss von Wahlbeobachtern.¹⁹

Wie verhält sich Moskau zu derartigen Praktiken im slawischen Nachbarland? Die hohe Wahlbeteiligung wird als ein beeindruckender „Indikator für die Bürgeraktivität der weißrussischen Bevölkerung“ bezeichnet. Wahlen in Belarus verliefen „ruhig und transparent“ und trügen dazu bei, „demokratische Institutionen im Land weiter zu entwickeln und die Grundlagen der Zivilgesellschaft zu stärken“.²⁰

Festzuhalten ist in Anbetracht der russisch-weißrussischen „Union“, dass die Qualität des Regimes in Minsk ein weniger wichtiger Faktor ist als seine anti-westliche Orientierung. Dies hat auch Lukaschenko erkannt. Das Signal, das die EU für die weißrussische Politik und Gesellschaft in ihrem „Non-Paper“ im November 2006 unter der Überschrift „What the European Union Could Bring to Belarus“ gesetzt hatte, blieb bis zur russisch-belarussischen Öl- und Gaskrise 2007 unbeantwortet. Dann aber reagierte das Regime doch mit freundlichen Gesten in Richtung EU wie beispielsweise der EU-freundlichen Rede des stellvertretenden Außenministers auf einer Konferenz zur ENP in Brüssel im September 2007 und im darauf folgenden Monat – nach zweijährigem Tauziehen – mit der Zustimmung zur Eröffnung einer EU-Repräsentanz in Minsk. Derartige Gesten sind allerdings mit Skepsis zu betrachten, dienen sie doch eher als (vermutlich nicht sonderlich glaubwürdige) Botschaft in Richtung östlicher Nachbar, Minsk habe Alternativen, falls Moskau die Schrauben weiter anziehen sollte.

Das Ringen um die innen- und außenpolitische Orientierung der Staaten Zwischeneuropas zwischen Russland einerseits und EU, USA und NATO andererseits, lässt sich deutlich auch in der Ukraine beobachten.

Ukraine

Besonders dramatisch manifestierte sich dieses Ringen bei den Wahlen in der Ukraine in der Wahl des Präsidenten im Oktober und November 2004 und der in diesem Zusammenhang sich entwickelnden „Orangen Revolution“. Mit Viktor Juschtschenko und dem prorussischen Viktor Janukowitsch standen zwei Kandidaten einander gegenüber, die sich in ihren politischen Programmen wesentlich voneinander unterschieden, ersterer westorientiert und unterstützt vom Block der Julia Timoschenko und anderen „orangen“ Kräften, der andere ein Exponent der konservativen Kräfte und an Kooperation mit Russland orientiert. Vieles deutet darauf hin, dass Putin, Janukowitsch und der aus dem Amt scheidende Präsident Leonid Kutschma eine gemeinsame Strategie ausgearbeitet hatten, wie ein Sieg des Regierungskandidaten bewerkstelligt und abgesichert werden könnte. Zumindest war war die russische Haltung eindeutig, Moskaus Parteinahme für Janukowitsch unverkennbar und die Unterstützung für ihn massiv.²¹ Mit der vorbehaltlosen Parteinahme stand das Bemühen Putins zusammen mit seinem Wunschkandidaten im Einklang, eine Revision des umstrittenen Ergebnisses des ersten Wahlgangs nicht zuzulassen. Als ein zweiter Wahlgang dennoch abgehalten wurde, rief Putin vor Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses durch die Wahlkommission Janukowitsch an und gratulierte ihm zu seinem (nicht errungenen) Wahlsieg und stellte apodiktisch fest, die Wahlen seien „*offen und ehrlich*“, der Sieg des Premiers „*überzeugend*“ gewesen.²² Nach der Bekanntgabe des von der Opposition angefochtenen Ergebnisses gratulierte Putin seinem Favoriten zum zweiten Mal, dieses Mal schriftlich.²³ Damit distanzierte er sich de facto von der, von Repräsentanten der EU und der OSZE vertretenen, Auffassung, dass freie und faire Wahlen nicht stattgefunden

hätten.²⁴ Westliche Regierungen warnte er mit den Worten, OSZE-Beobachter dürften nicht „für die politische Bewertung der Wahlen in der Ukraine herangezogen werden“. Das würde „dem internationalen Prestige [der OSZE] abträglich sein und den Sinn ihrer Existenz überhaupt in Frage stellen“.²⁵

Die russische Haltung zu den Wahlen und zur „*Orangen Revolution*“ in der Ukraine 2004-2005 ist aus drei Gründen von großer Bedeutung. Erstens war und ist sie ein wichtiger Indikator dafür, dass sich Moskau bemüht, russischen Einfluss im postsowjetischen Raum sowohl gegen demokratische Entwicklungen „von unten“ als auch gegen Einwirkungen von außen von Seiten der EU, der NATO und der USA abzuschirmen. Entsprechend dem immer noch von Stereotypen der Sowjetära geprägten Weltbild der Moskauer Machtelite konnte bei all den in Europa stattgefundenen „*Revolutionen*“ gegen konservative Regime – in Serbien im Oktober 2000, in Georgien in der „*Rosenrevolution*“ im November 2003 und in der Ukraine – von Spontaneität keine Rede sein: Als Organisatoren und treibende Kräfte der Umstürze wurden westliche Regierungen und Geheimdienste angesehen, die wiederum angeblich regierungsunabhängige Institutionen (NGOs) anleiten und finanzieren.²⁶

Zweitens unterstreicht sie die Tatsache, dass es bei den internen und internationalen Auseinandersetzungen in der Ukraine nicht nur um dieses Land ging, sondern um Einflussphären. „*Hier [in der Ukraine] ist zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion das Interesse Russlands mit dem Interesse des Westens offen aufeinander gestoßen*“.²⁷

Drittens kündigte die aktive russische Parteinahme in der ukrainischen Innenpolitik trotz seines Fehlschlags ein stärkeres Engagement

und intensiveren Druck auf die Ukraine und darüber hinaus im postsowjetischen Raum an. Lapidar stellte ein Exponent Moskauer Großmachtgedankens fest: „*Der Westen ist nicht an einen starken russischen Staat gewöhnt, der seine Interessen verfolgt. Er sollte sich daran gewöhnen*“.²⁸

Ein wichtiges Beispiel für Gewöhnungstherapie folgte auf dem Fuße: Am Neujahrstag 2006 „drehte Gasprom den Gasahn ab“, das heißt, der russische Energiegigant verringerte die Einspeisung von Erdgas in die Gasleitung durch die Ukraine nach Europa um ca. 120 Millionen Kubikmeter am Tag. Dieser Schritt war wiederum von dreifacher Bedeutung: Es ging erstens *nicht*, wie der Kreml und Top Gasprom Manager erklärten (und weiterhin erklären) um eine ganz normale Beseitigung der Vorzugspreise für die Ukraine im Rahmen einer allgemeinen Preis-anpassung im GUS-Raum, sondern um eine sofortige Erhöhung der Erdgaspreise speziell für dieses Land auf fast das Fünffache: von 50 USD auf 230 USD pro 1 000 Kubikmeter Erdgas. Der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko zeigte sich lediglich bereit, einer Erhöhung der Erdgaspreise auf 80 Dollar und dann einem schrittweisen Anstieg auf Weltmarktniveau bis 2009 zuzustimmen. Das lehnte Gasprom ab.

Zweitens stellte das russische Vorgehen eine Vertragsverletzung dar. In dem Vertrag, der 2002 zwischen Gasprom und dem staatlichen Gaskonzern der Ukraine (Naftogaz) geschlossen worden war, waren sowohl die Mengen als auch Preise für die Lieferung russischen Erdgases bis Ende 2009 festgelegt worden, wobei der vereinbarte Preis bei 50 USD pro 1.000 Kubikmeter lag. Sollten sich Streitfragen ergeben, war ein Schiedsgericht anzurufen.²⁹ Eine einseitige Veränderung der Bedingungen war nicht vorgesehen.

Drittens unterstrich der russisch-ukrainische „Gaskrieg“ 2006, aber auch das Wiederauf-flammen der Kontroversen über Erdgas-lieferungen im Februar-März 2008 die enge Verbindung zwischen dem Kreml und Gasprom, zwischen Politik und Wirtschaft in Putins Russland; dies nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass auch die Präsidenten und Ministerpräsidenten der beiden Länder am Verhandlungsprozess beteiligt waren. Die Tatsache, dass Preise (sowie Liefermengen und Transitfragen) nicht nur kommerzielle, sondern auch politische Dimensionen haben, hat kein anderer als der russische Botschafter in der Ukraine, Viktor Tschernomyrdin, im Herbst 2007 klargestellt. Er stellte eine Verbindung zwischen dem Ergebnis der kommenden Parlamentswahlen in der Ukraine und dem Gaspreis her: „Alles hängt davon ab, wer die neue Regierung bilden wird und wie sie ihre Beziehungen zu uns gestalten wird.“³⁰

Kritischer Punkt in den Beziehungen zur Ukraine *und* zum Westen ist derzeit die Frage eines Membership Action Plans (MAP) der NATO für die Ukraine als Vorstufe für die Mitgliedschaft. So zerstritten das „orange“ Lager auch sein mag, so nachdrücklich hat es sich vor dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 für ein MAP-Angebot der Allianz eingesetzt. Ebenso kompromisslos hat sich Putin in Bukarest gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ausgesprochen. Er hat, wie oben erwähnt, diese nicht nur als direkte Sicherheitsbedrohung stilisiert, sondern dort und in seinem bilateralen Treffen mit Präsident Bush in Sotschi angedeutet, dass Russland eine Politik der Destabilisierung gegenüber der Ukraine einschlagen könnte: „*Sowohl in Bukarest als auch in Sotschi*“, berichtete Außenminister Lawrow, „*hat Putin daran erinnert, wie die Ukraine in seinen gegenwärtigen Grenzen geschaffen wurde, und*

er hat auf die Widersprüche zwischen der Westukraine und den östlichen und südöstlichen Regionen [hingewiesen]. Er sagte, dass das, was getan würde, um die Ukraine in die NATO zu ziehen, nicht die wichtige Aufgabe erleichtern würde, der Ukraine dabei zu helfen, ihre Einheit zu bewahren“.³¹

Amerikanischen Berichten zufolge soll Putin im NATO-Russland-Rat noch deutlicher geworden sein und die Souveränität der Ukraine in Frage gestellt und davon gesprochen haben, dass bei einem NATO-Beitritt die Krim und die Ostukraine von der Ukraine abgelöst und an Russland angegliedert werden könnten.³² Entsprechend haben russische Politiker, allen voran der Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow, im Vorfeld des Bukarester NATO-Gipfels die Krim und die Hafenstadt Sewastopol als eigentlich russisches Gebiet bezeichnet und deutlich gemacht, dass sie die russische Schwarzmeerflotte als Faustpfand für ukrainisches Wohlverhalten ansehen und sie das Datum der Rückgabe der Marinebasis in Sewastopol im Jahre 2017 hinauszögern wollen.³³

Dem Ziel Moskaus, sein westliches Glacis gegen die EU, die NATO und die USA als russische Einflussphäre zu sichern, dient offensichtlich auch seine Politik im an die Ukraine angrenzenden Moldova und dem separatistischen Transnistrien.

Moldova und der Transnistrien-Konflikt

Die wichtigste analytische Frage, die sich nicht nur im Verhältnis zur Republik Moldau, sondern auch gegenüber den anderen Staaten stellt, die von „eingefrorenen Konflikten“ betroffen sind, lässt sich wie folgt formulieren: Ist der Kreml an Stabilisierung auch dann interessiert, wenn dies zu einer Schwächung russischen Einflusses führen würde? Oder werden prorussische

Minderheiten sowie ethnische und politische Konflikte als Hebel genutzt, um verbliebenen Einfluss zu wahren? Was die russische Politik in Moldova betrifft, ist letzteres der Fall.

Bei dieser Bewertung ist davon auszugehen, dass sich das orthodox-kommunistische, international geächtete Regime in Tiraspol ohne die militärische Intervention der 14. Armee General Lebeds Anfang der 90er Jahre nicht hätte etablieren können und es sich ohne die fortgesetzte russische Truppenpräsenz und die politische und wirtschaftliche Unterstützung Moskaus nicht halten könnte. Militärische und politische Präsenz sowie Unterstützung für Transnistrien sind scheinbar unverrückbare Bestandteile der russischen Politik seit Anfang der 90er Jahre. Moskau fordert, wie erwähnt, die NATO-Staaten nachdrücklich dazu auf, den AKSE-Vertrag zu ratifizieren. Dies würde geschehen, wenn es bereit wäre, seine 1999 auf der Gipfelkonferenz der OSZE in Istanbul übernommene Verpflichtung zum Abzug seiner Truppen und Munition aus Moldova (und Georgien – die „Istanbul Commitments“) zu erfüllen. Das Unterlassen dieses Schrittes ist umso unbegreiflicher, als unklar ist, was abgesehen von den kommerziellen Interessen der russischen Generale in Tiraspol und einiger Staatsbediensteter in Moskau das *Nationalinteresse* Russlands in diesem sowjetischen Bruchstück sein könnte. Es ist schwer zu glauben, dass es darin liegen könnte, es zu einem endgültigen Bruch zwischen Chişinău und Tiraspol kommen zu lassen, dann säße Russland mit einer Exklave jenseits der Grenzen der Ukraine fest, die noch weiter als Kaliningrad vom Mutterland entfernt, aber kein integraler Teil der Russischen Föderation ist.

Billigt man trotz allen gegenteiligen Anscheins der russischen Führung durchdachtes und zielgerichtetes Verhalten bei diesem „eingefrorenen

Konflikt“ zu, ist zu schließen, dass es ihr nicht nur darum geht, eine NATO-Mitgliedschaft Moldovas zu verhindern, sondern jegliche enge Westbindung und von Moskau unabhängige Politik. Schließlich ist die Neutralität des Landes bereits in seiner Verfassung verankert und seine Bündnisfreiheit wurde zudem in seiner nationalen Sicherheitsstrategie vom Mai 2008 bestätigt und als Gesetz verabschiedet. Dem Kreml ist offensichtlich der von Woronin im Jahre 2003 vorgenommene Kurswechsel von einer prorussischen in eine prowestliche Richtung ein Dorn im Auge. Indikatoren für den Kurswechsel sind unter anderem im Jahre 2005 unternommene Schritte wie der vom EU-Moldau Kooperationsrat entwickelte ENP-Aktionsplan, die Eröffnung einer Permanenten Delegation der Republik Moldau in Brüssel und die Entsendung einer EU Border Assistance Mission (EUBAM) an die moldawisch-ukrainische Grenze, um Chişinău dabei zu helfen, den Handel mit Menschen, Waffen und Drogen einzuschränken.

Moskaus Weigerung, seinen in Moldova in Form des transnistrischen Druckmittels verbliebenen Einfluss aufzugeben, wird durch immer wieder diskutierte und dann verworfene Pläne zur Regelung des Sezessionsproblems unterstrichen. Standard-Forderungen bleiben dabei die vom damaligen Ersten Stellvertretenden Leiter der Kreml-Administration, Dmitrij Kosak, im November 2003 entwickelten Vorstellungen für eine neue Verfassung („Kosak-Plan“). Diese sahen praktisch die Legalisierung der transnistrischen Sezession mittels eines weitgehenden Autonomiestatuts und Vetorechtes für Tiraspol gegenüber der Politik einer zu errichtenden Föderation sowie die Fortschreibung der russischen Militärpräsenz (derzeit 1.500 Mann) vor. Ein von Woronin im Juni 2004 den fünf Garantiemächten vorgelegter Entwurf eines

„Stabilitäts- und Sicherheitspakts“ ging auf die russischen Forderungen ein, scheiterte aber ebenso wie der Kosak-Plan am Widerstand der USA, der EU und der Bevölkerung.³⁴ Im Frühjahr 2008 hatte es den Anschein, als würde Chişinău wiederum auf die russischen Vorstellungen eingehen, und auch die NATO rückte von ihrer bis dahin unverrückbaren Position nach Abzug aller russischen Truppen in ihrem sogenannten Parallel Actions Program ab. Ob es aber zu einer Regelung kommt, ist weiterhin ungewiss.

So bleibt es unverändert bei den von Moskau verhängten Wirtschaftssanktionen, insbesondere dem im März 2006 verhängten Importverbot für Wein, Spirituosen und einige landwirtschaftliche Produkte. Auch diese für die schwache Volkswirtschaft der Republik Moldau schädlichen Sanktionen zeigen, dass das Interesse Russlands nicht darauf gerichtet ist, „eingefrorene“ Konflikte zu bereinigen und ein „stabiles Umfeld im sogenannten Nahen Ausland“ herbeizuführen,³⁵ sondern Hebel zur Einflussnahme auf die innere und äußere Entwicklung der Nachbarstaaten zu nutzen und die Politik dieser Staaten in eine prorussische Orientierung zu lenken. Die höchsten Anwälte dieses Interesses weisen derartige Interpretationen vehement zurück. Auf den mittleren Ebenen finden sich allerdings oftmals ihre Bestätigung. Auf dieser Ebene findet sich die klare Aussage: *„Die russische Armee wird in dieser Region als Stabilitätsfaktor bleiben. Moskau benötigt Garantien, dass die führenden Politiker der Republik Moldau ernsthaft ein strategischer Partner [Russlands] in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten werden wollen. ... Chişinău [muss] begreifen, dass es, wenn es auf zwei Stühlen sitzen will, dem europäischen und dem russischen, auf dem Boden landen wird“*.³⁶

Die Forderung an postsowjetische Staaten, EU- und NATO-Orientierungen aufzugeben und

eine, im Verständnis der Moskauer Machtelite „prorussische“ Politik zu betreiben, wird ebenfalls gegenüber den Staaten im Südkaukasus erhoben. Auch politische und ethnische Konflikte sowie russischsprachige und andere Minderheiten, die bereit sind, mit Russland zu kooperieren, werden von Moskau genutzt, um seinen in dieser Region noch verbliebenen Einfluss zu sichern oder auszuweiten.

Südkaukasus am Beispiel Georgiens

In Georgien sind die Sezessionskonflikte in Abchasien und Südossetien als entsprechende Hebel angewandt worden. Beim Regimewechsel in Tiflis („Rosenrevolution“) und in den ersten Monaten danach sah es anfangs so aus, als würde Russland tatsächlich etwas zur inneren Stabilität des Landes beitragen und die Westorientierung des neuen Präsidenten, Michail Saakashvili, akzeptieren. Dafür sprachen unter anderem die Vermittlungsbemühungen des damaligen russischen Außenministers Igor Iwanow während der Revolution und bei der friedlichen Beilegung der Krise in einer anderen Sezessionsrepublik, in Adscharien. Moskau setzte auch positive Zeichen mit der Auflösung seiner Militärbasen in Batumi und Achalkalaki, so dass bis August 2008 nur noch, nachdem auch die Luftwaffenbasis in Vaziani geschlossen wurde, der Militärstützpunkt in Gudauta in Abchasien bestehen blieb. Die Hoffnungen aber, dass diese Anzeichen Vorzeichen einer Lösung der Sezessionskonflikte in Abchasien und Südossetien sein würden, haben sich nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil sind die russisch-georgischen Beziehungen von einer Krise in die andere gestürzt.

Bereits im März und April 2006 verfügte Moskau Wirtschaftssanktionen in Form eines Einfuhrstopps für Wein, Spirituosen und

Mineralwasser. Wenige Monate später reagierte Moskau auf die Verhaftung von Agenten des russischen Militärgeheimdienstes GRU mit verbalen Ausfällen und scharfen Maßnahmen. Putin griff die Politik der georgischen Führung als „Staatsterrorismus“ an³⁷ und meinte, sie sei der *“Politik des Lavrentij Pawlowitsch Berija [Geheimdienstchefs Stalins] sowohl innerhalb des Landes als auch in der internationalen Arena ähnlich”*.³⁸ Verteidigungsminister Sergej Iwanow behauptete, dass *“Banditentum“* jetzt zur offiziellen Politik Georgiens geworden sei und die Situation im Lande an den Großen Terror Stalins im Jahre 1937 in der Sowjetunion erinnere.³⁹ In rascher Folge unternahm Russland Schritte, die normalerweise einer Kriegserklärung oder Kriegshandlungen vorangeschickt werden. Es beorderte diplomatisches Personal aus Tiflis zurück, schob Mitglieder der georgischen Volksgruppe und georgische Staatsbürger in ihr Heimatland ab, sperrte die Land-, See- und Flugverbindungen nach Georgien, stellte den Postdienst und Bankverkehr zwischen den beiden Ländern ein und kündigte umfangreiche Seemanöver vor der georgischen Küste an.

Nach dieser Krise mehrten sich die Anzeichen, dass der Kreml von einer Politik der Strafaktionen und der Nutzung der abtrünnigen Republiken zur Einflussnahme auf die Innen- und Außenpolitik Georgiens zu einer Politik des *de facto* Anschlusses dieser Gebiete an Russland übergegangen war. Das Außenministerium hatte bereits 2006 die territoriale Integrität Georgiens mit den Worten in Frage gestellt, diese sei *“eher ein möglicher Zustand, als politisch-rechtliche Wirklichkeit“*.⁴⁰ Ein weiterer Schritt auf dem Weg zum *de facto* Anschluss war die Ausstattung der großen Mehrheit der Abchasen und Südosseten mit russischen Pässen (*pasportizacija*) mit der paradoxen Konsequenz, dass *diese* Bewohner Georgiens nun Zugang zu

Visaerleichterungen der EU erhielten, Georgier anderer Landesteile aber nicht. Zudem hatte dieser Schritt eine ominöse Dimension: Eine Militärintervention, wie sie dann tatsächlich im August 2008 stattfand, konnte damit gerechtfertigt werden, dass „russische Staatsbürger“ geschützt werden müssten. Dieser Anspruch galt auch für die „Friedenstruppen“ in Südossetien und Abchasien: In Abchasien, unter dem Mandat der GUS (nicht der UN), waren dies ausschließlich russische Staatsbürger; in Südossetien – russische Staatsbürger aus dem Kernland und dem russischen Nordossetien sowie Südosseten, die vermutlich bereits mit neuen Pässen ausgerüstet waren. All diese Truppen waren Partei, die dazu beitrugen, den status quo zu „stabilisieren“ und zu Gunsten Russlands zu verändern.

Am 16. April 2008 unternahm Moskau weitere Schritte auf dem Weg zur *de facto* Annexion Abchasiens und Südossetiens. Noch in seiner Eigenschaft als Präsident erließ Putin ein Dekret, in dem er die Regierung anwies, direkt zu abchasischen und südossetischen Behörden Verbindung aufzunehmen und deren Rechtsakte als gültig anzuerkennen. Zudem wurden die russischen Behörden aufgefordert, die Wirtschaftsbeziehungen zu den beiden Republiken auszuweiten und für den Schutz der (neuen) russischen Staatsbürger Sorge zu tragen.

Der angemahnte Schutz bekam sofort eine stärkere militärische Dimension: Vier Tage nach dem Putinschen Dekret schoss ein Kampfflugzeug des Typs MIG-29 oder Su-27 ein unbemanntes Aufklärungsflugzeug mit einer Luft-Luft Wypel-R-73-Rakete über Abchasien ab. Der Kampfjet stieg entweder direkt von der russischen Luftwaffenbasis Gudauta auf oder gewann dort an Höhe und flog nach dem Abschuss der Drohne in Richtung Maikop und

Krasnodar in Südrussland. Diese von Georgien zuerst mit Hilfe von Videoaufnahmen der Drohne und Radaraufzeichnungen entwickelte Darstellung wurde in einem offiziellen Bericht der UN-Beobachtermission in Georgien (UNOMIG) bestätigt. Russische Versionen wie „kein russisches Kampfflugzeug befand sich zur Zeit des Vorkommnisses im südlichen Luftraum“ und „wieder hat eine Provokation Georgiens stattgefunden“ sowie die Behauptungen Abchasiens, seine Luftabwehrkräfte hätten die Drohne abgeschossen, wies die Beobachtermission dagegen zurück.⁴¹

Am 29. April entsandte Russland zusätzliche Truppen (Fallschirmjäger) und Waffen (Artillerie, Schützenpanzer) nach Abchasien. Die Verstärkungen stellte Moskau als Aufstockung der GUS-Friedenstruppe und als Reaktion auf angebliche georgische Truppenkonzentrationen im oberen Kodori-Tal dar. Auch diese russische Darstellung der Verhältnisse wurde von der UNOMIG nicht bestätigt. Ende Mai verlegte Moskau ein Bataillon Eisenbahntruppen nach Abchasien, um dort nach eigenen Angaben Reparaturarbeiten am Schienennetz auszuführen.⁴² Dieser Schritt versetzt die russische Armee in die Lage, bei Bedarf Kampfpanzer auf Eisenbahnwagons nach Süden zu transportieren. Gleichzeitig hatte er wirtschaftliche Bedeutung, denn er verbesserte die Möglichkeiten für Russland, abchasische Ressourcen für die umfangreichen Bauvorhaben heranzuziehen, die im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 2014 in Sotschi notwendig sind.

Im Juli 2008 gab das russische Verteidigungsministerium erstmals den Flug zweier russischer Kampfjets über Südossetien zu und das Außenministerium erklärte, Ziel dieser Aktion sei es gewesen, „Hitzköpfe“ in Tiflis abzukühlen. In demselben Monat hielten die russischen

Streitkräfte im Nordkaukasus umfangreiche Militärmanöver ab, an denen 8.000 Soldaten, 700 Panzerfahrzeuge und 30 Militärflugzeuge sowie Spezialeinheiten des russischen Innenministeriums teilnahmen. Die Übungen wurden ebenfalls in den Zusammenhang der verschärften Situation in Abchasien und Südossetien gestellt: Eines der Ziele der Manöver sei es gewesen, „Fragen zu lösen, die sich mit der Teilnahme von Truppen des [nordkaukasischen] Militärbezirks an Sonderoperationen zur Erzwingung des Friedens in Zonen militärischer Konflikte verbinden“.⁴³

Diese Fragen wurden im russischen Verständnis offensichtlich wirksam gelöst. Auf die massive Militärintervention waren die russischen Streitkräfte und Sondertruppen bestens vorbereitet. Schon wenige Stunden nach dem Beginn des georgischen Angriffs auf die südossetische Hauptstadt Zchinwali strömten Tausende von Truppen mit Hunderten von Panzern, Schützenpanzern, Artilleriegeschützen und Raketenwerfern der in Nordossetien stationierten 58. Armee durch den *Roki Tunnel*, die einzige Landverbindung zwischen Süd- und Nordossetien. Luftlandetruppen der 76. Fallschirmjägerdivision in Pskow unterstützten die Operation. Bis zu 300 Kampfflugzeuge der russischen Luftwaffe beteiligten sich an den Kampfhandlungen.

Bereits im Vorfeld der bedingten westlichen Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo hatte Moskau gewarnt, es würde auf diesen Schritt des Westens mit der Anerkennung der Sezessionsregime in Abchasien und Südossetien (sowie Transnistrien) reagieren. Diese Warnungen wurden, was die südkaukasischen Sezessionsgebiete anbetrifft, vermutlich zum damaligen Zeitpunkt aus vier Gründen noch nicht in die Tat umgesetzt: Erstens wollte Russland im Eigeninteresse auf postsowjetischem Raum keine Präzedenzfälle schaffen. Zweitens schafft

die völkerrechtliche Anerkennung internationale Verpflichtungen, die bei einer *de facto* Kontrolle unnötig sind. Drittens könnte die Unabhängigkeit und Souveränität zumindest Abchasiens zu einer unabhängigen Politik führen, die nicht im Sinne Moskaus wäre. Viertens könnte ein unabhängiges Abchasien auf die nordkaukasischen muslimischen Republiken, wie beispielsweise Tschetschenien, eine für Moskau unerwünschte Ausstrahlungskraft entfalten.

Allerdings wird Moskau, nachdem es im September 2008 die beiden kaukasischen Regime völkerrechtlich anerkannt hat, eine von ihm nicht kontrollierte Politik zu unterbinden wissen. Südossetien ist ohnehin nicht an Unabhängigkeit interessiert, sondern an der Vereinigung mit dem russischen Nordossetien. Abchasien wird wohl keine Wahl gelassen. Das wurde bereits in den Präsidentschaftswahlen in Abchasien Anfang Oktober 2004 deutlich: Der Kreml unterstützte einen der beiden Kandidaten, Raul Chadschimba; die Wahl fiel aber knapp zugunsten seines Rivalen, Sergej Bagapsch, aus. Der scheidende Präsident, Wladislaw Ardsinba, vertrat mit Putin daraufhin die Position, die Wahlen seien ungültig, der Rivale dürfe das Amt des Präsidenten nicht antreten.⁴⁴ Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, verfügte Russland Wirtschaftssanktionen: Die Eisenbahnverbindung zwischen Sotschi und der abchasischen Hauptstadt Suchumi wurde gekappt und der Import abchasischer Früchte untersagt. Die Sanktionen wurden erst wieder zurückgenommen, als sich der Wahlsieger dazu bereit erklärte, die Macht zu teilen.⁴⁵

Die russische Intervention und Anerkennung der beiden Sezessionsrepubliken mit Hilfe des Anspruchs, „russische Staatsbürger“ auf postsowjetischem Raum schützen zu müssen, ist nun eine Drohung, mit der vor allem die

Ukraine rechnen muss, denn der Großteil der Bewohner der Krim und des russischen Kriegshafen Sewastopol fühlen sich eher Russland als der Ukraine verbunden. Die russische Führung ist scharf gegen eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO eingestellt und nicht an der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung interessiert, dass die russische Schwarzmeerflotte Sewastopol bis 2017 räumt.

Russland und der armenisch-aserbaidschanische Konflikt in Berg-Karabach

Die russische Haltung im armenisch-aserbaidschanischen Konflikt um Berg-Karabach weist im Vergleich zu den Sezessionskonflikten in Georgien sowohl Parallelen als auch Unterschiede auf.⁴⁶ Letztere überwiegen allerdings. Das liegt nicht an einem prinzipiell anderen Ansatz Moskaus, sondern an unterschiedlichen objektiven Gegebenheiten. Erstens gibt es im Gegensatz zu Georgien (Abchasien und Südossetien) keine gemeinsame Grenze zwischen Berg-Karabach und Russland. Zweitens handelt es sich hier um einen zwischenstaatlichen Konflikt, bei dem die Einflussmöglichkeiten Russlands auf die Kontrahenten (Armenien, Aserbaidschan) begrenzt sind. Dies trifft drittens auch auf den Mangel an einer prorussischen ethnischen Gruppe zu, die als Sachwalter russischer Interessen agieren könnte. Viertens fehlt eine russische „Friedenstruppe“, die vor Ort für die eine oder andere Seite Partei ergreifen könnte.

Zu den objektiven Gegebenheiten tritt die subjektive Dimension, die darin besteht, dass Moskau gar nicht an einer Parteinahme interessiert ist. Äquidistanz und relative Indifferenz sind in diesem Konflikt die hervorragenden Merkmale der Haltung Moskaus. Diese unterscheidet sich nicht

wesentlich von der anderer Akteure, den USA und Frankreich (Ko-Vorsitzende der von der OSZE für die Konfliktregulierung eingesetzten „Minsk-Gruppe“) sowie der EU. Übereinstimmend mit diesen externen Akteuren geht Russland davon aus, dass eine Rückkehr zum *status quo ante* vor dem Aufbrechen des Konflikts 1988 und dem Waffenstillstand von 1994 nicht möglich ist. Es erkennt im Prinzip die territoriale Integrität Aserbaidschans an; es lehnt die Unabhängigkeit Berg-Karabachs ab, befürwortet aber Selbstbestimmung des Gebiets innerhalb des aserbaidschanischen Staatsverbandes. Es übt keinen Druck auf Jerewan und Baku zugunsten irgendeiner Lösung aus, überlässt das diplomatische Feld hauptsächlich den beiden Kontrahenten, sieht sich primär in der Rolle als Vermittler. Dabei ist einer Lösung förderlich, dass es vorschlägt, Stepanakert in Verhandlungen zwischen Jerewan und Baku mit einzubeziehen. Ebenso einer Einigung förderlich ist, dass Moskau eine Trennung bei der von allen Hauptbeteiligten getragenen Forderung nach Abzug der armenischen Truppen vornimmt: Armenien solle sich sofort und bedingungslos aus den besetzten aserbaidschanischen Gebieten *außerhalb* Berg-Karabachs und dem Latschin-Korridor (der Armenien und Berg-Karabach verbindet) zurückziehen; später könnte es dann seine Truppen aus den letzteren beiden Territorien im Rahmen einer umfassenden Lösung abziehen. Zu einer Entspannung im Konflikt schließlich könnte der von Russland unterstützte Vorschlag beitragen, Regelungen zu finden, um den Waffenstillstand besser abzusichern und damit bewaffnete Zwischenfälle wie die von Anfang März 2008 auszuschließen. Diese Aufgabe könnte, russischen Vorstellungen zufolge, eine von der OSZE entsandte internationale Friedenstruppe übernehmen.

Die Haltung aller Hauptakteure richtet sich gegen jegliche militärische Lösung des Konflikts. Aserbaidschan ist dabei die Ausnahme: Es betreibt mit Hilfe seiner erheblichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft ein Aufrüstungsprogramm großen Stils und will die territoriale Integrität des Landes mit Waffengewalt wiederherstellen, falls Armenien seine Truppen nicht in überschaubarer Zeit aus *allen* besetzten Gebieten abzieht. In der Bevölkerung finden Präsident und Regierung dafür volle Unterstützung. Sollte Baku mit seinen Drohungen ernst machen und käme es zu einem Wiederaufflammen der Kampfhandlungen, wäre wohl keinem der Kontrahenten und externen Akteure gedient. Vor allem Russland befände sich in einer schwierigen Lage, denn es arbeitet mit Armenien militärisch eng zusammen, unterhält eine Militärbasis in Gumri und wäre vertraglich verpflichtet, im Falle einer Aggression gegen Armenien, dem Land militärischen Beistand zu leisten. Allerdings wäre ein militärischer Erfolg Aserbaidschans keineswegs gesichert. Zudem hat Armenien schon angedroht, die nur 20 Kilometer vom Konfliktgebiet verlaufende Ölleitung Baku-Tiflis-Ceyhan zu sprengen, falls Aserbaidschan tatsächlich angreifen sollte. Die wirtschaftliche Basis des neuen aserbaidschanischen Selbstbewusstseins und der Militärausgaben würde dadurch in Frage gestellt.

Insgesamt läuft die Haltung Russlands wie die anderer Akteure bei diesem Konflikt auf die Bewahrung des *status quo* hinaus. Allerdings ist die Motivations- und Interessenlage Moskaus eine andere als die der USA und der EU. Letztere Akteure wären viel eher an einer Überwindung des *status quo* im Sinne einer einvernehmlichen Lösung interessiert als Moskau. Der Grund dafür liegt darin, dass die Bereinigung des Konflikts die Unabhängigkeit dieser Staaten stärken würde. Das Hauptaugenmerk dieser Kontrahenten könnte von Konfrontation weg auf die innere Entwicklung und regionale sowie internationale Kooperation gelegt werden. Die Bewahrung des *status quo* liegt dagegen eher im russischen Interesse. So lange der Konflikt schwelt und Baku droht, eine militärische Lösung herbeiführen zu wollen, so lange benötigt Jerewan Moskau als Rückversicherung. Umgekehrt muss Baku daran interessiert sein, die „Achse“ Jerewan–Moskau zu schwächen, die politischen Führungen in diesen beiden Hauptstädten nicht zu eng zusammenwachsen zu lassen, was unweigerlich der Fall wäre, wenn es sich auf einen „antirussischen“ Kurs begeben würde – so etwa mit einem stärkeren Engagement in der GUAM oder der Community of Democratic Choice.⁴⁷

Determinanten und Motivationen russischer Politik in „Zwischeneuropa“

In Zwischeneuropa, wie darüber hinaus im postsowjetischen Raum, um zusammenzufassen, betreibt Russland eine Politik, in der nicht nur Öl- und Gaspreise sowie das zugehörige Leitungsnetz als Instrumente eingesetzt werden, sondern auch Importstopps und Importbeschränkungen. Die inneren Verhältnisse dieser Länder, wie die Beziehungen der Moskauer Machtelite mit den autoritär bis autokratischen Regimen in Belarus und den zentralasiatischen

Staaten zeigen, spielen für den Kreml keine oder eine nur unwesentliche Rolle für die Gestaltung seiner Politik. Ihre Bemessungsgrundlagen sind die Einstellung dieser Regime zu Russland, der Grad politischen Einflusses sowie wirtschaftliche Vorteile, die er erlangen kann. Demokratisierung und die Förderung von Zivilgesellschaft in den postsowjetischen Ländern scheiden für die Moskauer Machtelite als Zielsetzung aus, nicht zuletzt deswegen, weil

diese Begriffe und die damit verbundenen Absichten aus ihrer Perspektive lediglich eine Verschleierung westlicher Interessenpolitik sind.

Dieser Sicht entsprechend ist auch die Herstellung von „Stabilität“ zufolge kein Wert oder Ziel an sich. Vielmehr geht es darum, russischen Einfluss zu erhalten und wo immer es möglich ist, ihn zu verstärken. Dies hat zur Folge, dass Moskau keine Anstrengungen unternimmt, die „eingefrorenen“ Konflikte in Moldova (Transnistrien), Georgien (Abchasien, Südossetien) und zwischen Armenien und Aserbaidschan (Berg-Karabach) einer Lösung zuzuführen, sondern sie eher zu manipulieren und für eng definierte Interessen zu nutzen. Dies wiederum führt dazu, wie eingangs postuliert, dass im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen im postsowjetischen Raum Konkurrenz stärker ausgeprägt ist als Kooperation.

Schließlich ist deutlich geworden, dass die russische Außen- und Sicherheitspolitik unter Putin insgesamt, vor allem aber im postsowjetischen Raum „härter“ geworden ist. Ihre Repräsentanten treten auf der Weltbühne mit größerem Selbstbewusstsein und in der Sache unnachgiebiger auf. Dies wirft die Frage auf, welche Faktoren die oben beschriebene russische Haltung und Politik bestimmen.

Der postsowjetische Raum als russische Einflussosphäre. Der wichtigste Faktor, der die Politik des Kremls in Zwischeneuropa und darüber hinaus im postsowjetischen Raum bestimmt, ist das bis heute ungebrochene Denken der Moskauer Machtelite in Einflussosphären, Kräftekorrelationen und Nullsummenspielen (wonach die eine Seite in dem Maße verliert, in dem die andere gewinnt). So hat Putin festgestellt, es könne in den internationalen Beziehungen „kein Vakuum“

geben. „Würde sich Russland einer aktiven Politik in der GUS enthalten oder dort sogar eine unbegründete Pause einlegen, würde das unweigerlich zu nichts anderem führen, als dass dieser politische Raum von anderen, aktiveren Staaten energisch ausgefüllt würde“.⁴⁸ Seiner Auffassung zufolge war die Auflösung der Sowjetunion eine „nationale Tragödie riesigen Ausmaßes“.⁴⁹ Er hat dieser Feststellung zwar gleich hinzugefügt, in der Politik Moskaus in diesem Raum gehe es nicht um die Wiederherstellung der UdSSR, man müsse jetzt „auf die Realitäten schauen“. Fügt man allerdings die Einzelbestandteile seiner Politik und der seines Nachfolgers in Europa östlich des Bugs zu einem Gesamtbild zusammen, wird deutlich, dass der Kreml davon ausgeht, im postsowjetischen Raum ein *droit de regard* zu haben oder es haben zu sollen.

Auf der verbalen Ebene hat sich das im Begriff des „Nahen Auslands“ niedergeschlagen. Im Januar 1998 nahmen zwar die für Russlands Beziehungen mit der GUS zuständigen Regierungsmitglieder offiziell Abschied von diesem Begriff. Er sei, wie sie zugaben, unvereinbar mit der Unabhängigkeit der GUS-Staaten, die ja „Staaten wie alle anderen“ seien. „Je früher wir diese Idee des ‘Nahen Auslands’ aufgeben, desto besser ist es für alle Beteiligten.“ Die GUS-Staaten sollten als „gleichberechtigte Mitglieder der Weltgemeinschaft“ betrachtet werden, mit denen „normale“ Beziehungen herzustellen seien.⁵⁰ In der Logik dieser Entwicklung lag die von Jelzin Anfang Mai 1998 verfügte Auflösung des GUS-Kooperationsministeriums und die Rückgabe dieses Aufgabenbereichs an das Außenministerium. Die Begrifflichkeit des Nahen Auslands und das damit verbundene Denken haben sich aber bis heute gehalten. Auch institutionell ist dies zu verzeichnen. So hat Putin in seiner neuen Funktion als Premierminister als eine seiner ersten

Amtshandlungen die Schaffung einer Föderalen Agentur für GUS-Angelegenheiten verfügt. Diese Institution ist zwar formal dem Außenministerium nachgeordnet, trotzdem ist zu erwarten, dass sie eine eigene Hausmacht entwickeln und die Herstellung „normaler“ Beziehungen mit den Staaten im postsowjetischen Raum erschweren wird.

So weit es einen Unterschied zwischen den Ansätzen Jelzins und Putins gibt, liegt er zum einen darin, dass letzterer im Wesentlichen unveränderte Zielsetzungen energischer und (scheinbar) wirksamer verfolgt. Dabei werden sowohl nationale Besonderheiten der GUS-Staaten im Geflecht bilateraler Beziehungen berücksichtigt als auch multilaterale Instrumente angewandt. Unter Putin kommt dabei den wirtschaftlichen Hebeln besondere Bedeutung zu, um Integration im GUS-Raum – laut Putin die „oberste Priorität“ der russischen Außenpolitik – mit Hilfe verschiedener Zusammenschlüsse wie dem Gemeinsamen Wirtschaftsraum (GWR) und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWP) voranzutreiben.⁵¹ Dieser Ansatz wird von dem Bemühen begleitet, auch militärische Integration im postsowjetischen Raum zu befördern. Dies kommt unter anderem in der im April 2003 erfolgten Gründung der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (ODKB) zum Ausdruck. Ein gemeinsamer Generalstab ist eingerichtet worden, geführt vom russischen Generalstabschef. Die bisher nur auf dem Papier und auf Stabsebene existierenden schnellen Eingreiftruppen (KSBR) sollen durch real existierende Truppeneinheiten aufgefüllt werden.⁵²

Im Rahmen des Denkens in Einflussphären, wie oben dargestellt, wendet sich die Moskauer Machtelite scharf gegen die NATO als Akteur im postsowjetischen Raum und stilisiert die

Osterweiterung der Allianz als „ernste Provokation“ und „direkte Bedrohung“ der Sicherheit Russlands. Im Verhältnis zur Europäischen Union taugen derartige Charakterisierungen zwar nicht, die Osterweiterung der EU ist dem außen- und sicherheitspolitischen Establishment Russlands aber genauso ein Dorn im Auge wie die der NATO. In einem wichtigen Dokument wird dies klipp und klar formuliert, der *„Mittelfristigen Strategie Russlands gegenüber der EU“*. Dort wird auf den besonderen Status Russlands „als euroasiatischer Staat und größtes Land der GUS“ hingewiesen, Integration mit der EU abgelehnt und der GUS-Raum praktisch *off limits* für die EU erklärt. Die „positiven Erfahrungen“ der EU sollten lediglich dazu dienen, „Integrationsprozesse in der GUS“ zu fördern, die partnerschaftlichen Beziehungen mit der EU dazu beitragen, „Russlands Rolle als führende Macht [mit dem Ziel] zu konsolidieren, ein neues System zwischenstaatlicher politischer und wirtschaftlicher Beziehungen im GUS-Raum zu bilden“. Die EU wird mit den Worten gewarnt, Moskau werde „jeglichen Anstrengungen Widerstand entgegensetzen, welche die wirtschaftliche Integration in der GUS beeinträchtigen“. Moskau lehne „Sonderbeziehungen‘ der EU mit einzelnen Ländern der Gemeinschaft [Unabhängiger Staaten] zum Schaden russischer Interessen“ ab.⁵³ Wer bestimmt, ob Sonderbeziehungen bestehen und ob diese russische Interessen verletzen, ist offensichtlich. Dieser Bestimmungsfaktor wiederum steht in einem unauflöselichen Zusammenhang mit der russischen Innenpolitik.

„Linkage“. Die verschärfte, kompromisslosere und aktivere Politik Russlands in *Zwischeneuropa* kann als eine logische Konsequenz der inneren Entwicklung angesehen werden – als Übertragung der in der Moskauer Machtelite geltenden Werte- und Ordnungsvorstellungen auf den postsowjetischen Raum. Im Westen

gehegten Hoffnungen entgegen, hat sich das vom Präsidenten geschaffene „System Putin“ von grundlegenden Bauprinzipien von Demokratie, Marktwirtschaft mit freien und fairem Wettbewerb, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft abgewandt. Eine Gewaltenteilung, die das Wort verdient, gibt es praktisch nicht mehr. Parlament und Föderationsrat sind im Wesentlichen gleichgeschaltet. Der für die Jelzin-Ära charakteristische Parteienpluralismus ist zusammengeschmolzen und durch die Einheitspartei „*Einiges Russland*“ abgelöst worden. Liberale Parteien sind nicht mehr vertreten. Durch Abschaffung der Direktmandate und Erschwerung der Neugründung von Parteien geht die Entwicklung der Parteienlandschaft wieder zurück auf ein Block- oder Volks- oder Einparteiensystem sowjetischer und osteuropäischer Prägung vor dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme. Wie unter anderem der Fall Chordorkowskij zeigt gibt es auch keine Unabhängigkeit der Justiz mehr. Wie in der Sowjetära arbeiten Staatsanwalt und Richter eng zusammen und beide richten sich nach politische Vorgaben und Instruktionen. Die Gouverneure und Präsidenten der Gebietskörperschaften werden de facto wieder vom Präsidenten ernannt. Eine gesellschaftlich orientierte Reform des Militärs und des FSB wurde noch nicht einmal in Ansätzen versucht,

dagegen ist der Einfluss ehemaliger und aktiver Mitarbeiter der Geheimdienste und anderer Repräsentanten der Machtstrukturen (Silowiki) auf Politik und Wirtschaft gewachsen. Die Entwicklung von Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, mittelständischen Unternehmen und kommunaler Selbstverwaltung wird nicht ermutigt, sondern entmutigt.

Besonders deutlich wurde dies nach den „Farbrevolutionen“ in Georgien und der Ukraine mit den nahezu panikartigen Reaktionen in Moskau, die von der eigentlich völlig unbegründeten Furcht des Kremls bestimmt war, oppositionelle Kräfte könnten das politische System auch in Russland in Gefahr bringen. Dies hat Boris Gryslow, Vorsitzender der Einheitspartei „*Einiges Russland*“ und Sprecher der Duma wie folgt charakterisiert: *„Ausländische Geheimdienste wenden immer aktiver nicht-traditionelle Methoden für ihre Arbeit an. Mit Hilfe verschiedener Nichtregierungsorganisationen und Erziehungsprogramme propagieren sie ihre Interessen vor allem [auf dem Gebiet] der ehemaligen Sowjetunion. Unsere Gegner bemühen sich systematisch und Schritt für Schritt, den Einfluss Russlands in der ehemaligen Sowjetunion und der internationalen Arena insgesamt zu schwächen. Die Ereignisse, die vor kurzem in Georgien, der Ukraine und Kirgistan stattgefunden haben, bestätigen dies uneingeschränkt“*.⁵⁴

Fazit

Derartige Perzeptionen zeugen eigentlich nicht davon, dass das Moskauer Establishment auf einer Woge von Machtgefühl reitet und mit dem Bewusstsein agiert, eine – wie China und Indien – aufstrebende, dynamische Großmacht zu sein, die den *status quo* in Europa und weltweit mit Drohungen und Forderungen verändern könnte. Alarmistische Wahrnehmungen der Art

Gryslows waren allerdings nur wenige Monate nach den „Farbrevolutionen“ in der Ukraine und Kirgistan ausgeprägt. Seitdem haben sich die Befürchtungen in Moskau (und Minsk), die demokratischen Umwälzungen in Georgien und der Ukraine könnten auf andere Länder im postsowjetischen Raum übergreifen, erheblich abgeschwächt und das Selbstbewusstsein der

Moskauer Machtelite ist wieder gewachsen. Gründe dafür sind unter anderem die Zerrissenheit Georgiens, der Zerfall des Bündnisses der „oranen“ Kräfte in der Ukraine und die Rückkehr Kirgistans zu Autoritarismus. Organisationen wie die Community of Democratic Choice und GUAM, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Unabhängigkeit ihrer Mitglieder zu stärken und demokratische Reformen zu fördern, haben sich als unwirksam erwiesen. Zur Arroganz der Macht beigetragen haben aber auch der fortgesetzte wirtschaftliche Aufschwung in Russland, die auf schwindelerregende Höhen kletternden Öl- und (damit verbundenen) Gaspreise und den dadurch verstärkten Befürchtungen der Nachbarländer und der EU vor größerer „Abhängigkeit“ von

Moskau. Die objektiven Gegebenheiten in Zwischeneuropa sind aller Wahrscheinlichkeit nach zwar so, dass das Bemühen des Kremls, die Anziehungskraft EU-Europas und der USA auf Zwischeneuropa abzuschwächen, mittel- bis langfristig nicht erfolgreich sein wird. Verkürzt gesagt, richten sich seine Anstrengungen gegen den Zeitgeist. Erst innenpolitische Veränderungen in Russland und eine Rückkehr zu einer demokratisch, rechtsstaatlich und zivilgesellschaftlich orientierten Reformpolitik könnten eine Wende auch in seiner Politik in Zwischen-europa herbeiführen. Die innenpolitische Entwicklung der letzten acht Jahre in Russland lässt allerdings einen derartigen Wandel kaum erwarten.

Anmerkungen:

- 1 In seiner Eigenschaft als Präsident der Russischen Föderation; Rede auf der Konferenz der russischen Botschafter am 12.7.2004 in Moskau, <http://www.kremlin.ru/text/appears/2004/07/74399.shtml>. GUS ist die 1991 gegründete Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.
- 2 In seiner Eigenschaft als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland; Rede im Bundestag in der Debatte zur Situation in der Ukraine am 24.11.2004, www.bundestag.de.
- 3 Diese Charakterisierung findet sich bereits in den beiden Grundsatzdokumenten der EU und Russlands des Jahres 1999, der ‚Gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Russland‘ und der ‚Mittelfristigen Strategie Russlands gegenüber der EU‘. Die ‚Gemeinsame Strategie‘ wurde auf der EU-Ratstagung im Juni 1999 in Köln verabschiedet. Ihre Geltungsfrist endete im Juni 2004. Die ‚Mittelfristige Strategie‘ gegenüber der EU stellt Russlands „Antwort“ dar. Als mittelfristig wird der Zeitraum bis 2010 verstanden. Putin übergab sie in seiner Eigenschaft als russischer Regierungschef der EU-„Troika“ im Oktober 1999 in Helsinki.
Texte: http://europa.eu.int/council/off/conclu/june99/annexe_de.htm#a2 und *Diplomatičeskij vestnik* (Moskau), November 1999. – Trotz aller noch darzustellenden Kritik Russlands an den USA und der NATO werden seine Beziehungen zur NATO und den USA auf der Homepage des russischen Verteidigungsministeriums als *strategisch* bezeichnet: Ministry of Defense of the Russian Federation, „Russia-NATO and Russia-US Strategic Partnership“, <http://mil.ru/eng/1864/12075/12096/index.shtml>.
- 4 In Anbetracht zum Teil erheblicher Differenzen zwischen Europa, beziehungsweise zwischen den „alten“ europäischen Staaten einerseits und den USA in der Ära George W. Bushs andererseits ist es Mode geworden, den Begriff „Westen“ als analytische Kategorie im Verhältnis zu Russland aufzugeben. Dies wird hier nicht vorgenommen, weil nach Ansicht des Autors die Gemeinsamkeiten zwischen den USA und dem Europa der EU und der anderen europäischen Staaten erheblich größer sind, als die zwischen Europa und Russland.
- 5 Interfax (russ.), 4. und 5.4.2008; desgl. auf der Webseite des Präsidenten, www.kremlin.ru.
- 6 „Medwedjew attackiert NATO“, *Süddeutsche Zeitung* (online), 5.6.2008.
- 7 „Medwedjew will Alternativbündnis zur NATO“, *Welt* (online), 11.6.2008.

- 8 So lange keiner der Vertragspartner das Abkommen kündigt, bleibt es weiterhin gültig.
- 9 Der Begriff des „Nahen Auslands“ war in der Jelzin-Ära sehr gebräuchlich. Unklar blieb dabei, ob er auch die baltischen Staaten umschloss oder nur die Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Zur Begrifflichkeit des Nahen Auslands und seiner Bedeutung siehe das letzte Kapitel.
- 10 Putin bei einem Treffen mit ausländischen Teilnehmern des Forums „Russland am Vorabend des Neuen Millenniums“ am 6. September 2004 in Nowo-Ogarowo, zitiert von einem der Teilnehmer, Nikolaj Zlobin, Direktor der Russischen und Asiatischen Programme am Center for Defense Information (CDI), *Izvestija* (online), 10.9.2004. Der von Putin benutzte Begriff lautete *chamstvo* (Grobheit, Flegelei).
- 11 Tschischow auf einer Pressekonferenz am 24. Juni 2004, *RIA Novosti* (russ.), 25.6.2004.
- 12 So etwa der damalige Sonderberater des Präsidenten für Außenpolitik, Sergej Jastrschembkskij, im März 2004 in einem Interview mit der *Financial Times* während eines Besuchs im NATO-Hauptquartier in Brüssel; siehe Judy Dempsey, „Moscow Warns NATO Away from the Baltics“, *Financial Times*, 1.3.2004, S. 2.
- 13 „Russia Warns U.S. on Baltic Deployment“, *International Herald Tribune*, 19.3.2004, S. 3.
- 14 „Russische Raketen Richtung Westen“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.3.2004, S. 12.
- 15 So der russische Botschafter in Minsk, Alexander Surikow, in: *RIA Novosti*, 28.8.2007.
- 16 „Weißrussland will auch aufrüsten“, in: *Russland Aktuell*, www.aktuell.ru, 14.11.2007.
- 17 Den Vorschlägen Putins zufolge wäre Belarus praktisch den Territorialeinheiten der Russischen Föderation hinzugefügt und Lukaschenko zu einem der Provinzgouverneure oder Präsidenten herabgestuft worden. Lukaschenko reagierte darauf verärgert, ein „weißrussischer Bürger“ könne nur mit „absoluter Zurückweisung“, einem „absoluten Nein“ auf derartige Pläne antworten.
- 18 „V. Putin stal glavoj soveta ministrov gosudarstva Belarusii i RF“, www.rbk.ru, 27.5.2008.
- 19 OSCE International Election Observation Mission, Republic of Belarus, Parliamentary Elections, 17 October 2004, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, http://www.osce.org/documents/odihr/2004/10/3733_en.pdf. Der Bericht bezieht sich zwar auf die Parlamentswahlen, nicht auf das Referendum, stellt aber fest: „Issues of concern arising from one [election] inevitably apply to the other“. Hier wird vom Autor weitgergeführt, dass diese *issues of concern* für alle Wahlen in Belarus gelten.
- 20 So der Pressesprecher des russischen Außenministeriums, Alexander Jakowenko, am 18.10.2004 im Hinblick auf die Doppelwahlen im Oktober 2004, www.mid.ru.
- 21 Zur Unterstützung Russlands für Janukowitsch sind die folgenden Schritte zu rechnen: (1) Treffen zwischen Putin und Kutschma mit ihren Stabschefs, Dmitrij Medwedew und Viktor Medwedchuk, am 18.8.2004 während Putins Urlaub in Sotschi, wo eine Vereinbarung getroffen wurde, der zufolge Russland die Hälfte eines 600 Mio. USD umfassenden Wahlfonds übernehmen würde, die von russischen Firmen wie Gazprom, Lukoil, Sistema und TNK aufzubringen wäre. (2) Die Entsendung der russischen PR-Spezialisten und Image-Builder Gleb Pawlowskij und Sergej Markow nach Kiew. (3) Die Einladung Kutschmas und Janukowitschs zu Putins privater Geburtstagsfeier am 9.10. nach Nowo Ogarjowo nahe Moskau. (4) Die Besuche Putins in der Ukraine sowohl vor dem ersten als auch vor dem zweiten Wahlgang.
- 22 Am 22.11.2004 in einem Telefonat aus Brasilien nach dem APEC-Gipfel in Santiago de Chile, <http://www.kremlin.ru/text/news/2004/11/79979.shtml>.
- 23 „Putin esče raz pozdravil Janukoviča s pobedoj na vyborach“, *Rosbalt* Informationsagentur www.rosbalt.ru, 25.11.2004.
- 24 Am Tag nach dem zweiten Wahlgang erklärte die Wahlkommission Janukowitsch zum Sieger mit 49,6% der Stimmen vor Juschtschenko mit 46,6%. – In verschiedenen Nachauszählungen vor den Wahllokalen wurde dagegen der Oppositionskandidat als Sieger mit einem Vorsprung von bis zu 16% ermittelt. – Internationale Wahlbeobachter (mit Ausnahme der GUS) übten vernichtende Kritik; siehe z.B. den Abschlussbericht der OSZE http://www.osce.org/odihr/elections/field_activities/?election=2004ukraine.
- 25 Am 23.11.2004 auf einer Pressekonferenz in Lissabon; <http://www.kremlin.ru/text/news/2004/11/80051.shtml>.

- 26 So verurteilte die von der Kreml-Partei „Einheitliches Russland“ dominierte Duma in einer am 3.12.2004 verabschiedeten Resolution die „zerstörerische Rolle“ der EU und der OSZE beim Machtkampf in der Ukraine. Vertreter dieser Organisationen schürten Unruhen, die zu „massiver Unordnung“, „Chaos“ und einer „Spaltung des Landes“ führen könnten; „O popytkah destruktivnogo vmešatel'stva izvne v razvitie situacii v Ukraine“, <http://www.duma.gov.ru/index.jsp?t=news/index1.jsp&n=129>.
- 27 Sogar der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, der jeglichen Gedanken einer Rivalität zwischen Russland und dem Westen vehement zurückweist, diagnostizierte eine Konkurrenz um Einflussphären; siehe das Zitat zu Beginn dieses Beitrags. Allerdings wäre es nicht verwunderlich, wenn er dabei weniger Russland, als die USA im Auge hatte.
- 28 So Wjatscheslaw Nikonow, Enkel des ehemaligen sowjetischen Außenministers, Wjatscheslaw Molotow; zit bei Arkady Ostrovsky, „Vote's Outcome Seen as Defining Moment for Moscow“, *Financial Times*, 24.11.2004, S. 2.
- 29 Siehe die umfassende Dokumentation einschließlich gescannter Originale in der *Ukrayinska pravda*, 22.12.2005, <http://www.pravda.com.ua>.
- 30 „Russia Links Gas Price to Election Results“, *New Europe*, Issue 749, 29 September 2007, <http://www.neurope.eu/articles/78277.php>.
- 31 In einem Interview mit dem Moskauer Radio Echo Moskvy am 8.4.2008.
- 32 Stephen Blank, „Russia versus NATO in the CIS“, *Radio Free Europe*, 14.5.2008, www.rferl.org/featuresarticle/2008/5/D4A03AED-2E1F-408C-933C-AC2EF352ED63.html.
- 33 Auch Putin hat sich dafür eingesetzt, dass Kiew den Pachtvertrag für die Basis in Sewastopol verlängert; Vladimir Socor, „Putin Offers Ukraine 'Protection' for Extending Russian Black Sea Fleet's Presence“, *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 3, No. 200, 30.10.2006.
- 34 Ausführlich zum Kosak-Plan und den Vorschlägen Woronins siehe Michael Emerson, *Should the Transnistrian Tail Wag the Bessarabian Dog?*, Center for European Policy Studies, Dezember 2004, http://www.ceps.be/Article.php?article_id=133& und Vladimir Socor, „Moldovan President Delivers Secret Draft on Externally Guaranteed 'Neutrality'“, *Eurasia Daily Monitor* (Jamestown Foundation), Vol. 1, No. 24, 4.6.2004.
- 35 Siehe die Thesen von Peter W. Schulze, „Putins Vermächtnis: Russische Innen- und Außenpolitik zu Beginn der Präsidentschaft Dmitri Medwedews“, Manuskript for IILP (Wien), 4.6.2008.
- 36 Vasily Zubkov, „Russia-Moldova: Kremlin Wants Deeds, Not Words“, RIA Novosti, 28.8.2006. Zubkov ist Leiter der Wirtschaftsredaktion bei der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.
- 37 „Moskva i Tbilisi na poroge chodnoy voiny“, Pervyi kanal – novosti, 1.10.2006. Die Angriffe Putins waren auf dem Ersten Kanal des staatlichen russischen Fernsehens zu sehen, wurden aber nicht auf die Webseite des Kremls (www.kremlin.ru) gestellt.
- 38 Auf einer Sitzung des nationalen Sicherheitsrats am 1.10.2006, http://www.kremlin.ru/appears/2006/10/01/0000_type63378_111833.shtml.
- 39 „Rossija trebuet osvoboždenija voennyh v Gruzii i vvodit otvetnye mery“, *Agentstvo natsionalnykh novostei*, 28.9.2006.
- 40 So der Sprecher des russischen Außenministeriums Michail Kamynin; Interfax (russ.), 1.6.2006.
- 41 „Report of UNOMIG on the Incident of 20 April Involving the Downing of a Georgian UAV Over the Zone of Conflict“, United Nations Press Release, 26.5.2008. UNOMIG – United Nations Observer Mission in Georgia. UAV Unmanned Aerial Vehicle, auch Drohne. Die UAVs, die sich im Bestand des georgischen Innenministeriums befinden, werden in Israel hergestellt. – Angaben Abchasiens, dass es im Zeitraum vom 12.3. bis 12.4. sieben georgische UAVs abgeschossen habe, sind insofern von Bedeutung, als UNOMIG derartige Abschüsse bestätigt hat, aber die Luftabwehrstreitkräfte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dem russischen Verteidigungsministerium zugehören.
- 42 RIA Novosti (russ.), 7.6.2008.
- 43 So der Sprecher des Oberkommando der russischen Landstreitkräfte, Oberst Igor' Konašenkov; ITAR-TASS (russ., Moskau), 15.7.2008.

- 44 Russischen Berichten zufolge hatte die massive Wahlhilfe Moskaus für Chadschimba maßgeblich zu seiner Niederlage beigetragen; „Abkhaz Contender Bagapsh Says Moscow Mediation in Election Dispute Fails“, <http://www.mosnews.com/news/2004/11/03/bagapsh.shtml>.
- 45 Abchasien ist wirtschaftlich weitgehend vom Export von Orangen und Mandarinen nach Russland und vom Grenzhandel mit dem mächtigen Nachbarn abhängig; „Russische Daumenschrauben für Abchasien“; *Nene Zürcher Zeitung*, 4.12.2004.
- 46 Nachfolgende Darstellung und Analyse der russischen Haltung im Berg-Karabach-Konflikt stützt sich auf die Ergebnisse eines vom IILP durchgeführten Workshops auf Schloss Rothschild in Reichenau im März 2008.
- 47 GUAM ist die Abkürzung für die Organisation der Staaten Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldova. Die Organisation wurde am 10.10.1997 gegründet und soll zur Verstärkung der politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitskooperation zwischen den Mitgliedstaaten beitragen. Forciert wurde die Gründung der GUAM von den USA, die eine von Russland unabhängige Institution in der Region schaffen wollten. Usbekistan wurde 1999 Mitglied, schied aber 2005 wieder aus. Die Idee für die Gründung der Community of Democratic Choice (CDC) geht auf das Treffen der Präsidenten Georgiens (Saakashvili) und der Ukraine (Juschtschenko) im August 2005 in Borjomi in Georgien zurück. Einer entsprechenden Deklaration der beiden Präsidenten zufolge, sollte es ein Instrument für die Demokratisierung und die „Beseitigung verbliebener Trennungen in der Ostsee-Schwarzmeer-Region“ sein. Gegründet wurde die CDC am 1.-2.12.2005 in Kiew. Gründungsmitglieder waren Georgien, Ukraine, Lettland, Litauen, Estland, Rumänien, Moldau, Slowenien und Mazedonien.
- 48 Putin, Rede auf der Konferenz der russischen Botschafter am 12.7.2004 [wie Anm. 1].
- 49 Putin am 12.2.2004 in einer Rede vor rund 500 Journalisten und zu Beginn seiner Kampagne für die März 2004 Präsidentschaftswahlen; „Putin sčitaet raspad SSSR obščenacional’noj tragediej“, *Nasledie otečestva* (Moskau), 12.2.2004 und „Chotel uspokoit’ ljudej“, *Gazeta* (Internet-Ausgabe), 13.2.2004. Putin fügte dieser Aussage die These hinzu, an der Auflösung der Sowjetunion hätten „die normalen Bürger der früheren UdSSR und die heutigen Länder der GUS nichts gewonnen“.
- 50 So der stellvertretende Ministerpräsident Valerij Serow und GUS-Kooperationsminister ANATOLIJ Adamischin in getrennten Fernsehauftritten im NTV und dem „Vesti“-Programm des RTV am 21.1.98, zit. in: *Jamestown Foundation Monitor: A Daily Briefing on the Post-Soviet States*, 22.1.1998.
- 51 Putin in seiner jährlichen Ansprache vor der Föderalversammlung im April 2005, www.kremlin.ru/sdocs/appears.shtml. In seiner jährlichen Ansprache vom April 2006 sagte Putin: „Die Beziehungen mit unseren engsten Nachbarn waren und sind der wichtigste Teil von Russlands Außenpolitik.“
- 52 ODKB (russ.): Organizacija dogovora kolektivnoj bezopasnosti. KSBR (russ.): Kollektivnye sily bystrogo rasvertivanija. Was aus den Plänen wird, steht allerdings auf einem anderen Blatt, denn neben Russland sind derzeit nur Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan ODKB-Mitglieder, also nur sechs der insgesamt fünfzehn nach Auflösung der Sowjetunion neu entstandenen Staaten.
- 53 Mittelfristige Strategie Russlands gegenüber der EU [wie Anm. 3]. Hervorhebung nicht im Original.
- 54 Boris Gryslow in der Duma, „Groups are Spying on Russia, Security Chief Says“, *International Herald Tribune*, 13.5.2005, S. 3. Gryslow war früher Kurator des KGB für die Leningrader Firma Elektropribor.

Putins Vermächtnis: Russische Innen- und Außenpolitik zu Beginn der Präsidentschaft Dmitri Medwedews

1. Eine neue Etappe der Transformation: industriell-technologische Restrukturierung, Modernisierung der Infrastruktur und Sicherung der Macht.

Vergleichen wir die alljährlich in seinen Ansprachen an die Föderalversammlung, also an den Föderationsrat und an die Staatsduma, benannten Problemfelder der russischen Innen-, Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik mit erkennbaren Fortschritten ihrer Lösung, so können wir am Ende der zweiten Amtsperiode des russischen Präsidenten Putin bilanzieren¹, dass transformationsbedingte Hauptdeformationen, die schon den Reformansatz von Gorbatschow scheitern ließen und sich während des Jelzin-Systems noch verschärften, weitgehend beseitigt wurden. Die politische Stabilisierung wurde abgeschlossen und der russische Staat hat seine Handlungsfähigkeit wieder erlangt, die vielleicht erstmals in der russischen Geschichte primär nicht auf Repressionen aufbaut. Erfolge auf der Makroebene der politischen Stabilisierung wie bei der Entfaltung wirtschaftlicher Dynamik gehen jedoch einher mit Rückschlägen bei der demokratischen Ausgestaltung des politischen Herrschaftssystems. Und der Preis für diese Erfolge war hoch. So wurden die schon während der Jelzin-Ära ermateten demokratischen Kräfte weiter geschwächt und pluralistische Gegenkräfte aus den Regionen ausgeschaltet. Auf der Strecke blieb auch jene Spielart von freier Presse, die sich unter der Obhut der Oligarchie in den 1990er Jahren herausgebildet hatte, und die ein gewisses Maß an Freiheit und Meinungsvielfalt gewährleistete.

Der junge russische Föderalismus schließlich, der beträchtlichen Anteil daran hatte, dass die Russische Föderation nach 1993 nicht auseinanderfiel, wurde durch den zentralistischen Kurs während der beiden Amtsperioden Putins im Kern getroffen. Regionale Machtgruppen und die Oligarchie sind in die von Anbeginn eingeforderte „*Vertikale der Macht*“ eingegliedert worden. Separatistische Gefahren sind abgewiesen oder mit brutaler militärischer Macht, wie der Fall Tschetschenien zeigt, beseitigt worden. Die früh eingeleiteten Steuer- und Bodenrefor-

men flankierten den anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung, der allerdings immer noch primär auf Energie- und Rohstoffexporten beruht. Die Diversifizierung der russischen Wirtschaft steckt noch in den Anfängen und ist auf nur wenige Branchen beschränkt. Die technologische Modernisierung und Restrukturierung der alten Sowjetindustrien kam kaum vom Fleck.

Die Wahlrechtsreform und ein Parteiengesetz, wobei letzteres sich in der Form stark an deutsche Vorlagen anlehnt, jedoch dessen wesentliche Bestimmung, nämlich den besonderen Schutz von Parteien, nicht übernahm, haben die Parteienlandschaft grundlegend umgestaltet. Erstmals seit 1993 konnte sich die Präsidialmacht auf eine eigenständige politische Machtbasis, eine „*Massenpartei der Macht*“, stützen. Die Machtblockade der vereinten kommunistischen, nationalistischen und auch demokratischen Opposition, die von 1993 bis 1999 der Handlungsfähigkeit des damaligen Präsidenten Jelzin enge Grenzen setzte, wurde durchbrochen. Seither siegte in den letzten beiden Wahlen zur Staatsduma 2003 und 2007 Die neue Partei der Macht, *Edinaja Rossia*, errang in den letzten beiden Wahlen zur Staatsduma 2003 und 2007 jeweils eine Zweidrittelmehrheit.

Diese Partei, oft als Ansammlung von Opportunisten und bürokratischen Amtsträgern in westlichen Medien verspottet, zählt mittlerweile zwei Millionen Mitglieder. Sie ist landesweit durchorganisiert und verfügt über sehr agile Jugendorganisationen.

All das besagt nicht, dass der Kreml die wiedergewonnene Stärke rational, effektiv und zielfördernd einsetzt, etwa um die Modernisierung und die Eingliederung des Landes in das internationale Staatensystem als geachteten und berechenbaren Akteur, zwei als Hauptanliegen russischer Politik genannte Ziele, umsichtig und rücksichtsvoll angeht. Aber die erreichten

Veränderungen deuten darauf hin, dass der Transformationsprozess in ein neues Stadium getreten ist. Die Misere der gescheiterten sozialistischen Umgestaltung unter Gorbatschow sowie das Chaos der postsowjetischen Konstitutionsperiode unter Jelzin sind beendet. 2008 fand der neue Präsident eine völlig andere Ausgangslage und wesentlich günstigere Voraussetzungen für seine Arbeit vor als etwa

Putin im Jahre 2000. Obendrein symbolisiert der reibungslose und bewusst gewollte Machtwechsel im Kreml, dem der haushohe Sieg von *Edinaja Rossia* in den Staatsdumawahlen vom Dezember 2007 vorausging, dass die politische Führung auf ein ziemlich robustes Herrschaftssystem bauen kann und der Präsident das Vertrauen der Bürger genießt.

2. Generationswechsel und Zukunftsoptionen

Außer Frage steht, dass mit Dmitri Medwedew nicht nur ein neuer Präsident gewählt, sondern auch ein Generationswechsel eingeleitet wurde. Medwedew war gerade 20 Jahre alt als Gorbatschows Perestroika und Glasnost die alte Sowjetnomenklatura durcheinanderwirbelten und ist im Geiste des damals eingeforderten „neuen Denkens“ politisch geprägt worden. Er hat freilich auch in Ämtern der Stadt- und Regionalverwaltung von St. Petersburg die Wirren der Jelzin-Ära erlebt. Insofern symbolisiert seine Wahl einen Generationswechsel. Medwedew ist der erste russische Präsident der postsowjetischen Generation, der zudem keine hohe Funktion in der Jelzin-Administration bekleidete. Die Wiederherstellung staatlicher Autorität, die Stabilität der politischen Macht verbunden mit einem relativ hohen Grad an gesellschaftlicher Legitimation des Kreml sowie günstige Prognosen über nachhaltiges, ungebrochenes Wirtschaftswachstum sind Putins Vermächtnis für die kommende Präsidentschaft Medwedews.

Jedoch trotz der günstigeren Ausgangslage bleiben kaum oder nur langfristig lösbare Probleme. Zu nennen wären:

- Die ausufernde Korruption, die sich in Zeiten sprudelnder Gewinne aus den Energie- und Rohstoffexporten durch das Zusammenspiel von Wirtschaft und Staatsmacht noch verschärft hat;
- Die demographische Krise, die heute schon zum Mangel an qualifizierten Fachkräften beisteuert und in wenigen Dekaden, falls sich die Geburtenraten nicht ändern sollten, eine völlig andere ethnische Zusammensetzung der russischen Bevölkerungsstruktur zur Folge haben wird;

- Die Migration und Binnenmigration, die demographische Probleme regional noch zuspitzen wird. Unter dem Eindruck befürchteter klimatischer/wirtschaftlicher Veränderungen könnten Ströme der Binnenmigration aus klimatisch benachteiligten und entlegenen Regionen ausgelöst werden, die einerseits zur Entvölkerung von großen Teilen Russlands und andererseits zur Herausbildung von einigen wenigen Megalopolis-Konglomeraten führen könnten.
- Für die institutionelle und finanzielle Neuordnung der Sozialsysteme, für die Anpassung des Bildungssystems an die Vorgaben des Bologna-Prozesses und schließlich für die immensen Herausforderungen zur Modernisierung der Transportinfrastruktur und der technologischen Diversifizierung der Investitionsgüterindustrien, des Anlagenbaus etc. bleibt nur ein schmales Zeitfenster von einer bis zwei Dekaden. Diese Aufgaben müssen Schritt für Schritt und im Verbund gelöst werden, solange die Einnahmen aus den Exporten sprudeln, wobei unerwünschte Nebeneffekte (Inflation) eingedämmt werden müssen.
- Die Bestimmung russischer Interessen in einem sich im Umbruch befindlichen und rapide wandelnden internationalen Umfeld, um verlässliche und sichere Bedingungen für oben genannte Modernisierungsprojekte zu schaffen. Dabei muss Moskau vermeiden in die Falle einer unberechenbaren Schaukelpolitik zwischen widerstreitenden Konzeptionen des Transatlantismus, des Bezugs auf Europa oder von isolationistischen Variationen einer Eurasien-Option zu tappen. Die geopolitischen Bedingungen russischer Sicherheitsbedürfnisse müssen mit den technologie- und wirtschaftspolitischen Inter-

essenslagen im Rahmen der Modernisierungsprojekte abgeglichen werden.

Bedingt durch die ungebrochene Nachfrage nach Energie und Rohstoffen auf dem Weltmarkt erlangte Moskau, ähnlich den OPEC-Staaten, nahezu eine Monopolstellung als globaler Gasproduzent und konnte aus Exportüberschüssen enorme Kapitalrücklagen bilden. Die immensen Exportüberschüsse füttern den Staatshaushalt und machen Kapitalrücklagen bei der Zentralbank wie beim staatlichen Restrukturierungsfond möglich. Innerhalb von acht Jahren avancierte Russland bezüglich seiner Kapitalreserven, die sich auf mehr als 500 Mrd. US Dollar belaufen, auf den dritten Platz nach China und Japan. Zählt man die Rücklagen im Restrukturierungsfond, die bei ca. 200 Mrd US Dollar liegen und die des Risikokapitalfonds noch hinzu, also nochmals ca. 60 Mrd US Dollar, so kann Moskau bald Japan vom zweiten Platz verdrängen. Diese Mittel bilden das Fundament für die Transformation des Landes zu einem technologischen Innovationszentrum globalen Zuschnitts.

Seitdem gewann eine Debatte an Relevanz und Dynamik, die man in der Jelzin-Ära vergeblich sucht: Die technologische Modernisierung und Restrukturierung der Industrie.

Die Einnahmen aus den Exporterlösen schufen erstmals seit 1993 die materiellen Voraussetzungen für eine interessengeleitete Erörterung des zukünftigen Entwicklungsweges wie der außenpolitischen Ziele des Landes. Sogar das Schreckenswort eines globalen Gas-Kartells unter Führung Russlands geistert seither umher und entbehrt nicht realer Grundlagen. Russlands Energieressourcen offerieren dem Land für die kommenden Dekaden eine sehr komfortable Position und erlauben dem Kreml ein erhebliches Maß an Unabhängigkeit, Handlungsfreiheit und Flexibilität, die durchaus auch zur Unterfütterung von nationalen Interessen mit energiewirtschaftlichen Druckmitteln missbraucht werden kann. Es ist nicht auszuschließen, dass die russischen Machteliten sich gegen normative Kritik aus Washington und gegen Vorhaltungen aus Brüssel in eine Wagenburg zurückziehen und sich auf die Doktrin eines russischen Sonderweges

versteifen, die Anlehnung an historische Vorbilder einer „*splendid Isolation*“ nicht scheut.

Solche Gefahr ist real. Nicht von ungefähr warnte jüngst der Chefideologe des Kreml Wladislaw Surkow vor Illusionen eines modischen Isolationismus oder eines russischen Sonderweges. Surkow kritisierte, dass Arroganz und Selbstüberheblichkeit wieder in Mode kommen. Das von ihm konzipierte Projekt „*Souveräne Demokratie*“ lehnt entschieden Absichten eine „*Festung Russland*“ zu errichten oder gar einen russischen „Sonderweg“ zu beschreiten, ab. Kerngedanke der „*souveränen Demokratie*“ ist, dass die Ausgestaltung der politischen Ordnung, der Werte und des Gesellschaftssystems nur im Einklang mit der eigenen Kultur und Traditionen vorgenommen werden kann, aber in die zivilisatorischen Traditionen Europas eingebettet sein muss. Diese Formel beschreibt den zukünftigen Entwicklungsgang des Landes entlang eines schmalen Grats von Isolationismus und Kooperation, unter Bewahrung politischer und soziokultureller Eigenständigkeit. Ziele wie die Modernisierung Russlands, das Erlangen internationaler Konkurrenzfähigkeit und die Anerkennung als Großmacht können nur in Kooperation mit Europa und den USA erreicht werden.

Die sich mehrenden Verflechtungen westlicher Investitionen in Russland und russischer Direktinvestitionen in der Europäischen Union und in den USA deuten darauf hin, dass die russischen Modernisierungsziele nicht grundlegend von europäischen Erfahrungen abweichen, auch wenn größere Differenzen bei der endgültigen Ausgestaltung des politischen Herrschaftssystems durchaus denkbar und zu erwarten sind. Denn Kooperation bedeutet eben nicht, dass sich Russland in einen extern bestimmten Integrationszwang einpassen wird. Westlicher Einflussnahme werden zwar klare Grenzen gesetzt, aber die wirkliche Stoßrichtung der Modernisierungsargumentation zielt gegen die eigenen nationalistischen und eurasischen Bewegungen.

Die russischen Entscheidungseliten gleich welcher politischen Couleure stimmen heute überein, dass sich das Land von der Rolle des

Rohstoff- und Energieabhängigkeit Europas und des asiatisch-pazifischen Raumes verabschieden und zu einem globalen Wissenschafts- und Technologie-Zentrum transformieren muss, um die Rückkehr als geachtete Großmacht in die internationale Staatenwelt dauerhaft zu gewährleisten. Moskau könnte sogar eine vergleichbar relevante Rolle als internationales Finanzzentrum anstreben wie London oder sogar New York. Diese Transformation, ein Prozess der mehrere Dekaden benötigen und gewiss nicht nur durch Erfolge gekrönt sein wird wie internationale Erfahrungen lehren, soll durch die gleichfalls eingeleitete Modernisierung des geostrategischen Abschreckungspotentials sicherheitspolitisch sekundiert werden. Grundlage und Bedingung für eine erfolgreiche Transformation bleiben jedoch die Energie- und Rohstoffressourcen des Landes.

Obwohl ein systematischer Modernisierungsansatz noch fehlt, sind vom scheidenden Präsidenten zumindest Prioritäten staatlichen Handels benannt worden². Bereits 2005 wurden vier nationale Projekte definiert, die den Rahmen für weitere Modernisierungsschritte absteckten. Ferner, wurde kurz vor den Wahlen zur Staatsduma 2007 ein sogenannter „*Plan Putin*“ in Umlauf gesetzt. Westliche Kreise karikierten diesen Plan als Anzeichen eines wachsenden „Persönlichkeitskultes“ und belächelten ihn als untaugliches Konstrukt für die Modernisierung Russlands.

Aber die wenig später verkündete „*Strategie 2020*“ zur technologischen Modernisierung der russischen Wirtschaft ist eine Zielvorgabe, die schon deswegen ernsthafte Betrachtung verdient, weil der neu gekürte Premierminister Putin damit die Wertschätzung seiner „historischen“ Rolle im postsowjetischen Transformationsprozess verbindet. Damit wird seine Hauptaufgabe für die nächsten vier Jahre klar definiert – bevor er die politische Bühne verlässt. Und Ende Mai 2006 stellte die neue Regierung unter Putin über 500 Mrd. Euro für die Verbesserung und den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung.

Auf einem Sonderparteitag im April 2008 wurde dem scheidenden Präsidenten Putin von der „Partei der Macht“, *Edinaja Rossia*,

obendrein der Parteivorsitz angetragen. Am Tage nach der Amtseinführung des neuen Präsidenten Dmitri Medwedew ernannte dieser ihn zum Premierminister der Russischen Föderation. Mit nur wenigen Gegenstimmen wurde Putin von der Staatsduma bestätigt. All diese Vorgänge deuten darauf hin, dass

- der scheidende Präsident über eine solide Machtposition im System der kollektiven Führung verfügt und diese durch eine geschickte Kabinettpolitik noch ausgebaut hat;
- potentielle Spannungen zwischen beiden Führungsspitzen auf ein Minimum beschränkt werden sollen;
- durch die Machtteilung objektiv die Stärkung der parlamentarischen Dimension im präsidentialen System möglich gemacht wurde, obwohl klare Bekundungen für eine konstitutionelle Neuregelung (noch) nicht vorliegen;
- die duale Machtstruktur durchaus mehr Offenheit und Flexibilität bei Entscheidungen mit sich bringen könnte, weil neben dem Kreml erstmals die Regierung als richtungweisende Institution auftreten und fungieren kann;
- die Arbeitsweise und das Ansehen der politischen Massenparteien von der Wählerschaft wesentlich genauer in Augenschein genommen werden wird. Die gesellschaftliche Einbettung der Massenpartei wird deren Bestrebung auf Mitwirkung und Gestaltung des Politischen stärken.

Die von Putin Mitte Mai 2008 durchgesetzte Regierungsumbildung unterstreicht voll und ganz diese Stoßrichtung. *Erstens* wurde die Kompetenz des Premiers gegenüber den Föderationssubjekten ausgeweitet. *Zweitens* hat er wichtige Entscheidungsträger aus der Präsidentschaft in die Regierung transferiert. *Drittens* sorgte Putin dafür, dass der Modernisierungsflügel in der Regierung personell weiter verstärkt wurde. Und *viertens* hat er eilends einen inneren Entscheidungszirkel in der Regierung, ein Präsidium, geschaffen, das mit kompetenten und durchsetzungsfähigen engen Vertrauten besetzt wurde. Das neue Gremium besteht aus sieben Vize-Premierministern und weiteren sieben Ministern³. Es soll wöchentlich einmal tagen, während Kabinettsitzungen für einmal monatlich anberaunt sind. Damit wird

eine Praxis fortgesetzt, die Putin bereits als Präsident mit seinen Montagssitzungen eingeführt hatte⁴.

Kommen wir noch einmal auf die Herausforderungen zurück, denen sich der neue Präsident Medwedew stellen muss. Zwar sind die Ausgangsbedingungen wesentlich günstiger als 2000, ganz zu schweigen von der Jelzin-Ära. Das politische System ist konsolidiert, der Staat ist wieder handlungsfähig, die Legitimation des Kremls steht außer Frage und die Wirtschaft durchmisst Wachstumsraten von denen Mitgliedsländer der Europäischen Union nur träumen können. Die innen- und wirtschaftspolitischen Erfolge haben auch Moskau Ziel, die frühere Machtposition wieder zu erlangen, ein Stück weiter gebracht.

Zudem vollzieht sich diese Aufgabe unter Bedingungen des Umbruchs in der internationalen Staatenwelt. Spätestens seit dem Scheitern der Politik Washingtons im Mittleren Osten wurde offenkundig, dass allem Anschein nach die USA den Zenit ihrer Weltgeltung überschritten haben. Demzufolge traten Gegenkräfte auf den Plan und vermehren sich Bestrebungen die neuen Wachstumszentren der Weltwirtschaft überregional zu vernetzen. Die Ablösung der unipolaren US-Hegemonie durch multipolare oder non-polare Konstellationen von Machtzentren ist als Prozess eingeläutet worden und wird seine Rückwirkungen sowohl auf den Transformationsweg Russlands als auch auf die Europäische Union haben. Vor diesem Hintergrund nimmt es schon Wunder, dass die westliche Medienwelt heute eine ähnlich dümmliche Frage umtreibt wie im Jahre 2000, als ein Jahr lang immerzu das Rätsel bespielt wurde „*Who is Putin?*“ Fast ausnahmslos sind

sich heute westliche Medien einig: Putin ist zum Erzschorke aufbrückt, der die junge Pflanze russische Demokratie hat verdorren lassen. Und alle Aufmerksamkeit richtet sich daher auf den herbeigesehnten Augenblick, dass es in der dualen Machtspitze zwischen dem als liberal, weltoffen und pro-westlich, aber auch als schwächlich, eingeschätzten neuen Präsidenten Medwedew und dem Finsterling im Amte des Premierministers zum offenen Konflikt kommen wird. Gleichsam wird damit die Hoffnung verbunden, dass der neue und noch unbeschriebene Präsident des postsowjetischen Russland sich aus den Fängen der alten Mächte, die mit Geheimdienst und Repression identifiziert werden, emanzipieren kann. Und orchestral begleitet wird diese Hoffnung von der ewigen Litanei *Werte versus Interessen*.

Trotz günstiger externer Rahmenbedingungen und innerer Festigung des politischen Systems, wird die Inangriffnahme jener Zukunftsaufgabe, also die industrielle Restrukturierung und technologische Modernisierung voranzutreiben, sowie die brennenden Sozialprobleme anzugehen und zu befrieden, nicht nur große Summen an Kapital und gewaltige Energien an politischen Willen sowie Kohärenz in der politischen Führung verlangen, sondern als Prozess sich über Dekaden hin erstrecken. Vor dieser Projektionsfläche scheint zweierlei gewiss. Solch ein Prozess wird nicht ohne Widersprüche, innere Spannungen und Konflikte ablaufen, und um diese Zukunftsaufgaben zu bewältigen, benötigt Moskau ein stabiles, kooperationsbereites und unterstützendes Umfeld. Damit sind aber auch die Grenzen des aufbrandenden Nationalismus, wie utopische Versuchungen eines Paradigmenwechsels hin auf eine „eurasische Option“ klar markiert.

3. Langfristige Machtsicherung: die Massenpartei als Legitimationsbeschaffer

Weder dem Kreml noch der Opposition, sehen wir einmal von der KPRF ab, die aber seit der Putin-Ära Zweidrittel ihrer Mitglieder einbüßte und heute bei ca. 180.000 stagniert, gelang während der Jelzin-Ära der Aufbau von Reformparteien mit Chancen auf Übernahme der Regierungsverantwortung. Parteien im Sinne westeuropäischer Traditionen entstanden nicht.

Seit den Parlamentswahlen von 2003 sind die demokratischen Reformkräfte der ersten Stunde nicht mehr in der Staatsduma vertreten. Mit Ausnahme der KPRF waren fast alle Parteien alimentierte Anhängsel von Oligarchen, des Kreml oder von regionalen Machtgruppen. Nur 1999 ergab sich eine flüchtige Chance zur Schaffung einer programmatischen gegen die

Clique um Jelzin gerichteten Partei, die aber in einem schmutzigen und gnadenlosen Wahlkampf von der „Familie“ zermalmt wurde. Russischen Traditionen verpflichtet schwor jene oppositionelle Bewegung (Otetschestwo/Wsaja Rossia) kurze Zeit später dem Kreml Loyalität und fusionierte 2002 mit ihren Erzfeinden, der Kreml-Partei Edinstwo zur jetzigen Partei der Macht, Edinaja Rossia. Innerhalb von knapp sieben Jahren rekrutierte Edinaja Rossia fast zwei Millionen Mitglieder und verfügt über mitgliederstarke Jugendorganisationen (*Nasbi und Maladoja Guardia*). Als Folge des Parteiengesetzes und des modifizierten Wahlgesetzes entstand sukzessive ab 2003 in Russland eine Parteienlandschaft, die gewisse Ähnlichkeiten mit einigen westeuropäischen mehr noch mit asiatischen Ländern hat. Gleichwie, ob es sich bei den Parteimitgliedern hauptsächlich um Karrieristen, Opportunisten oder/und „Budgetniki“ handelt, die sich mit dem Parteibuch ein Fortkommen versprechen, dieser Partei wachsen gesellschaftliche Wurzeln in den Kommunen und Regionen. Denn sie fungiert wie ehemals die KPdSU als Ansprechpartner der Bürger, um Abhilfe bei Problemen des Alltags zu schaffen und um bürokratische Willkür abzumildern. *Edinaja Rossia* ist *volens volens* in die Rolle eines Mediators zwischen Macht und Volk gegliedert. Denn als dominante gesellschaftspolitische Instanz und aufgrund ihrer Nähe zur Macht kann sie auch Abhilfen präsentieren. Dieser Vorgang ist überall im Lande zu spüren.

Dass der Kreml einen solchen Pfad beschritten hat, wundert nicht, scheint hier doch die Tradition einer „*Revolution von oben*“ durch. Nur eine loyale und von externen Einflussnahmen unabhängige Massenpartei bietet die ideale Voraussetzung für den Ausbau und die Konsolidierung von Macht. Weil außerdem der Einsatz administrativer und repressiver Mittel zur Machtsicherung – abgesehen von Ausnahmesituationen – sich für Gesellschaften verbietet, die über eine starke und prosperierende Mittelklasse verfügen, kann eigentlich nur mit indirekten Steuerungsmechanismen und über gesellschaftliche Vermittlungsfunktion das dornige Problem der Legitimation von Macht gelöst werden.

Diese Ziele sind explizit vom Kreml formuliert worden und, betrachten wir vergleichbare Szenarien im internationalen Kontext, sind sie so ungewöhnlich und absurd nicht. So regierte die Liberaldemokratische Partei fast 40 Jahre lang ohne Unterbrechung das Japan der Nachkriegszeit, und in Schweden dauerte die Regierungszeit der Sozialdemokraten von 1932 bis 1976. Auch sei an Deutschland der Nachkriegszeit erinnert. In einigen deutschen Ländern dominierten christdemokratische oder sozialdemokratische Parteiformationen allein oder in Koalition über Dekaden die politische Szene. Allerdings waren in allen Fällen die politischen und rechtstaatlichen Milieubedingungen für einen Wechsel wesentlich gesicherter.

Putins Entscheidung für das Amt des Premierministers hat die Option auf diesen Entwicklungspfad nachhaltig unterstrichen. Ob am Ende des eingeschlagenen Weges eine Öffnung hin zur parlamentarischen Demokratie stehen wird, kann nicht ausgeschlossen werden. Jedenfalls ist mit dem Macht-Duo, Präsident und Premierminister, eine neue Qualität ins politische System eingeführt worden. Ob sich daraus Spannungen ergeben, wie diese gelöst werden, ob es zu einer Verfassungsänderung kommt, die auf die Kompetenzen des Präsidenten zielt, ob sich Edinaja Rossia als konkurrierender Machtpol zur Präsidialadministration entpuppen könnte, all das ist vorerst nicht voraussehbar. Nur vorschnelle Verurteilungen, wie sie gegenwärtig in den Medien grassieren, sind weder hilfreich noch tragen sie zum tieferen Verständnis der Situation bei.

Auf die Chancen einer demokratischen Öffnung angesprochen, soll hier eine jüngst gemachte Äußerung des früheren britischen Botschafters in Moskau (von 1988 bis 1992) Sir Rodric Braithwaite zitiert werden⁷: „*Although Russians today do not enjoy a Western kind of democracy, they do enjoy an unprecedented, if precarious, degree of personal prosperity, of access to information, of freedom to travel and even – within limits – to express their views. To argue that they cannot go on to construct their own version of democracy is a kind of racism. It may take decades, even generations; the construction of democracy always does. But if the Indians can do it, so can the Russians*“⁸.

4. Die Kaderfrage und der Kampf um die ideologische Hegemonie

Das Ziel, ein modernes, offenes und international anerkanntes Russland zu schaffen, setzt innenpolitisch politische Stabilität und ein Maximum an Legitimation der politischen Führung durch die Gesellschaft voraus. Grundpfeiler für die Bewältigung dieser Aufgabe ist der Aufbau einer eigenen, unabhängigen politischen Machtbasis, beruhend auf gesellschaftlich verankerte Massenparteien. Nur gesellschaftlich akzeptierte Massenparteien können, so *Surkow*, die ideologische Hegemonie erringen und dauerhaft gewährleisten. Sie tragen dafür Sorge, dass für die Entwicklung/ Modernisierung die benötigten Kader mobilisiert und ausgebildet werden.

Im Kontext der politischen und wirtschaftlichen Modernisierungsaufgaben wird die Kaderfrage zur Schlüsselfrage zukünftiger demokratischer Entwicklung. Denn die Lösung des Kaderproblems wird darüber entscheiden, ob die „**Konstitution einer national orientierten Führungsschicht der Gesellschaft**“, letztlich einer **nationalen Bourgeoisie** gelingt. Gelingt dies, wäre das Land gegen Revolutionen, gleich welcher Farbe, weitgehend immun.

Die Formierung einer loyalen, sozial verantwortlichen und effektiven Führungselite könnte

außerdem zur Überwindung der Dichotomie zwischen Herrschaft und Gesellschaft führen, jener historischen Erblast seit dem Zarismus. Die für ideologische Fragen zuständigen Abteilungen und Personengruppen des Kreml verknüpften bewusst die Problemkreise, nämlich welche Herrschaftsinstrumente und Träger erforderlich seien, falls sich die russische Gesellschaft synchron zur wirtschaftlichen Entwicklung auf einen offenen, demokratischen Typ hinbewegen würde. Auch wenn ein solcher Typus von Gesellschaft noch in weiter Ferne liege, so war klar, dass sich mit der sich differenzierenden Gesellschaft auch die Herrschaftsformen zu verändern hätten. Schließlich verlangt solch ein Herrschaftstypus die Partizipation der Bürger an der Entscheidungsfindung auf allen Ebenen des politischen Systems. Rückgriffe auf repressive Mittel seien in einem solchen Fall obsolet, hingegen würden die **ideologische Überzeugungsarbeit** und die parteipolitische Programmatik immer stärker in den Vordergrund rücken, um die Hegemonie im politischen System zu erringen. In diesem Kontext sei auch angemerkt, dass die ideologischen Vordenker im Kreml weniger die Auseinandersetzung mit liberalen Strömungen fürchten als mit politischen Bewegungen, die für nationalistiche und eurasische Ideologien eintreten.

5. Russische Identität und self-assertiveness der Machtgruppen

Im Zuge der wirtschaftlichen Dynamik und der innenpolitischen Stabilisierung entstand ein neues Selbstbewusstsein, eine **neue russische Identität** formte sich. Und diese Identität wird von einer *de-ideologisierten* Machtelite in Politik und Wirtschaft getragen, die weder homogen ist, noch auf Militärs und Sicherheitskräfte reduziert werden kann wie westliche Medien so gern schwadronieren. Die neue Machtelite hat sowohl ihre sowjetischen Wurzeln abgestreift, aber auch im gnadenlosen Überlebenskampf der *Jelzin-Ära* jegliche Neigung, für gesellschaftliche Ziele und Werte einzutreten, verloren. Trotz ihres Lebensstils orientiert sie sich weniger an westlichen Vorgaben. Sie vertraut selbstgewiss auf die eigene Kraft, die Erneuerung des Landes allein zu bewältigen. Die Bevölkerung und die heutigen Machteliten unterstützen mehrheitlich

die politischen Ziele des Präsidenten, ein wirtschaftlich starkes, gesellschaftlich offenes und politisch stabiles, wenn möglich auch demokratisches, Russland zu schaffen.

Russland soll im internationalen Staatensystem die Vakanz wieder füllen, die mit dem Untergang der Sowjetunion eintrat und als verantwortungsvolle wie berechenbare Großmacht konstruktiv in der internationalen Staatengemeinschaft mitwirken. Dessen ungeachtet scheint der feine Grat zwischen selbstbewusstem Auftreten in eigener Sache und Auswüchsen von unverfrorener Machtarroganz in den neuen und oft blutigen Machteliten häufig nicht ganz klar. Dass solche Einstellung dann in Konfliktsituationen in blanke Erpressung umschlagen kann oder auf Provokationen

recht hilflos überreagiert wird, haben jüngste Beispiele im Umgang mit schwächeren GUS-Ländern illustriert. Westliche Reaktionen blieben nicht aus und Moskau manövrierte sich in die gewünschte Abseitsfalle.

Auch in der internationalen Politik kamen Moskau und insbesondere die russische Experten-Community kaum über ein chronisches Wehklagen hinaus, dass die EU wie Washington, russische Interessen und Empfindsamkeiten bei Entscheidungsfindungen nicht *a priori* berücksichtige. In dieser zur Schau getragenen Larmoyanz widerspiegeln sich mehrere Momente. *Erstens* tut sich die außen- wie sicherheitspolitische Experten-Community immer noch schwer, den Verlust des Status einer imperialen Großmacht zu akzeptieren. *Zweitens* sind die Folgen der chaotischen Jelzin-Ära nicht ver-

arbeitete, als Russland zum Bittsteller der westlichen Welt absank, und die Türen zu Entscheidungsinstitutionen verschlossen blieben. Daraus folgt *drittens*, dass, abgesehen von wenigen Angeboten, die primär vom Kreml eingeleitet wurden, es in Expertenkreisen bislang nicht zu einer Neubestimmung von nationalen Interessen des postsowjetischen Russlands in der internationalen Politik gekommen ist. Regierung und Experten-Community verharren in einer fortwährend abwartenden und abwehrenden Grundhaltung gegenüber westlichen Initiativen, ohne selbst aktiv gestaltend Positionen zu internationalen Geschehnissen einzunehmen. Natürlich gibt es Ausnahmen, wie die Behandlung des Iranproblems, die Sorge um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder auch die Kooperation im Kampf gegen den internationalen Terror.

6. Asymmetrische Perzeptionen: Die Erosion der unipolaren Ordnungsvorstellung

Es hat geraume Zeit gedauert, bis westliche Kreise sich dazu durchrangen, anzuerkennen, dass Russland auf einer Welle neuer Weltgeltung als globale Energiemacht schwimmt. Der heftig, medial ausgetragene Disput um Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 sowie die Kontroversen um den amerikanischen Plan, in Mitteleuropa Komponenten eines Raketenabwehrsystems zu stationieren, trugen zur Bereinigung der gespannten Atmosphäre bei. Aber noch bestehen erhebliche Widerstände, Moskau die Verfolgung legitimer nationaler Interessen in der GUS, gegenüber der EU oder in internationalen Konfliktfragen, zuzugestehen. Entgegen den 1990-er Jahren entstand eine seitenverkehrte Lage: Während die 1990-er Jahre in russischen Expertenkreisen als „*verlorene Dekade*“ gelten, muss sich nun der „Westen“ an die neuen Bedingungen anpassen. Denn Veränderungen im internationalen Machtgefüge legen die Revision der durch den Untergang der Sowjetunion ausgelösten **Anomalie im internationalen System** nahe. Einerseits bröckelt der US-amerikanische Führungsanspruch weltweit durch das Desaster im Irak und auch die transatlantischen Beziehungen sind von Spannungen durchzogen. Andererseits hat die Europäische Union, die sich noch bis zum Frühjahr 2005 als geopolitischer Machtfaktor für

den osteuropäischen und postsowjetischen Raum wählte, ihre tiefe Sinnkrise noch nicht überwunden. Ihre Erweiterung wurde zum Pyrrhussieg für die innere Homogenität und Legitimation des politischen Projektes. Die Gefahr der Renationalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik einiger Mitgliedsländer ist, wie die Vorstöße Warschaus und Prags in der Debatte über die Raketenabwehr zeigen, ebenso real wie zersetzend für das Projekt der gemeinsamen Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Korrekturen des unipolaren Systems, seine Transformation oder Öffnung hin zu einer multipolaren oder non-polaren Weltordnung, sind nach Moskauer Ansicht längst in Gang gesetzt worden. Sie bergen nicht Gefahren eines eventuellen Rückfalls in die Denkschablonen des Kalten Krieges und des bipolaren Wettrennens. Vor allem fehlt die ideologische Komponente. Dass aber „herkömmliche“ Auseinandersetzungen um Machtvorteile zwischen Großmächten und selbst unter Bündnispartnern zunehmen können, ist wahrscheinlich. Ebenso unabwendbar wird die politische Dominanz westlicher Positionen in internationalen Institutionen, besonders in der UNO, abnehmen.

Weder der Westen noch der Kreml haben diese Umgestaltungen bislang konzeptionell verarbeitet. Weil aber die Notwendigkeit zur Anpassung auf westlicher Seite bis dato nur zögerlich erkannt wurde, mussten russische Forderungen als Aufkündigung des *status quo*, und demnach *per se* als „aggressiv“ beurteilt werden. Diese eindimensionale, interessensgeleitete Sichtweise verkennt aber, dass sich an der Grundfigur der russischen Politik wenig verändert hat. Ihr triangulärer Zuschnitt, d.h. ihre uneingeschränkte Offenheit und der damit einhergehende Kooperationswillen gegenüber globalen Polen wie der Europäischen Union, den USA und dem asiatisch-pazifischer Raum, untermauert durch die Verbindungen in der

Shanghai Cooperation Organisation/SCO blieb unverrückt. Weder impliziert Moskau einen Kurswechsel in den Beziehungen zu den USA, noch kann das zur Schau getragene Desinteresse des Kremls gegen den moralischen Zeigefinger aus Brüssel als Abwendung von Europa interpretiert werden. Im Gegenteil. Moskau demonstriert und setzt, so paradox es scheinen mag, auf Kooperation. Jedoch die Voraussetzungen der Kooperation haben sich verändert. Angemahnt werden nun die **Zusammenarbeit unter Gleichen** und die **gemeinsame Gestaltung** der anstehenden Ordnungsaufgaben in Europa (Kosovo, frozen conflicts) und in anderen Konfliktregionen der Welt.

7. Prämissen einer interessengeleiteten Realpolitik mit Europa und das Problem Zwischeneuropa

Seit der Rückkehr Russlands als Machtfigur des internationalen Systems durchzieht die russische Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik die noch ungelöste Frage, wie soll mit dem Westen, der gleich in doppelter Ausfertigung, einmal als Europäische Union und zum anderen als USA auftritt, umgegangen werden? In diesem Punkt gleichen sich alle drei Machtpole: Weder Washington noch Brüssel haben eine Strategie für Russland und Moskau wiederum hat keine für die EU und die USA. Trotzdem sind sich erstaunlicherweise auch beide Seiten darin einig, dass sie keine Feinde mehr sind, dass sie miteinander kooperieren müssen, und dass die von ihren Militärs und Geheimdiensten erstellten Bedrohungsanalysen nahezu deckungsgleich sind. Paradoxerweise scheint es fast so, dass diese Gemeinsamkeiten und die Interesseninterdependenz jedoch tradierte politische Einstellungen bislang weder auflösen konnten noch einen Politikwechsel bei Führungen bewirkten. Im Gegenteil, die Interesseninterdependenz scheint zugleich Widersprüche zu produzieren, die den Ausbau der Beziehungen wie auch die Öffnung und Teilhabe an Institutionen verhindern oder zumindest erschweren. Ein Beispiel dafür liefert die derzeit auf den Weg gebrachte dritte Runde der NATO-Osterweiterung, die zwangsläufig Ausgrenzungssängste in Moskau auslösen muss. Aber auch Moskaus Beharren auf Stützpunkten in Transnistrien, die Unterstützung von separa-

tistischen Gebilden im Kaukasus oder die konzeptionslose Politik des Kremls in der Kosovo-Frage sind hier zu nennen.

Gegen den amerikanischen Anspruch auf Hegemonie im internationalen Staatensystem setzt Moskau als amorphe Gegenfigur den multipolaren Zuschnitt und damit die Revision des internationalen Systems. Daraus resultierende Kontroversen verlangen auf beiden Seiten die Suche nach Bündnispartnern. Das ist eine grundlegende Prämisse interessengeleiteter Realpolitik. Demzufolge tritt der Kreml in die Fußstapfen der früheren Sowjetpolitik und sucht Bündnisse zu reanimieren, die eine Dekade lang vergessen waren. Aber Moskau geht auch daran, vorsichtig neue Bündnisconstellationen aufzubauen, die vor wenigen Jahren noch undenkbar schienen. Als Beispiel sei nur auf die **Shanghai Cooperation Organisation/SCO** hingewiesen, die so diffizile und komplizierte Staatengruppen umfasst wie Russland, China, die zentralasiatischen Staaten, aber auch Indien, Pakistan und den Iran gewinnen will. Noch dominieren Funktionen und intergouvernementale Absprachen die Basis der Zusammenarbeit. Der institutionelle Überbau ist schwach und an die Schaffung supranationaler Institutionen ist nicht gedacht. Aber das kann auch zu einer größeren Flexibilität und Anpassungsfähigkeit beitragen. Russlands Interesse an einem stabilen Umfeld im sogenannten *Nahen Ausland*, also der

Gemeinschaft Unabhängiger Staaten/GUS besteht zwar weiter, aber spätestens seit dem Konflikt mit der Europäischen Union über die Ukraine 2004/5 verfolgt der Kreml eher eine differenzierte und selektive Bündnispolitik im osteuropäisch-eurasischen Raum, die stärker von Energie- und Rohstoffinteressen geleitet ist, Besorgnisse der inneren Sicherheit reflektiert und hauptsächlich die zentralasiatischen Länder anspricht⁷. Wie intensiv auch immer die russische Politik gegenüber der GUS sich gestaltet, sie kann den entscheidenden Faktor, in einem stabilen und unterstützenden Umfeld agieren zu wollen, nicht außer Acht lassen. Ähnliches ist auch von Seiten der Europäischen Union durch die von Solana konzipierte Sicherheitsstrategie formuliert worden. Auch die EU zielt darauf, von einem stabilen Freundeskreis umgeben zu werden. Damit wird ein Raum beschrieben, nämlich Zwischeneuropa, in dem die Interessen der Europäischen Union und die Russlands aufeinander treffen – und zugleich agieren noch die USA im Hintergrund mit völlig eigenständigen Zielen.

Jenes Zwischeneuropa erstreckt sich von der Ostsee bis zum Raum zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer. Nicht, dass eine Neuauflage des „*Great Game*“ wieder ansteht. Aber die Frage bleibt offen, wer diesen Raum mit all seinen Energieressourcen und mit seiner strategischen Lage für Transportrouten kontrollieren oder wenigstens beeinflussen wird? Denn es ist offensichtlich, dass die Länder in dieser Region zu heterogen und zu schwach sind, und darüber hinaus auch nicht den politischen Willen haben, um gemeinschaftlich für Stabilität, Wohlfahrt und Sicherheit zu sorgen. Zwischeneuropa oszilliert also zwischen zwei Polen, nämlich der Europäischen Union einerseits und der Russischen Föderation andererseits. Diese Situation beschreibt einen Teufelskreis, der ohne Konflikte kaum zu durchbrechen ist. Denn beide Flügelmächte sind dem Druck von innenpolitischen Veränderungen in den Ländern Zwischeneuropas ausgesetzt, die aber gleichermaßen erst von der EU und von Moskau in die Region hineingetragen wurden und fortgesetzt

den bestehenden *status quo* verschieben, bzw. aufzulösen drohen.

Daraus folgt, dass das Verhältnis der Europäischen Union zu Russland zur Schicksalsfrage der Region wird. Überwinden beide Machtpole den gegenwärtigen Zustand der atmosphärischer Eiszeit und des Stillstandes in den Beziehungen, so könnten auf der Basis ihrer gemeinsamer Ziele und Interessen auch Lösungen für Zwischeneuropa gefunden werden, die von allen beteiligten Seiten akzeptiert werden können. Dazu müssen aber der Handlungsdruck aus der derzeitigen Situation genommen und gemeinsam langfristige Konzeptionen erörtert werden, um Gefahren der Benachteiligung und Ausgrenzung zu minimieren. Gelingt das nicht, verstärken sich die polarisierenden Einflüsse der externen Mächte, könnte Zwischeneuropa zum Austragungsort von Stellvertreterkonflikten werden, wie sie hinlänglich noch aus Zeiten des Kalten Krieges in Erinnerung sind.

Russland kann aus den geschilderten Zielen der industriellen Modernisierung- und technologischen Innovation, kein Interesse daran haben seine Modernisierungspartner, nämlich die wichtigen Mitgliedsländer der Europäischen Union, zu verlieren.

Allein aus diesem Grund bleiben für die russische Politik das Verhältnis zu Westeuropa, aber auch die Beziehungen zu den USA weiterhin wesentlich. Das schließt jedoch nicht aus, dass die „pazifisch-asiatische“ Komponente in der russischen Außenwirtschafts-, Sicherheits- und Außenpolitik weiter wachsen wird. Diese Option wird in der **triangulären Anlage** und Logik **der russischen Außenpolitik** ihre Zugkraft entfalten. Darunter muss die Westpolitik nicht leiden. Denn interessensspezifisch vernetzt mit allen Punkten des Dreiecks, mit den USA, der Europäischen Union und einem amorphen Kranz asiatisch-pazifischer Staaten, insbesondere China, würde Moskau über eine eigenständige Rückfallposition verfügen, falls es zu Zerwürfnissen mit dem einen oder anderen Partner kommen sollte.

Anmerkungen:

- 1 Für eine detaillierte Erörterung sowohl der innenpolitischen als auch der außenpolitischen Probleme und Entwicklungen Russlands, vor allem Moskaus Beziehungen zum postsowjetischen Raum, der GUS, aber auch zur Europäischen Union, siehe: Winfried Schneider-Deters, Peter W. Schulze, Heinz Timmermann, Die Europäische Union, Russland und Eurasien, Berlin 2008.
- 2 Moskau kann nicht darauf vertrauen, dass die Welle extrem hoher Energie- und Rohstoffpreise nicht durch Rezessionen einbricht und Dellen erfährt. Gelingen die Ankurbelung und industriell-technologische Restrukturierung der eigenen Wirtschaft jedoch nicht, ist das Land zum Rohstoffanhängsel der Weltwirtschaft verdammt. Dass der „Strategie 2020“ Relevanz zukommt, lassen auch Umsetzungen und Neubenennungen von Personen und Funktionen in der Regierung erkennen. Teilweise wurden sie noch in der letzten Phase der Präsidentschaft Putins in die Wege geleitet. Das allein ist schon Indikator, dass die Machtübergabe planvoll und langfristig vorbereitet wurde. Auf Personen wie etwa Sergeij Iwanow, Sergeij Naryschkin, Dmitry Kosak sei hier hingewiesen.
- 3 Nach vorliegenden Informationen gehören folgende Minister dem neu geschaffenen Präsidium an: Außenminister Sergej Lawrow, Verteidigungsminister Anatoli Serdykow, Innenminister Rashid Nurgaliyew, Dmitri Kosak als Minister für Regionalentwicklung, Tatjana Golikowa als Ministerin für Gesundheit und Sozialentwicklung, der Landwirtschaftsminister Alexei Gordeyew und die Ministerin für Wirtschaftsentwicklung Elvira Nabiullina.
- 4 Zwar konterkariert diese Entwicklung teilweise Reformen, die Putin als Präsident noch 2004 an Dmitri Kosak delegierte, etwa um Kompetenzüberschneidungen zwischen Ministerien und Agenturen abzubauen. Aber der nun vollzogene Machtwechsel erfordert andere Bedingungen, vor allen die Gewährleistung von stabilen und vertrauten Entscheidungsstrukturen.
- 5 Siehe dazu Gernot Erler, Russland kommt: Putins Staat – der Kampf um die Macht und Modernisierung, Freiburg etc. 2005, S. 53 ff. Erler behauptet zu Recht, dass der Umschwung in der ausländischen Berichterstattung mit der Affäre Chodorkowski zusammenhängt. Der offene Brief vom 28. September 2004, der von 115 westlichen Politikern, Abgeordneten, Journalisten und Wissenschaftlern unterzeichnet wurde, umreißt den Sympathisantenkreis des russischen Oligarchen.
- 6 Siehe The Moscow Times, 13.03. 2008, S.8; siehe dazu auch George F. Kennan, der nahezu prophetisch schon 1951 unter den Bedingungen des anbrechenden Kalten Krieges schrieb: *"When Soviet power has run its course ... let us not hover nervously over the people who come after, applying litmus papers daily to their political complexions to find out whether they answer to our concept of 'democrats.' Give them time; let them be Russians; let them work out their internal problems in their own manner. The ways by which people advance towards dignity and enlightenment in government are things that constitute the deepest and most intimate processes of national life. There is nothing less understandable to foreigners, nothing in which foreign influence can do less good."*
- 7 So haben sich im Vorlauf zum NATO- Gipfel in Bukarest vom April 2008 die Beziehungen zu Georgien etwas entspannt. Der Handelsboykott steht kurz vor dem Ende und der Flugverkehr zwischen Tbilissi und Moskau ist wieder aufgenommen worden. Ebenso sind Streitigkeiten um Gaslieferungen in die Ukraine vorerst beigelegt worden. Es scheint als ob der scheidende Präsident Putin seinem Nachfolger ein störungsbereinigtes Feld übergeben wollte. So waren denn auch die Töne Putins auf der NATO-Konferenz in Bukarest versöhnlich und beim anschließenden Gipfelgespräch mit Präsident Bush in Sotchi wurde die besondere Beziehung zwischen beiden Mächten herausgestellt. Vielleicht wollten Bush und Putin auch die Verabschiedung von Leitlinien der Zusammenarbeit als Garantie für eine gedeihliche Kooperation in der Zukunft verstanden wissen, dass ein etwaiger Präsident John McCain nicht seine Warnungen wahr macht, etwa Russland aus der G-8 auszuschließen.

Konfliktmanagement Berg-Karabach

Die russische Sicht des Berg-Karabach-Konfliktes und russische Interessen

Einführung

Der Berg-Karabach-Konflikt erreichte seinen Höhepunkt in 1993 und Anfang 1994. Dies war die Phase der intensiven Kriegführung zwischen Aserbaidschan und den Milizen des vor dem Ausbruch des Konflikts in 1989 zu drei Vierteln von Armeniern besiedelten, einst autonomen, Bezirkes von Berg-Karabach. Maßgeblich für die militärische Niederlage von Baku soll dabei die Unfähigkeit der aserbaidschanischen Armee sowie die nie offiziell zugegebene Beteiligung armenischer Streitkräfte am Krieg gewesen sein. Es wurde oft angenommen, dass die Russische Föderation der armenischen Seite zum Sieg verholfen hatte, um Baku für den Verzicht auf die Integration in die von Russland dominierte Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie auf die Ablehnung der Stationierung russischer Streitkräfte, die das Land hastig verlassen mussten, zu bestrafen. Der Konflikt sollte Moskau neben der turbulenten innenpolitischen Entwicklung in Aserbaidschan in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeitserklärung die Hebel in die Hand geben, die Machthaber in Baku in Schach halten zu können und unter anderem dazu zu zwingen, auf die neuen Projekte des Transports von kaspischem Gas und Erdöl zu den Weltmärkten an Russland vorbei zu verzichten. Dies mag wohl nur eingeschränkt gestimmt haben, denn in der Tat hatten beide Konfliktparteien durch die Übernahme der ehemals sowjetischen Waffen und Gerät profitiert, Aserbaidschan sogar mehr als Armenien. Beide Parteien hatten ihre Anwälte in Moskau, die in den wirren frühen 1990er Jahren die russische Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen suchten.

Der Konflikt trug zur enormen Polarisierung der regionalen Politik bei und drohte, Regionalmächte in gegenüberstehende Allianzen aufzuteilen. Neben Russland, das letztendlich kein Interesse an einem Sieg von Aserbaidschan hatte, entwickelte auch der Iran ein bündnisartiges Verhältnis mit Armenien und wurde für Jerewan zum unverzichtbaren Partner bei der

Abwicklung des Handels, aber auch bei der militärischen Hilfeleistung. Die Türkei dagegen wurde zum wichtigsten Verbündeten von Aserbaidschan. Diese Entwicklung war nicht allein durch die enge ethnische Verwandtschaft der beiden Völker sondern auch durch ein schwieriges Verhältnis zwischen den Türken und Armeniern prädestiniert, das seit einem Jahrhundert durch den Streit über den Völkermord an Armeniern vor dem Ende des ersten Weltkrieges belastet ist. Ankara leistete Aserbaidschan Hilfe bei der Ausrüstung und Ausbildung seiner Truppen und schloss sich der Transport- und Wirtschaftsblockade Armeniens an. In der heißen Phase der militärischen Auseinandersetzungen signalisierte die Türkei sogar die Bereitschaft, in den Konfliktverlauf direkt intervenieren zu wollen. Dies wurde aber unter anderem durch abschreckende Gesten Russlands verhindert, die vermuten ließen, der Berg-Karabach-Konflikt könnte zu einem erneuten russisch-türkischen Krieg im und um den Südkaukasus eskalieren.

Die Konfliktregelung während seiner heißen Phase wurde maßgeblich durch Alleingänge der regionalen Mächte geprägt. Zwar beanspruchte die KSZE (z.Z. OSZE) seit 1992 eine federführende Rolle in der politischen Regelung des Konfliktes mit der Idee einer Minsker Konferenz und danach durch ihre Minsker Gruppe, doch suchte Moskau, wie auch Iran und Kasachstan, an der KSZE vorbei den Konflikt im eigenen Sinne zu regeln. 1993 und 1994 wurde der Wettstreit zwischen Russland und der KSZE um die Führung in der Konfliktregelung zu einem der ersten Anzeichen des neuen geopolitisch gefärbten Ansatzes in der Politik Moskaus, der das „nahe Ausland“ zur Zone lebenswichtiger Interessen Russlands und zu seiner exklusiven Einflussphäre hoch stilisieren ließ. Zu den russischen Anliegen gehörten die Beibehaltung einer starken militärischen Präsenz im Südkaukasus sowie die Einbindung von Aserbaidschan (und Georgien) in den multilateralen

Rahmen der GUS und des von Russland geführten Vertrags über kollektive Sicherheit (z. Z. die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit).

Dieser Anspruch konnte aber im Berg-Karabach-Konflikt, wie auch in anderen Teilen der früheren Sowjetunion nur beschränkt umgesetzt werden. Nach der Unterzeichnung eines durch Moskau vermittelten und bis heute geltenden Waffenstillstandsübereinkommens vom Mai 1994 scheiterte Russlands Versuch, beide Konfliktparteien ein weiteres Abkommen unterschreiben zu lassen, das unter anderem die Stationierung einer mehrheitlich russischen Friedenstruppe entlang der „Kontaktlinie“ zwischen den Konfliktparteien vorsehen würde. Baku war nicht bereit, eine von Russland geführte Friedenstruppe für die Einhaltung des Waffenstillstandes sorgen zu lassen (eine maßgebliche Beteiligung der türkischen Truppen wurde dagegen von Armenien abgelehnt). Ende 1994 scheiterten die Bemühungen Moskaus in der KSZE, ein Konzept der „Friedenserhaltung durch eine Drittpartei“ durch das Budapester Gipfeltreffen absegnen zu lassen. Danach sollte Russland seine Friedensoperationen innerhalb der GUS durch ein Mandat der KSZE/OSZE legitimieren können. Nach kontroversen Debatten in Wien ließ Moskau die Idee kurz vor dem Budapester Gipfeltreffen fallen und die KSZE/OSZE begann eine eigene Friedensoperation zur Absicherung eines politischen Übereinkommens um Berg-Karabach zu erwägen. Das letztere ist aber bislang nicht zustande gekommen.

Seit Mitte 1990er wurde die Politik Russlands zunehmend in die kollektive Konfliktbearbeitung des Berg-Karabach-Konfliktes durch die Minsker Gruppe (stellvertretend für die KSZE) eingebunden, die seit 1997 faktisch durch ein dreiköpfiges Gremium der Ko-Vorsitzenden (Russland, Frankreich und die USA) ersetzt und durch die Aktivitäten des persönlichen Vertreters des OSZE-Vorsitzes und dessen Stab ergänzt worden ist.

Anfang 1996 unternahm der damalige russische Außenminister Jewgenij Primakow den letzten Versuch, ein umfassendes Abkommen zur Regelung des Konfliktes direkt in Baku und Jerewan durchzusetzen. Nach dem Scheitern

dieses Versuches verzichtete Moskau auf Alleingänge in Berg-Karabach. Seitdem ist vom Aktivismus der frühen 1990er Jahre kaum eine Spur geblieben. Und es gibt wenige weitere Beispiele in der Weltpolitik, wo die Zusammenarbeit zwischen Vertretern Moskaus und Washingtons so reibungslos verlaufen würde wie bei den multilateralen Ansätzen zur Regelung des Berg-Karabach-Konfliktes.

Dies mag unter anderem daran liegen, dass es seit der Unterzeichnung der Übereinkunft über den Waffenstillstand von 1994 kaum mehr signifikante Bewegung der Konfliktparteien auf einander zu gegeben hat. Außer einer nie umgesetzten Übereinkunft zur Festigung des Waffenstillstandregimes von 1995 konnten die Konfliktparteien sich auf keine weitere Übereinkunft einigen. Zwar wurde der Waffenstillstand generell von beiden Seiten respektiert, dennoch ist das Tauziehen um die Konfliktregelung von einem diplomatischen und politischen Positionskrieg beherrscht. Dieser Zustand, der oft als „*weder Krieg noch Frieden*“ bezeichnet wird, gilt als fragil und wird immer wieder durch bewaffnete Zwischenfälle an der „Kontaktlinie“ herausgefordert. Der in 1994 festgelegte *modus vivendi* entwickelte sich aber mit der Zeit immer mehr zu einem relativ stabilen *status quo*, der von allen Seiten toleriert, nicht aber unbedingt akzeptiert ist.

Die Politik des *status quo* scheint mittelfristig eine bevorzugte Option für die russische Politik zu bleiben. Die Konfliktbearbeitung durch die Minsker Gruppe gibt Moskau eine Rückversicherung, dass jegliche eventuelle Regelung nicht an Russland vorbei läuft. Zwar wird die Rolle der Minsker Gruppe immer wieder von Baku in Frage gestellt und herausgefordert, keine Partei denkt aber ernsthaft an eine Alternative.

Die mangelnde Aussicht auf eine baldige *einvernehmliche* politische Regelung des Konflikts lässt den *status quo* als eine plausible Alternative zur Rückkehr in die aktive Konfliktphase und Wiederaufnahme der bewaffneten Auseinandersetzungen erscheinen. Dies insbesondere, als Moskau keine ausgeprägten Prioritäten im Bezug auf die auf der Tagesordnung stehenden Kernfragen der Konfliktregelung zu haben und bereit zu sein scheint, jegliches – für alle

Konfliktparteien vertretbares – Übereinkommen zu akzeptieren und zu garantieren. Es würde dabei sicherlich auf einige wichtige Details eines eventuellen Übereinkommens ankommen, wie zum Beispiel auf die Zusammensetzung der internationalen Friedenstruppe zur Überwachung der politischen Regelung. Diese Fragen sind aber kurzfristig von geringer politischer Aktualität. Viel wichtiger erscheint eher die Aufgabe, den Rückfall der Konfliktparteien in erneute bewaffnete Auseinandersetzungen unmöglich zu machen.

Der Konflikt um Berg-Karabach wird in Moskau nicht losgelöst von den regionalen Entwicklungen und bilateralen Beziehungen mit den Staaten in der Region betrachtet. Somit wurde die Beibehaltung der geopolitischen Balance und der freundlichen, wenn auch sehr

unterschiedlichen Beziehungen mit Armenien und Aserbaidschan zu einer wichtigen Voraussetzung für jegliche Konfliktregelung. Eine solche Regelung soll alle Konfliktparteien zufrieden stellen, was angesichts der Entwicklungen seit 1994 als keine in absehbarer Zeit realistische Option erscheint.

Somit hat Moskau in den letzten über zehn Jahren eine auf die Beibehaltung des *status quo* orientierte Politik der Schadensbegrenzung betrieben. Seine Interessen konnten erfolgreich in die Aktivitäten der Minsker Gruppe integriert werden, mit deren weiteren Ko-Vorsitzenden – den USA und Frankreich – Russland eine gemeinsame Sprachregelung und eine gemeinsame Politik definieren konnte.

1. Der Berg-Karabach-Konflikt: ein Sonderfall für Moskau?

Die gegenwärtige russische Politik gegenüber dem Berg-Karabach-Konflikt fällt durch ihr niedriges Profil auf. Sie unterscheidet sich deutlich von der Politik gegenüber den Konflikten in Georgien (Süd-Ossetien und Abchasien) und Moldowa (Transnistrien). Dieser Unterschied wurde besonders deutlich vor dem Hintergrund der Debatte über die Konsequenzen der Unabhängigkeitserklärung durch Kosovo. So hatte die russische Staatsführung – zurecht oder zu unrecht – wiederholt darauf hingewiesen, dass die Trennung eines Teils von einem souveränen Staat gegen den Willen des letzteren die Wirkung eines Präzedenzfalls für die abtrünnigen Gebiete in Georgien, womöglich auch in Moldowa entfalten und deren Unabhängigkeitsbestrebungen bekräftigen würde. In diesem Sinne wurde in Moskau eine lebhaft Diskussion geführt, ob es Abchasien, Süd-Ossetien und Transnistrien gleich nach oder sogar noch vor der Unabhängigkeitserklärung durch Kosovo anerkennen sollte. Eine 2006 durch die abtrünnigen Regionen von Georgien und Moldowa gegründete „Gemeinschaft für Demokratie und Völkerrechte“ entwickelte sich zu einem relevanten Akteur zur Förderung der Anerkennungsoption in enger Abstimmung mit den diese Option befürwortenden russischen politischen Kräften.

Jeglicher Hinweis auf die Möglichkeit der Anerkennung eines unabhängigen Berg-Karabachs gegen den Willen von Aserbaidschan wurde aber in Moskau sorgfältig vermieden. Vertreter von Berg-Karabach nahmen auch zu keinem Zeitpunkt an den Aktivitäten der „Gemeinschaft für Demokratie und Völkerrechte“ teil, obwohl die informellen horizontalen Verbindungen zwischen den de facto eigenständigen Entitäten seit längerer Zeit bestehen. Neben der auf die Aufhebung der formellen Sanktionen gegenüber Abchasien reduzierte Reaktion Moskaus auf die Unabhängigkeitserklärung von Kosovo wurde zu keinem Zeitpunkt öffentlich die Option einer Expansion der direkten offiziellen Kontakte mit Berg-Karabach erwogen. Vertreter aus Stepanakert glänzten durch ihre Abwesenheit bei den Anhörungen in der russischen Staatsduma (untere Kammer des Parlaments) im März 2008, in denen die Appelle von Abchasien, Süd-Ossetien und Transnistrien an Russland mit dem Aufruf zu deren Anerkennung diskutiert wurden. Stepanakert soll ursprünglich auch eine Einladung bekommen haben, die aber auf Protest aus Baku mit der Begründung zurückgezogen worden sein soll, Berg-Karabach wäre ein Sonderfall.¹

Die Begründung der unterschiedlichen Behandlung des Falls Berg-Karabachs im Vergleich zu Abchasien und Süd-Ossetien geht weniger auf

die Unterschiede in der Konfliktlage selbst, sondern eher auf die Unterschiede in der Politik Moskaus zurück. So erklärte Tatjana Moskalkowa, stellvertretende Vorsitzende des Duma-Ausschusses für die Angelegenheiten der GUS und Verbindungen zu Landsleuten, die besondere Behandlung von Berg-Karabach in erster Linie dadurch, dass dort im Unterschied zu Abchasien, Süd-Ossetien und Transnistrien praktisch keine russischen Staatsbürgen wohnhaft sind. So gehe es auch nicht darum, den Verfassungsauftrag zum Schutz der Rechte russischer Staatsbürger außerhalb der Russischen Föderation in Berg-Karabach umsetzen zu müssen.¹¹

Außerdem verwies Moskalkowa darauf, dass der Berg-Karabach-Konflikt eine ausgeprägte zwischenstaatliche Dimension habe, weil es nicht zuletzt um einen Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan gehe. In Georgien und Moldowa ginge es dagegen um innerstaatliche Konflikte. Zuletzt verwies sie auf die Tatsache, dass Russland eine direkte Grenzverbindung zu Abchasien und Süd-Ossetien habe, die im Falle Berg-Karabachs (aber auch im Falle Transnistriens) nicht gegeben ist. So sei die Option einer engeren wirtschaftlichen Integration von Abchasien und Süd-Ossetien in den russischen

Wirtschaftsraum „zum Schutz der russischen Investitionen“ gegenüber Stepanakert nicht gegeben.¹²

Neben diesen eher formellen und oft künstlich gezogenen Trennlinien zwischen dem Berg-Karabach- und anderen Konflikten in Südkaukasus sollen auch andere politische Unterschiede beachtet werden.

Der seit Mitte der 1990er Jahre bestehende status quo wird schon lange von keiner der Konfliktparteien ernsthaft herausgefordert. Im Unterschied zu Georgien wird dabei weder die Schlüsselrolle Russlands als Vermittler noch das bestehende Format der internationalen Bemühungen um die Konfliktregelung unter der Obhut der OSZE von keiner Partei ernsthaft in Frage gestellt. Sollte die Initiative von Moskau aus kommen, hätte es politisch wohl weniger zu gewinnen als zu verlieren. Das komplexe aber grundsätzlich ausgewogene und freundliche Verhältnis nicht nur zu Armenien aber auch zu Aserbaidschan könnte eventuell gestört werden. Aus der Sicht einer status quo Macht, wie Russland es ist, könnte diese Entwicklung verhängnisvoll werden, denn eine Veränderung von *status quo* würde eher auf Kosten Russlands geschehen.

2. Der breitere regionale Rahmen der russischen Politik

Regionaler Rahmen

Seit Mitte der 1990er Jahre bemühte sich Moskau um die Entwicklung eines Rahmens für regionale **Kooperation der vier kaukasischen Staaten** (Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Russland) untereinander, der die drei südkaukasischen Republiken enger an Russland binden und den wachsenden Einfluss der Drittstaaten und -staatengruppen (in erster Linie den der Türkei, der USA und der Europäischen Union) mindestens auffangen und ausgleichen sollte. Diese Politik sollte dem Aufrechterhalten des *status quo* im Kaukasus im Sinne der Erhaltung des russischen Einflusses und der Schlüsselrolle in der Region dienen.

Am 3. Juni 1996 fand auf die Einladung Moskaus in der Stadt Kislowodsk im russischen Nordkaukasus das erste Treffen der vier Staatspräsidenten statt, die mit einer Erklärung „Für

die Eintracht zwischen den Völkern, Frieden, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Kaukasus“ Ziele einer engeren Kooperation untereinander, eventuell einer Integration festlegen sollten. In den Jahren 2000, 2001 und 2003 fanden weitere Treffen der Präsidenten der vier Staaten statt. Im November 2001 wurde in Sankt Petersburg das Institut der Treffen der Parlamentspräsidenten der vier Staaten eingeführt.

Doch der regionale Rahmen des „*Kaukasus der Vier*“ ist bislang eine leere Hülse geblieben.

Er wurde durch den sich seit Ende 2005 zuspitzenden politischen Konflikt zwischen Russland und Georgien gesprengt und immer wieder durch das Bestreben von Tbilisi herausgefordert, das Verhandlungsformat zur Konfliktregelung in Abchasien und Süd-Ossetien auf Kosten des russischen Einflusses zu internationalisieren. Die Attraktivität einer

regionalen Integration mit Russland war in Georgien auch vor dem Hintergrund seines Anliegens hinterfragt, in absehbarer Zeit der NATO und in langfristiger Perspektive der EU beizutreten.

Armenien und Aserbaidschan, die auch sonst für engere regionale Zusammenarbeit im Südkaukasus schwer zu gewinnen sind, zeigten keinen großen Elan. Insbesondere Baku legte immer größeren Wert auf die Beibehaltung eines ausgewogenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisses zu regionalen und globalen Mächten und war zu keinem Zeitpunkt bereit, sich in eine engere Abhängigkeit von Moskau zu begeben. Aber auch Armenien war in erster Linie daran interessiert, sein bilaterales Bündnisverhältnis mit Russland auszubauen.

So findet sich Moskau mit Entwicklungen im Südkaukasus konfrontiert, auf die es nur beschränkt Einfluss nehmen kann und die weitgehend am latenten Rahmen des „*Kaukasus der Vier*“ vorbei laufen.

Zum Einen ist es die **trilaterale Kooperation zwischen Aserbaidschan, Georgien und der Türkei**, die unter anderem einen fortschreitenden Ausbau regionaler Infrastruktur voraussetzt, die Armenien in der Region zunehmend isolieren soll. Es geht dabei nicht allein um die großangelegten Projekte zur Beförderung des kaspischen Erdöls und Gas aus Aserbaidschan über Georgien und die Türkei auf die Weltmärkte (die Pipelines Baku-Ceyhan und Baku-Erzurum), sondern auch um das Projekt der neuen Eisenbahnverbindung zwischen der Türkei und Aserbaidschan, die zwar über die vorwiegend von Armeniern besiedelte georgische Region Dschavachetija und Tbilisi, aber an Armenien vorbei die zwei Staaten verbinden soll.

Aus dem Anlass der Unterzeichnung einer trilateralen Deklaration über regionale Zusammenarbeit durch Staats- und Regierungschefs von Aserbaidschan, Georgien und der Türkei am 7. Februar 2007 in Tbilisi konnte Moskau nur dezidiert darauf hinweisen, dass man mit der Umsetzung der Initiative und der vorgesehenen Projekte eher komplexere Verbindungen zwischen allen Staaten der Region

fördern und keine ausschließen sollte, damit die bestehenden Trennlinien graduell überwunden und nicht gefestigt werden⁴.

Zum Anderen verfolgt man in Moskau den kontinuierlichen Ausbau bilateraler Zusammenarbeit zwischen den USA und Georgien und Aserbaidschan die nicht zuletzt Ausbildung und Ausrüstung derer Streitkräfte einschließt. Auch Armenien entwickelt militärische Zusammenarbeit mit den USA, wenn auch im begrenzten Umfang. Neben den georgischen Aspirationen auf eine NATO-Mitgliedschaft und einer Ausdehnung der EU-Nachbarschaftspolitik auf den Südkaukasus (seit 2004) wird diese Entwicklung in Moskau als eine Herausforderung wahrgenommen, die den Ausbau der regionalen Zusammenarbeit im „*Kaukasus der Vier*“ Format behindern kann.

Zum Dritten ist man in Russland auch mit dem Wandel der öffentlichen Meinung in den südkaukasischen Republiken konfrontiert, die sich in den letzten Jahren zunehmend auf den „Westen“ und im einzelnen auf die Kooperation mit der EU und der NATO ausrichtet. Besonders auffallend ist dabei der Wandel der öffentlichen Meinung Armeniens – der einzigen Republik im Südkaukasus, die lange Zeit als eindeutig Russland-freundlich gegolten hat. Im September 2004 zeigten Meinungsumfragen zum ersten Mal nach der Auflösung der Sowjetunion, dass die Mehrheit der Armenier nun einen Beitritt zur EU der weiteren Mitgliedschaft in der GUS vorziehen sowie von der Regierung des Landes engere Kooperation mit der NATO erwarten. Unter den außen- und sicherheitspolitischen Experten Armeniens sind diese Präferenzen noch viel deutlicher ausgeprägt.⁵ Zwar steht der EU-Beitritt noch nicht auf der außenpolitischen Tagesordnung Armeniens, doch die Ausdehnung der Europäischen Nachbarschaftspolitik auf den Südkaukasus hat eine Diskussion über das künftige Verhältnis zwischen Armenien und der EU angestoßen.

Moskau hat noch nicht die Hoffnung aufgegeben, die Initiative zur Stärkung seiner Rolle im Südkaukasus wieder ergreifen zu können und die, aus seiner Perspektive den status quo in der Region auf eine schleichende Weise unterminierenden, Entwicklungen rück-

gängig zu machen. Dabei baut Moskau darauf, dass die Attraktivität der Zusammenarbeit mit dem wirtschaftlich wachsenden Russland nicht nur für Armenien, sondern auch für Aserbaidschan und Georgien in absehbarer Zeit wachsen soll. So weist eine spezielle Studie⁶ darauf hin, dass die mit Aserbaidschan und Georgien strukturell vergleichbaren Regionen Russlands (Tatarstan als Gegenstück zum ölreichen Aserbaidschan und die nordkaukasischen Republiken Nordossetien und Kabardino-Balkarien als Gegenstück zu Georgien) sich besser entwickeln, als die entsprechenden südkaukasischen Staaten. Man geht davon aus, dass dieses Beispiel weiter in den Südkaukasus ausstrahlen soll.

Nicht zuletzt baut man in Moskau auf die Bedeutung der russischen Absatzmärkte für die landwirtschaftlichen Produkte der Staaten im Südkaukasus und auf deren wirtschaftliche Penetration. So konnte Moskau in den letzten Jahren Schlüsselpositionen in der Wirtschaft Armeniens erwerben (insbesondere in der Energie- und Gaswirtschaft, sowie in der Metallurgie) sowie seine Positionen in der Wirtschaft Georgiens bedeutend ausbauen. Aber jede schockartige Veränderung der politischen und der regionalpolitischen Landschaft könnte die Gewinne an wirtschaftlichem Terrain in Frage stellen. Daher soll die russische Kaukasus-Politik generell und insbesondere die Politik gegenüber dem Karabach-Konflikt solche politische schockartige Wirkung vermeiden, damit der durch die zunehmende politische Entfremdung zwischen Russland und Georgien entstandene Schaden begrenzt bleibt.⁷

Das Verhältnis Russlands zu Armenien

Das Verhältnis Russlands zu Armenien wird durch drei wichtige Faktoren bestimmt. Das Land ist der einzige enge politische und militärische Kooperationspartner Russlands im Südkaukasus, der in der Amtssprache als „strategischer Partner“ bezeichnet wird. Darüber hinaus ist es ein Bündnispartner, mit dem gegenseitige Beistandsverpflichtung besteht. Im Unterschied zu Aserbaidschan und Georgien zeigt auch die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Armenien in den letzten Jahren einen Aufwärtstrend auf, obwohl sie alles andere als reibungslos ist.

Bilaterale Beziehungen Russlands mit Armenien beruhen auf dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 29. August 1997, durch den der frühere Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Sicherheit vom 29. Dezember 1991 abgelöst worden ist. Mit diesem Vertragswerk besteht auf der russischen Seite eine Beistandspflicht im Falle einer Kriegsführung durch Armenien, obwohl diese Verpflichtung nicht automatisch umgesetzt sondern zuerst in Konsultationen besprochen werden soll. Der Vertrag liefert die Grundlage für die bilaterale militärische Zusammenarbeit und für die russische militärische Präsenz in Armenien. Bis auf wenige russische militärischen Objekte in Georgien (Friedenstruppen in Süd-Ossetien und Abchasien sowie der Stützpunkt in Gudauta, Abchasien) und Aserbaidschan (Radarstation in Gabala) bleibt Armenien der einzige militärische Vorposten Russlands im Südkaukasus. Hier ist der russische militärische Stützpunkt Nr. 102 stationiert. Die russischen Streitkräfte üben zusammen mit den armenischen und bilden das Rückgrat einer gemeinsamen Streitkräftegruppe. Armenische Luftabwehr ist in das GUS-Netzwerk eingebunden und ist somit mit der russischen Zentrale integriert. Armenien und Russland kooperieren auch beim Schutz der armenischen Grenzen mit dem Iran und der Türkei.

Die bestehende Beistandsverpflichtung und engere militärische Zusammenarbeit implizieren relevante Konsequenzen für die Politik gegenüber dem Berg-Karabach-Konflikt. Zwar erstreckt sich die Beistandspflicht keineswegs automatisch auf den Berg-Karabach, denn diese gilt allein für das Territorium Armeniens, eine eventuelle Eskalation des Konfliktes zwischen Baku und Jerewan birgt aber potentiell die Gefahr, Moskau vor eine schwierige Wahl zu stellen: würde es Armenien nicht den notwendigen Beistand leisten, könnte es Gefahr laufen, Jerewan als den letzten strategischen Partner im Südkaukasus zu verlieren.

In den letzten Jahren war Russland auch erfolgreich bei der Übernahme vieler lebenswichtiger Aktiva Armeniens in den Bereichen Energiewirtschaft (Gas und Elektrizitätsversorgung, Elektrizitätserzeugung), Metallurgie, Telekommunikation und Bankwesen. Die

akkumulierten russischen Investitionen in Armenien bis Anfang 2008 werden vom russischen Außenministerium auf insgesamt etwa 1 Mrd US Dollar geschätzt.⁸ Die federführende Rolle Moskaus als größter externer Investor in Armenien ist kaum bestreitbar. Die gesamten akkumulierten Auslandsinvestitionen in Armenien machten im Jahr 2005 nach Schätzungen der UNCTAD 1,225 Mrd Dollar.⁹ Somit könnten gegenwärtig auf die russischen Investoren rund die Hälfte des gesamten Volumens an Investitionen entfallen.

Mehrere Investitionsprojekte werden von der armenischen Seite als ineffektiv gesehen. Die Anhebung der Gaspreise in 2006 und insbesondere in 2007 erwies sich als ein sehr sensibler Faktor, der die Einstellung der öffentlichen Meinung gegenüber Russland in Armenien im letzten Jahr maßgeblich beeinflusst hatte. Doch das relativ schnelle Wachstum des gegenseitigen Handels (40% in 2005, fast 70% in 2006 und 63% in den ersten elf Monaten von 2007) nährte gleichzeitig positive Erwartungen. Die Absprachen über die neuen Kooperationsvorhaben, die von der Exploration von Uran und Weiterentwicklung der Nuklearenergie in Armenien über die Modernisierung der Industrie, Bau von Ölraffinerien bis zum Ausbau des Eisenbahnnetzes gehen, sorgten zumindest optisch für eine Verbesserung der Beziehungen während des Besuchs des damaligen Präsidenten Armeniens, Robert Kotscharjan, in Russland im Februar 2007.

Dieser Trend bleibt aber labil vor dem Hintergrund der zunehmenden Differenzierung der externen wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Beziehungen Armeniens, dessen größter Handelspartner die Europäische Union bleibt.¹⁰ Zwar gilt Jerewan in Moskau weiterhin als zuverlässiger Partner, der auf Russland in vielerlei Hinsicht angewiesen ist, dennoch wächst auch die Sorge um eine eventuelle außenpolitische Umorientierung Armeniens auf die westlichen Staaten.

Somit sucht die russische Politik, unnötige weitere Belastungen des Verhältnisses zu Armenien zu vermeiden. Dies gilt unter anderem und insbesondere für die für die öffentliche Meinung Armeniens sensitive Frage des Berg-Karabach-Konfliktes. Es ist schwer

vorzustellen, dass Russland einer Konfliktregelung zustimmen würde, die für Jerewan als inakzeptabel gilt (ganz zu schweigen von einem Versuch, eine solche aufzuzwingen).

Das Verhältnis Russlands zu Aserbaidschan

Das Verhältnis zwischen Russland und Aserbaidschan war von Beginn an alles andere als einfach. Die Regierung wie die politische Opposition im Lande waren von Beginn der 1990er Jahre vorwiegend westlich orientiert. Baku ließ sich auch nicht in die von Moskau dominierten Strukturen innerhalb der GUS einbinden, obwohl es der Gemeinschaft im Jahre 1993 wieder beigetreten ist. Aserbaidschan baute seine Politik im Inneren wie nach Außen auf die Einkünfte aus dem kaspischen Öl und Gas. Gleichzeitig suchte es unter dem Präsidenten Aliew (1993–2003) in einem Balanceakt eine Politik der Äquidistanz und der Kooperation mit den USA, der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten sowie mit Russland zu verbinden. Diese Politik wird grundsätzlich auch durch seinen Sohn, Präsident Ilham Aliew fortgeführt.

Russische Truppen mussten Aserbaidschan schon früh in den 1990-er Jahren verlassen (erst im Januar 2002 wurde das Abkommen über die russischen Nutzungsrechte in Bezug auf die Radarstation in Gabala unterzeichnet), Moskau lernte es aber zu schätzen, dass Baku keine offiziellen Aspirationen auf eine NATO-Mitgliedschaft entwickelt und auf jegliche Stationierung westlicher Truppen verzichtet hatte. Mittlerweile entwickelte sich Aserbaidschan zu einem Kooperationspartner Russlands, der jegliche feindliche Geste gegenüber Russland nach Möglichkeit vermeidet, gleichzeitig aber eine deutliche Distanz zu Moskau wahrte.

Bilaterale Beziehungen Russlands mit Aserbaidschan beruhen auf dem Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Sicherheit vom 3. Juli 1997, der ähnlich zu jenem Vertrag mit Armenien ist, der 1991 unterschrieben und 1997 durch einen Beistandspakt abgelöst wurde.

Obwohl Baku 2007 auf die Lieferungen von russischem Gas verzichtet und den im Jahr 1996 aufgenommenen Transport seines Erdöls über

den russischen Hafen Noworossijsk von 4,5 auf 2,2 Millionen Tonnen jährlich reduziert hatte (das letztere wurde in Moskau mit Abstand als das wichtigste langfristige Projekt wirtschaftlicher Kooperation mit Aserbaidschan gesehen, das man gern verlängern wollte), ist das Handelsvolumen zwischen den zwei Staaten fast doppelt so groß wie zwischen Armenien und Russland.

Die Grenze zwischen Russland und Aserbaidschan ist zwar noch nicht endgültig fixiert (bis Anfang 2008 waren 312 Kilometer oder 93% der gemeinsamen Grenze einvernehmlich markiert worden und die Arbeit an den verbleibenden 7% kommt nur schleppend voran), dennoch entwickelte sich Baku nach Beginn des zweiten tschetschenischen Krieges 1999 zu einem pragmatischen und wichtigen Partner Russlands in der Bekämpfung grenzüberschreitender terroristischer (und aufständischer) Aktivitäten.

Seit diesem Jahrzehnt hat sich zwischen Moskau und Baku relativ rege Kommunikation und pragmatische, wenn auch begrenzte, Kooperation auf unterschiedlichen Gebieten entwickelt. Im Februar 2003 wurde in Baku ein Regierungsabkommen über militärisch-industrielle Kooperation unterschrieben. Das militärische Establishment pflegt regelmäßige Kontakte inklusive Besuche der russischen Verteidigungsminister in Baku (2005 und 2007). Im Januar 2002 wurde ein Regierungsabkommen über die Kooperation der Vertreter der Grenzschutzdienste der beiden Staaten unterschrieben. Schon im April 1996 wurde ein Abkommen über die Kooperation zwischen den Innenministerien unterzeichnet, seit 2001 ist auch das Abkommen über die polizeiliche Kooperation in den Grenzgebieten in Kraft. Im Februar 2000 wurde ein Memorandum über die Bekämpfung

des grenzüberschreitenden Terrorismus unterschrieben, dem eine Reihe von zusätzlichen Protokollen folgte. Baku wurde auch das Ziel für Besuche der Leiter des russischen Innenministeriums (2001), des inneren Sicherheitsdienstes (2000 und 2006) sowie des Auslandsnachrichtendienstes (2002).

Trotz der bestehenden energiepolitischen Konkurrenz ist Baku inzwischen zu einem wichtigen Partner Russlands geworden, insbesondere bezüglich der Eindämmung der grenzüberschreitenden sicherheitspolitischen Risiken und Herausforderungen entlang der russischen Grenze im Nordkaukasus – anfänglich unter den Bedingungen des Krieges in Tschetschenien, inzwischen aber zunehmend vor dem Hintergrund der zunehmenden Instabilität in der direkt an der Grenze mit Aserbaidschan liegenden Republik Dagestan.

Moskau weiß diese Kooperation zu schätzen und will sie genau so wenig unnötig stören lassen wie es Baku auf größere Distanz zu Moskau gehen lassen möchte. Eine einseitige Befriedigung der Interessen des strategischen Partners Russlands – Armeniens – im Berg-Karabach-Konflikt würde die Verluste aus einer Konfrontation mit Aserbaidschan kaum entschädigen. So lässt sich aus dem Verhältnis zwischen Russland und Aserbaidschan auch die Konsequenz ableiten, dass Moskau keine Konfliktregelung unterstützen würde, die Aserbaidschan nicht zufrieden stellen sollte. Ja, in der Tat, in mancherlei Hinsicht unterstützte Moskau immer wichtige Forderungen von Aserbaidschan. Dies gilt in erster Linie für die Anerkennung der territorialen Integrität von Aserbaidschan und die Verurteilung der Besetzung eines Teils des Territoriums von Aserbaidschan durch armenische Truppen.

3. Die Konfliktregelungspolitik

Mit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen in und um Berg-Karabach seit Ende 1991 bis ins Frühjahr 1994 verfolgte Russland als Vermittler den Ansatz einer *stufenweisen Regelung* des Konflikts. Im April 1992 präsentierte der damalige Außenminister Andrej Kosyrew einen zwei-Stufen-Plan.¹¹ An die erste

Stelle setzte Moskau das Ziel der Herbeiführung eines Waffenstillstandes, der durch die Stationierung einer Beobachtungsmision und danach einer Friedenstruppe zur Trennung der Konfliktparteien begleitet werden sollte. Erst in der folgenden Phase der Konfliktregelung sollte über den Status von Berg-Karabach verhandelt werden.

Schon am 20. März 1992 verabschiedete der Rat der Staatschefs der GUS in Kiew auf Initiative von Russland und Kasachstan einen Beschluss, in dem die grundsätzliche Bereitschaft der Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht wurde, Beobachter und Friedenstruppen in die Region des Berg-Karabach-Konfliktes zu entsenden. Zum Zwecke der Beobachtung des Waffenstillstandes und zur Behandlung möglicher Zwischenfälle (angesichts der geographischen Ausweitung des Konfliktes im Sommer 1992 nun nicht allein in Karabach sondern auch entlang der Grenze zwischen Aserbaidschan und Armenien) sollte eine Gemischte Kommission eingesetzt werden, der neben Russland auch die Konfliktparteien angehören würden – eine Lösung, die derjenigen ähnlich sah, die 1992 bei der Verhandlung des Waffenstillstandes in Süd-Ossetien (Georgien) und Transnistrien (Moldowa) vereinbart worden ist.

Gleichzeitig war Moskau offen gegenüber der Option der Entsendung einer internationalen Beobachtermission und Friedenstruppe ins Konfliktgebiet unter der Obhut der KSZE oder der Vereinten Nationen. Diese Möglichkeit wurde im April 1992 unter anderem in einem Briefwechsel zwischen Kosyrew und dem damaligen amtierenden Vorsitzenden der KSZE, Außenminister der (damals noch) Tschechoslowakei Jiří Dienstbier besprochen. Dies war eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des Plans, da Moskau sich nicht sicher war, ob es imstande wäre, ein für die Friedenstruppe notwendiges Kontingent selbst zur Verfügung stellen zu können. Moskau war auch bereit, die Beteiligung der KSZE an der Arbeit der Gemischten Kommission mit Beobachterstatus zuzulassen.

Unter der Berücksichtigung der Entwicklung der militärischen Lage im Konfliktgebiet (Besetzung weiterer Gebiete Aserbaidschans um Berg-Karabach durch armenische Truppen und nur begrenzt erfolgreiche Gegenoffensiven Aserbaidschans) und des entsprechenden Wandels der Forderungen der Konfliktparteien (Baku machte den Rückzug armenischer Truppen aus *allen* besetzten Gebieten und die Rückkehr der vertriebenen aserischen Bevölkerung zur Voraussetzung des Waffenstillstandes, wobei Stepanakert und Jerewan im Gegenzug auf Sicherheitsgarantien für Karabach bestanden

und nicht bereit waren, auf die eroberte Landverbindung zwischen Armenien und Karabach – den Latschin-Korridor – zu verzichten) wurde der Plan Moskaus immer komplexer. Nun bestand er aus vier Schritten.

Zuerst sollten die Konfliktparteien (Aserbaidschan, Berg-Karabach und Armenien) sich auf einen dauerhaften Waffenstillstand einigen. Ein entsprechendes Abkommen sollte in Russland, das als Garant seiner Umsetzung gelten sollte, unterschrieben und danach im multilateralen Rahmen (innerhalb der KSZE oder in der UNO) verankert werden.

Im *zweiten* Schritt sollte ein Mechanismus zur Gewährleistung der Umsetzung des Waffenstillstandes eingesetzt werden. Zur Umsetzung einer entsprechenden Übereinkunft erklärte sich Russland bereit, Beobachter und eine Friedenstruppe zu entsenden, die die Konfliktparteien trennen sollte. In einer späteren Phase sollte diese Truppe durch KSZE-Kontingente erweitert und ergänzt werden können.

Im *dritten* Schritt sollten die Parteien ein Abkommen über die Beendigung des bewaffneten Konflikts abschließen. Das Abkommen sollte Sicherheitsgarantien für Berg-Karabach (nicht aber die Anerkennung seiner Unabhängigkeit) und die Verpflichtung zum schrittweisen Rückzug armenischer Truppen aus den besetzten Gebieten Aserbaidschans einschließen.

In der *letzten*, wohl sehr zeitintensiven Phase sollte entweder in direkten Gesprächen zwischen Baku und Stepanakert oder in der Minsker Konferenz unter der Obhut der KSZE/OSZE über den Status von Berg-Karabach verhandelt werden.¹² Die Regelung der Statusfrage von Berg-Karabach, die im Kern der Kontroverse zwischen den Konfliktparteien liegt, sollte damit erst in der letzten Phase behandelt werden.

Nur der erste Teil dieses Planes ging nach mühseligen Verhandlungen auf. Nach dem offensichtlichen Scheitern der aserbaidschanischen Gegenoffensive im Winter 1994 und unter der akuten Gefahr, einen noch größeren Teil seines Territoriums zu verlieren, gab Baku seine üblichen Vorbedingungen auf. Die Übereinkunft über den *Waffenstillstand, der*

vom 12. Mai 1994 an gelten sollte, wurde von den Konfliktparteien getrennt unterschrieben – am 9. Mai in Baku, am 10. in Jerewan und am 11. Mai in Stepanakert.¹³

Die Übereinkunft war kurz gefasst und enthielt nur die gegenseitige Verpflichtung, bewaffnete Auseinandersetzungen einzustellen. Sie enthielt keine Maßnahmen zu ihrer Absicherung wie die Entflechtung der Truppen und schweren Waffen der Konfliktparteien, Stationierung unparteiischer Beobachter und/ oder einer die Konfliktparteien trennenden Friedenstruppe, Verifizierung und internationale Überwachung. Solche Maßnahmen sollten auf einem kurz auf die Unterzeichnung des Waffenstillstandes folgenden Treffen der Verteidigungsminister Armeniens und Aserbaidschans sowie des Befehlshabers der Armee Berg-Karabachs mit dem Verteidigungsminister Russlands besprochen werden, das am 16.-17. Mai 1994 in Moskau stattfand. Die russischen Vorschläge auf dem Treffen sahen unter anderem die Stationierung russischer Friedenstruppen entlang der „Kontaktlinie“ zwischen den Konfliktparteien vor. Aserbaidschan verzichtete aber auf die Unterzeichnung des Abkommens, so dass der Plan Moskaus keine Fortsetzung fand.¹⁴

Als Ersatz dafür wurde Anfang Februar 1995 nun auf den Vorschlag der Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe der OSZE eine Übereinkunft der Konfliktparteien unterschrieben, die einen ***Mechanismus zur Vorbeugung einer eventuellen Eskalation der Feindseligkeiten entlang der „Kontaktlinie“*** einsetzen sollte. Die Übereinkunft sah in erster Linie die Einrichtung der Kommunikationsverbindungen zwischen den Vertretern der Konfliktparteien zur gegenseitigen Benachrichtigung und Klärung eventueller Zwischenfälle vor. Sie ist aber von den Parteien nie praktisch umgesetzt worden.¹⁵

Seit Ende 1994 stand nun auch die Option einer russischen Friedenstruppe im Konfliktgebiet nicht mehr zur Diskussion. In 1995 erwog die OSZE die Möglichkeit der Entsendung einer eigenen Truppe und setzte zu ihrer Vorbereitung eine hochrangige militärische Planungsgruppe ein. Die als Voraussetzung für die Entsendung einer OSZE-Entflechtungstruppe geltende politische Übereinkunft der Parteien

über die Prinzipien der Regelung des Konfliktes blieb aber aus. Somit hat inzwischen auch die Option der Entsendung einer OSZE-Friedenstruppe ihre politische Aktualität verloren, obwohl die Planungsgruppe nie offiziell aufgelöst worden ist.

Nachdem der russische und der finnische Ko-Vorsitzende der Minsker Gruppe der OSZE im Juli und September 1995 Vorschläge zur Konfliktregelung unterbreitet hatten, die auf einem Schritt-für-Schritt Ansatz beruhten (und die Regelung der Status-Frage von Berg-Karabach offen ließen), versuchte Moskau im Februar 1996 die Option einer ***umfassenden Regelung*** auszuloten. Der damalige Außenminister Jewgenij Primakow schlug den Parteien vor, neben einem Abkommen über die Beendigung des bewaffneten Konfliktes ein Memorandum über die Grundelemente von einem Sonderstatus von Berg-Karabach anzunehmen, das die früheren einseitigen Berg-Karabach betreffenden Entscheidungen von Aserbaidschan und Armenien aussetzen würde. Auf der Grundlage dieser Übereinkunft sollte in einer späteren Phase ein Vertrag über den Sonderstatus von Berg-Karabach abgeschlossen werden, der auf der einen Seite die territoriale Integrität von Aserbaidschan verankern und auf der anderen Seite ein hohes Maß an Eigenständigkeit durch eine Vertragsgemeinschaft mit Aserbaidschan zusichern sollte.¹⁶ Dieser Entwurf wurde auch einem OSZE-Vorschlag zugrunde gelegt, den der damalige amtierende OSZE-Vorsitzende, der schweizerische Außenminister Flavio Cotti während seiner Reise ins Konfliktgebiet im März 2006 den Parteien unterbreitete. Doch der umfassende Regelungsansatz war allein von Armenien als Grundlage für die weiteren Verhandlungen akzeptiert. Aserbaidschan und Berg-Karabach lehnten ihn ab.

Seitdem versuchten nun die Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe in einer Reihe von Ansätzen immer wieder bis 2002 abwechselnd den Schritt-für-Schritt und den umfassenden Regelungsansatz mit Aserbaidschan und Armenien in Direktgesprächen zwischen zwei Parteien¹⁷ auszuloten. Entsprechende Vorschläge wurden von den Ko-Vorsitzenden im Juni 1997 (aufbauend auf dem umfassenden Ansatz, der im

Jahr vorher entwickelt worden war), Dezember 1997 (die Rückkehr zum Schritt-für-Schritt-Regelungsansatz) und im November 1998 vorgelegt¹⁸ (mit dem letzten Vorschlag wurde wieder die Diskussion über eine umfassende Regelung des Konfliktes aufgrund des Konzeptes eines „gemeinsamen Staates“ von Aserbaidschan und Berg-Karabach eröffnet).

Die Positionen von Baku und Jerewan schienen sich in unterschiedlichen Phasen der Verhandlungen einander anzunähern. Aus unterschiedlichen Gründen, oft innenpolitischen Charakters, kam es aber nie zu einem Abkommen. So soll Armenien, das sonst stets eine umfassende „Paketlösung“ vorgezogen hatte, die die Entscheidung in der Status-Frage von Berg-Karabach mit der Befreiung der besetzten Gebiete verbinden würde, unter dem ehemaligen Präsidenten Lewon Ter Petrosjan 1997 sich gegenüber einer schrittweisen Regelung geöffnet haben, die die Entscheidung in der Status-Frage hinaus schieben würde. Der Ansatz galt aber in Berg-Karabach als inakzeptabel. Dieser Streit soll dann mindestens eine der wichtigen politischen Ursachen des Sturzes von Ter Petrosjan gewesen sein, wobei die Führung in Armenien 1998 durch den sogenannten „Karabach-Clan“ übernommen wurde (der zweite und der gegenwärtige Präsident von Armenien Robert Kotscharjan und Serge Sarkisjan haben beide ihre politische Karriere in Berg-Karabach während des Konfliktes begonnen und sind Ende der 1990-er Jahre von Ter Petrosjan nach Jerewan geholt worden).

Mit Kotscharjan kehrte Armenien zur Politik der Paketlösung zurück. Jerewan ist nur zur Befreiung der besetzten Gebiete bereit, wenn es eine Garantie bekommt, dass Berg-Karabach auf keinen Fall von Baku aus regiert wird.¹⁹ 1999–2001 sollen sich Kotscharjan und Heydar Aliew in Gespräche über einen Gebietsaustausch engagiert haben. Für den Transfer Berg-Karabachs an Armenien sollte Aserbaidschan einen Korridor durch die armenische Region Meghri und damit direkte Verbindung zur aserbaidschanischen Exklave Nachitschewan bekommen. Diese Gespräche sollen 2001 beim Treffen der Präsidenten in Key West gescheitert

sein. Nach seiner Rückkehr nach Baku dementierte Heydar Aliew, über diese Option verhandelt zu haben.

Mit der Machtübernahme in Baku durch Ilham Aliev 2003 soll Baku endgültig von dieser Option abgerückt sein. Aserbaidschan vertritt nun die Position, dass nach dem Rückzug armenischer Truppen aus allen besetzten Gebieten und vor der Entscheidung über den Status von Berg-Karabach eine Phase der Vertrauensbildung erforderlich sei.

Seit der Zeit wird die umfassende Lösung nicht mehr diskutiert. Seit der Aufnahme eines neuen Verhandlungsformats (des sogenannten Prager Prozesses) 2004 sind die Gespräche zwischen Baku und Jerewan vorwiegend durch einen Positionskrieg gekennzeichnet. Taktische Fortschritte in Einzelfragen in Gesprächen über die Methoden zur Definition vom Status Berg-Karabachs nähren immer wieder die Hoffnung, dass die zwei Staaten einer Lösung näher gekommen wären. Kein Durchbruch konnte aber erreicht werden, und die Momente der Hoffnung wechseln mit Stagnation und Umdenken auf beiden Seiten ab. Beide Seiten scheinen auf Zeit zu Bauen in der Hoffnung, dass eine spätere Regelung eher in ihrem Sinn ausfallen werde. Immer wieder betonen sie, dass sie auch andere Optionen zur Verfügung hätten als eine verhandelte Lösung. In Baku spricht man immer wieder von der Bereitschaft, auf die Kriegsoption zurück zu greifen. Jerewan hingegen betont immer wieder, dass man auf die Option einseitiger Anerkennung der Unabhängigkeit Berg-Karabachs setzen und intensiver als bis jetzt die Besiedlung der besetzten aserbaidschanischer Gebiete durch armenische Flüchtlinge fördern kann.

Zwar geben sich die Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe der OSZE immer wieder optimistisch, aber auch sie mussten im Juli 2004 beim Treffen der Präsidenten Kotscharjan und Ilham Aliew zugeben, dass die Konfliktparteien durchaus auch die politische Option haben, kein Abkommen zu unterschreiben und somit den fragilen *status quo* aufrecht zu erhalten.

4. Schlüsselemente der Position Russlands zur Konfliktregelung

Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Politik Russlands gegenüber der Regelung des Berg-Karabach-Konflikts weitgehend in die Tätigkeit der drei Ko-Vorsitzenden integriert. Wann immer Treffen der Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans auf dem russischen Boden durchgeführt werden (oft aus dem Anlass der Jahrestreffen der Staatsoberhäupter der GUS-Staaten) oder wann immer solche Treffen auf der Ebene der Außenminister statt finden sind, der amtierende Vorsitzende der OSZE beziehungsweise alle Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe eingeladen. Moskau nimmt selten Stellung zur Konfliktregelung und reduziert sich auf die kollektiven Stellungnahmen, die die Ko-Vorsitzenden abgeben. Die seltenen Erklärungen der Politiker und Diplomaten in Moskau lassen aber folgende konkreten Positionen Moskaus in den Grundfragen der Konfliktregelung identifizieren. Sie sind auch mit der öffentlichen Position der Minsker Gruppe praktisch identisch.

Der Status von Berg-Karabach

Moskau unterstützt das Prinzip der territorialen Integrität von Aserbaidschan und hat es zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Dementsprechend anerkennt Russland Berg-Karabach nicht als einen unabhängigen Staat.

Russland geht davon aus, dass es in diesem Konflikt keine Rückkehr zum status quo ante (vor 1998) mehr möglich ist. Gleichzeitig darf der Status von Berg-Karabach nicht einseitig entweder von Stepanakert (und Jerewan) oder von Baku definiert werden. Der künftige Status von Berg-Karabach soll unter Verzicht auf Gewaltanwendung im Zuge der Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien einvernehmlich definiert werden.

Moskau ist auch gegenüber einer Lösung der Status-Frage durch die Föderalisierung Aserbaidschans offen, besteht aber nicht darauf, solange Baku dieser Option verschlossen bleibt.

Russland ist keine Partei im Konflikt und kann nicht mehr als die Rolle eines Vermittlers übernehmen. Als solcher ist es auch bereit, als Garant

jeglicher Lösung aufzutreten, auf die sich die Konfliktparteien einigen können und die von allen Konfliktparteien als vertretbar akzeptiert wird.

Die Verhandlungsparteien

Russland ging immer davon aus, dass an Gesprächen zur Konfliktregelung mindestens drei Parteien teilnehmen sollten: Aserbaidschan, Berg-Karabach und Armenien, denn keine dauerhafte Regelung ist ohne explizite Zusage von Stepanakert denkbar, das in wichtigen Fragen immer wieder eine Meinung vertreten hat, die von der Jerewans abwich.

Da Aserbaidschan, das von Beginn an bemüht war, Berg-Karabach aus den Gesprächen auszuschließen²⁰ und im Gegenzug immer wieder vorgeschlagen hatte, dass auch die Landsmannschaft der aus dem Karabach vertriebenen Aserbaidschaner als Partei durch Nizami Bachmanow vertreten sein soll, ist Moskau auch bereit, in einer späteren Phase der Verhandlungen auch die aserbaidschanische Gemeinde einzuladen, um ihre Akzeptanz von den eventuellen Verhandlungsergebnissen sicher zu stellen.²¹

Diese Position entspricht nicht nur der Formel, die im Dezember 2004 vom Budapester Gipfeltreffen der KSZE/OSZE verabschiedet worden ist, sondern auch der, die im Kreis der Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe vereinbart worden ist. Die Ko-Vorsitzenden gehen davon aus, dass die Beteiligung von Berg-Karabach an Verhandlungen ab einem bestimmten Moment „*notwendig und hilfreich*“ sein wird.²² Von 1993 bis 1997 beteiligte sich Stepanakert an den damaligen Gesprächen zur Konfliktregelung und war erst nach der Einführung der direkten Gespräche zwischen den Präsidenten von Aserbaidschan und Armenien ausgeschlossen. Seit 1998 als Robert Kotscharjan den Posten des Präsidenten übernommen hatte, galt er für viele (zurecht oder zu unrecht) auch als ein Vertreter Berg-Karabachs.

Bei ihren Reisen ins Konfliktgebiet treffen sich aber die Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe nicht allein mit Vertretern von Jerewan sondern

auch mit denen von Stepanakert. Gelegentlich treffen sie sich zu Konsultationen auch mit Nizami Bachmanow, der formell die Gemeinde der Karabach-Aserbaidshaner nach außen vertritt.

In der Frage der Beteiligung der Gemeinden der Karabach-Armenier und der Karabach-Aserbaidshaner als „*interessierte Parteien*“ soll es in den letzten Jahren zwischen Baku und Jerewan gewisse Annäherung gegeben haben.

Befreiung der besetzten Gebiete Aserbaidshans

Moskau hat zu keinem Zeitpunkt die Besetzung der sieben aserbaidshanischen Gebiete (fünf davon vollständig und zwei teilweise) um Berg-Karabach durch armenische Truppen anerkannt und geht davon aus, dass deren Befreiung ein wichtiges Bestandteil der Konfliktregelung sein wird. Es kommt aber auf die Reihenfolge und auf den Umfang der zu befolgenden Schritte an.

Zuerst soll mit der Räumung von fünf, der sieben in Frage kommenden, Gebieten begonnen werden. Die sensitive Frage der Gebiete von Latschin und Kelbajar soll gesondert behandelt werden. Im Unterschied zu Baku, das Berg-Karabach formell als ein weiteres armenisch besetztes aserbaidshanisches Gebiet betrachtet, trennt Moskau deutlich die Frage von Berg-Karabach, dessen Status erst später zu definieren ist, von der Frage der Befreiung der besetzten Gebiete.

Angesichts der gespannten Lage entlang der „Kontaktlinie“ der aserbaidshanischen und der

armenischen Truppen, aber auch angesichts des jahrelangen Auseinanderlebens der zwei nationalen Gemeinden in den Grenzgebieten von Armenien und Aserbaidshans, geht Moskau davon aus, dass Vertrauensbildung der Befreiung der Gebiete zuerst kommen soll.

Die Rückkehr der Flüchtlinge und der Binnenvertriebenen

Die Rückkehr der Flüchtlinge und der Binnenvertriebenen in ihre Heimatorte soll nach ihrem Wunsch und nur freiwillig geschehen. Moskau ist durchaus gegenüber der Option offen, dass mehrere Flüchtlinge nicht in das Konfliktgebiet zurückkehren wollen. Um ihr Verbleiben an neuen Wohnorten zu ermöglichen, sollen Integrationsprogramme stärker in Angriff genommen werden.

Kommunikation zwischen den Gemeinden

Unabhängig von dem Verlauf der politischen Gespräche sollten die Kommunikation und Verbindungen zwischen den Grenzgebieten Aserbaidshans und Armeniens so schnell wie möglich wieder hergestellt werden. Es geht in erster Linie um die Wiederaufnahme der Eisenbahnverbindungen, der grenzüberschreitenden Energieversorgung sowie des grenzüberschreitenden Handels, inklusive der Zulassung der Kleinhändler von der jeweils „anderen“ Seite auf die Märkte Aserbaidshans und Armeniens (aber auch in Berg-Karabach).

Die Wiederaufnahme der Kommunikation und der Verbindungen soll auch von der Aufhebung der wirtschaftlichen Blockade Armeniens durch Aserbaidshans und die Türkei begleitet werden.

5. Aktuelles

Moskau scheint sich von den regelmäßig aufkommenden Hoffnungen auf einen signifikanten Fortschritt in der Regelung des Berg-Karabach-Konfliktes wenig beeindruckt zu lassen. Die jüngste solche Hoffungsperiode zwischen den Parlamentswahlen in Armenien im Mai 2007 bis zu den Präsidentschaftswahlen im Februar 2008 ist nun wirklich vorbei. Der Machtwechsel und die innenpolitischen Komplikationen in Armenien sowie die bevorstehenden Wahlen in Aserbaidshans begründen eher die

skeptische Erwartung, dass in den Gesprächen nun eine Zäsur eingetreten ist.

Moskau zeigt sich auch von der Besorgnis nicht beeindruckt, Baku könnte sich vor dem Hintergrund seiner steigenden Erlöse aus Erdöl-Exporten doch noch für eine militärische Lösung entscheiden.

Mit dem Blick auf die nächste Zukunft hegt man damit weder die Erwartung auf einen schnellen

Durchbruch in den Verhandlungen noch auf den erneuten Ausbruch des Krieges. Stagnierende politische Gespräche und Beibehaltung des status quo erscheinen deswegen als die plausible Grundlage für die kurz-, bzw. mittelfristige Politik Moskaus.

Trotzdem sieht man die Gefahr darin, dass der *status quo* durch die wiederholten Auseinandersetzungen entlang der „Kontaktlinie“ herausgefordert werden kann, wie das im November 1997 und jüngst im März 2008 der Fall gewesen ist. Somit sieht Moskau in erster Linie die Notwendigkeit der Stabilisierung des Waffenstillstandregimes durch zusätzliche Maßnahmen, die das Risiko dessen Bruchs und damit unkontrollierter Entwicklungen auf ein Minimum reduzieren würde.

Gleich nach den jüngsten ernsthaften Zwischenfällen an der „Kontaktlinie“ am 4. März 2008 hatte das russische Außenministerium am 5. März allen Konfliktparteien wieder angeboten, auf das bisher noch nicht implementierte Abkommen zur Umsetzung des Waffenstillstandes zurück zu greifen, das am 6. Februar

1995 in Kraft getreten ist. Dies würde den Konfliktparteien ermöglichen, entstehende Konflikte durch dichte Kommunikation unmittelbar entlang der „Kontaktlinie“, sowie zwischen militärischen Führungen und auf der politischen Ebene zu beherrschen und ihre Zuspitzung beziehungsweise Eskalation zu verhindern. Der Vorschlag wird inzwischen von den Kovorsitzenden der Minsker Gruppe mitgetragen.

Russland scheint dieser Option den Vorrang zu geben, denn das regelmäßige Monitoring der „Kontaktlinie“ durch den Stab des persönlichen Vertreters der OSZE ist bestenfalls auf die Versuche nachträglicher Klärung der stattgefundenen Zwischenfälle reduziert ist und kann somit zur Vorbeugung der Eskalation akuter Auseinandersetzungen nur beschränkt beitragen.

Schon 2005 zeigte sich der damalige Verteidigungsminister und gegenwärtige Präsident Armeniens, Sarkisjan, bereit, auf das Abkommen von 1995 zurück zu greifen. Die Behörden von Stepanakert haben sich auch dazu bereit erklärt. Baku bleibt aber noch eine Antwort schuldig.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Nachrichten von Trendaz.com am 21. Februar und 14. März 2008.
- 2 <http://news.trendaz.com/index.shtml?show=news&newsid=1156915&lang=EN>
- 3 Ebenda.
- 4 Es ist wichtig festzuhalten, dass viele der von Aserbaidschan, Georgien und der Türkei trilateral betriebenen Infrastrukturprojekte - an Armenien vorbei - nicht nur von Russland, sondern auch von den USA und der EU abgelehnt werden. So gehen sie unter anderem davon aus, dass eine neue Eisenbahnverbindung auf keinen Fall Armenien ausschließen darf. Aus diesem Grunde unterschrieb der US Präsident George W. Bush im Dezember 2006 das Gesetz, das jegliche finanzielle Beteiligung der USA an der gegenwärtig geplanten Eisenbahnstrecke untersagt. Die Europäische Kommission bekundete ihre Opposition gegenüber dem Projekt im Oktober 2005. Vgl. dazu: Washington Wants Railway Connecting Turkey With Azerbaijan To Run Through Armenia, <http://www.newnations.com/archive/2007/March/am.html> (22. Februar 2007).
- 5 Poll Shows Armenians Prefer EU to CIS, RFE/RL Caucasus Report, Vol. 7, No 40, 22 Oct. 2004, p. 4.
- 6 Vgl.: L. Grigorjew, M. Salichow. GUAM – p’atnadcat’ let spust’a: Sdwiği w ekonomike Gruzii, Ukrainy, Aserbaidschana I Moldawii, 1991–2006 (GUAM – fünfzehn Jahre danach: Wandel in der Wirtschaft Georgiens, der Ukraine, Aserbaidschans und Moldowas, 1991–2006), Moskau: REGNUM, 2007.
- 7 Im Falle Georgiens ließ sich eine solche verhängnisvolle Entwicklung 2008 offensichtlich nicht mehr verhindern.
- 8 <http://www.mid.ru/ns-rsng.nsf/6bc38aceada6e44b432569e700419ef5/03122b7f666de220c3256e4d00417cbc?OpenDocument>
- 9 World Investment Report 2006. FDI from Developing and Transition Economies: Implications for Development, New York; Geneva: United Nations, 2006, p. 306.
- 10 2006 bestritt die EU 30,5% der Importe und 47,6% der Exporte Armeniens. Auf Russland entfielen jeweils 20,7 und 12,2% (Angaben von Eurostat).

- 11 Mehr dazu: Vladimir Kasimirow, Mir Karabachu (k anatomii ureguliurowani'a) (Frieden für Karabach – zur Anatomie der Konfliktregelung). Erinnerungen des russischen Vermittlers 1992–1997, Botschafter Kasimirow; abrufbar von seiner Web-Seite: <http://www.vn.kazimirov.ru/mir.htm>.
- 12 Ali Abasow, Aritjun Chatschatrjan, Karabachskij Konflikt. Varianty rescheni'a: Idei i realnost' (Der Karabach-Konflikt. Regelungsoptionen: Ideen und die Realität), Moskau: Meschdunarodnye Otnoscheni'a, 2004. Kommentar von Botschafter Kasimirow auf Seite 74.
- 13 Dokumentation zur Regelung des Berg-Karabach-Konfliktes in den 1990er Jahren in russischer Sprache ist von der Web-Seite Botschafter Kasimirows abrufbar: <http://www.vn.kazimirov.ru/docs.htm>.
- 14 Mehr dazu siehe: Vladimir Kasimirow, Frieden für Karabach – zur Anatomie der Konfliktregelung (Anmerkung 10).
- 15 Die Übereinkunft wurde am 4. Februar 1995 auch getrennt von den Verteidigungsministern Armeniens und Aserbaidschans sowie vom Befehlshaber der Armee Berg-Karabachs unterschrieben. Siehe: www.vn.kazimirov.ru/docs.htm (Anmerkung 12).
- 16 Ali Abasow, Aritjun Chatschatrjan, Der Karabach-Konflikt. Regelungsoptionen: Ideen und die Realität (Anmerkung 11). Kommentar von Botschafter Kasimirow auf Seiten 75 und 76.
- 17 Nach der getrennten Unterzeichnung der zwei Übereinkünfte zum Waffenstillstand und seiner Umsetzung in 1994 und 1995 verweigerte Baku immer wieder, Berg-Karabach als eine „dritte Konfliktpartei“ zu akzeptieren, wie das in der Entscheidung der OSZE in Budapest in 1994 vorgesehen und 1995 wieder bestätigt war. So reduzierte sich die Verhandlung zwischen den Konfliktparteien auf bilaterale Gespräche zwischen Baku und Jerewan.
- 18 Die russischen Texte der Vorschläge sind von der Web-Seite Botschafter Kasimirows abrufbar: <http://www.vn.kazimirov.ru/docs.htm> (siehe Anmerkung 12).
- 19 Grundsätzlich erhob Armenien immer wieder drei Forderungen: 1) Berg-Karabach darf nicht Aserbaidshan vertikal untergeordnet werden (diese Forderung schließt die Option einer Autonomie aus, nicht aber die des Föderalismus); 2) es soll eine Landverbindung mit Armenien behalten (dies impliziert die Anerkennung mindestens einer faktischen Kontrolle Armeniens über den Latschin-Korridor) und 3) die Sicherheit Berg-Karabachs soll garantiert werden.
- 20 Baku bestand immer darauf, dass es allein im Konflikt mit Armenien steht, das einen Teil seines Territoriums besetzt hält. Armenien dagegen betonte immer wieder, der Konflikt bestehe allein zwischen Aserbaidshan und Berg-Karabach. Somit würde es auch ein Abkommen als defekt sehen, das Stepanakert nicht einschließen würde. Die Karabach-Armenier gehen ihrerseits davon aus, dass über das Friedensabkommen in Direktgesprächen zwischen Stepanakert und Baku verhandelt werden soll.
- 21 Die Gemeinde der Karabach-Aserbaidshaner ist zwar politisch unorganisiert und weitgehend administrativ von Baku kontrolliert, dennoch erscheint dieser Ansatz wichtig, denn gerade unter den Vertriebenen Aserbaidshanern ist die Bereitschaft am höchsten, für eine Kriegsoption zu votieren.
- 22 ITAR-TASS News Agency, Russia, May 24, 2007 Thursday <http://www.armeniandiaspora.com/forum/archive/index.php/t-94343.html>.

Die Autoren dieses Heftes

Hannes Adomeit

Dipl.Pol., M.A., Ph.D.; geb. 1942. Studium sowjetischer Außenpolitik am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Columbia University, New York; 1972-73 Research Associate, International Institute for Strategic Studies, London; 1973-77 Lecturer, Institute for Soviet and East European Studies, Glasgow; 1977-79, Visiting Professor, Royal Military College of Canada und Queen's University, Kingston, Ontario; 1979-1989, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit der SWP; 1985-86 Rand/UCLA Center for the Study of Soviet International Behavior in Santa Monica, Calif.; 1989-97 Professor für Internationale Beziehungen und Direktor des Forschungsprogramms für Russland und Ostmitteleuropa, Fletcher School of Law and Diplomacy der Tufts University und Fellow am Russian Research Center der Harvard Universität; seit 5/1997 Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit der SWP in Berlin und seit 9/2007 Professor für Osteuropastudien am College of Europe in Natolin (Warschau).

Peter W. Schulze

Professor Dr.; geb. 1942; Abitur 1963; Wehrdienst von 1963 bis 1965; Studium der Politischen Wissenschaft und Geschichte an der FU Berlin/FUB, London School of Economics and Political Science/LSE, London/UK und der Stanford University, CAL/USA von 1965 bis 1969; Diplom in Politische Wissenschaften 1970 an der FUB; Promotion (1974) und Habilitation (1984) an der FU Berlin; Lehrtätigkeit an der FU Berlin, an amerikanischen Colleges in Berlin und der UC Berkeley von 1970 bis 1987; langjährige Tätigkeiten als Leiter von Außenbüros des Forschungsinstitutes der Friedrich Ebert Stiftung in Berkeley, London und Moskau; derzeit Dozent für Vergleichende Lehre und Internationale Politik am Seminar für Politikwissenschaft der Georg August Universität Göttingen.

Zahlreiche Publikationen zur Außen- und Innenpolitik der Sowjetunion, zum Kalten Krieg, zur Transformation von Gesellschaften und zur Entwicklung des postsowjetischen Neuen Russlands.

Andrei Zagorski

Professor Dr.; geb. 1959 in Moskau, Leitender Wissenschaftler am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO-Universität) e-mail: zagorski@iair.ru

1992–2000 Vize-Rektor der MGIMO-Universität, zuständig für Forschung und externe Beziehungen, 2000–2001 Senior Vice-President; Project Director, EastWest Institute (Prager Büro), 2002 Faculty Member, Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, 2002–2003 stv. Direktor des Instituts für angewandte internationale Studien, Moskau, 2004–2005 stv. Leiter der Außenstelle Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2005 leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter und Professor, MGIMO-Universität.

Andere (zeitweilige) Funktionen: Experte sowjetischer Delegationen bei einer Reihe der KSZE-Treffen, Vorsitzender der Vereinigung für Nonproliferation, Moskau, Mitglied der unabhängigen Gruppe über das Modell der europäischen Sicherheit unter der Schirmherrschaft von SIPRI, Mitglied der Internationalen Task Force über die Zukunft der OSZE unter der Schirmherrschaft des Zentrums für OSZE-Forschung, IFSH, Hamburg, Mitglied des IISS, Mitglied des internationalen Beirats des Genfer Zentrums für demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Vize-Präsident, Russische Vereinigung für euro-atlantische Kooperation, Mitglied des Kuratoriums, PIR-Zentrum (Politische Studien in Russland), Moskau, Mitglied der Editorial Boards: OSZE Jahrbuch (Hamburg), Helsinki Monitor (the Hague), "Perspectives" (Prague), Bulletin der europäischen Sicherheit (Moskau)

Über 200 Publikationen über die Außenpolitik Russlands, europäische Sicherheit, postsowjetische Entwicklungen, Rüstungskontrolle.

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

Reihe Studien

Bisher erschienen:

Klaus Becher	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
Peter W. Schulze	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum Russland als Energiemacht	Oktober 2007
Heinz Gärtner	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
Klaus Becher und Andrei Zagorski	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage. – Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
Egbert Jahn	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
Erich Reiter	Bewältigung sozialer Probleme und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Details einer Studie über „politische Denkmuster“ der Österreicher	Jänner 2008
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung Auswertung und Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
Erich Reiter	Meinungsfreiheit Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
Peter W. Schulze	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
Oliver Ginhör Martin Haselberger Sandra Schreiblehner	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
Stefan Pickl	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	April 2008
Eugene Kogan	Sicherheitspolitik im Nahen Osten Israels Lehren aus dem Libanonkrieg und Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
Urs Schöttli	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationale Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich. Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen. Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

www.iilp.at

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Österreichische Post AG /
Sponsoring Post
Verlagspostamt 1010 Wien
GZ: 06Z037014S

ISBN 978-3-902595-23-2

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

REIHE STUDIEN